



---

#### 4. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

**Gremium:** Ausschuss für Bildung und Sport  
**Sitzungstermin:** Dienstag, 17.12.2019, 17:30 Uhr  
**Ort, Raum:** Raum 405, Hegelallee, Haus 1

---

### Tagesordnung

#### Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**
- 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.11.2019 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**
- 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**
  - 3.1 Strategischer Eckwertebeschluss für die Planung des Doppelhaushaltes 2020/2021 und die mittelfristige Finanzplanung 2022 bis 2024  
**19/SVV/1174** Einreicher: Oberbürgermeister, Geschäftsstelle 103
  - 3.2 Wettkampffähige Sportanlagen für Potsdam  
**19/SVV/1076** Einreicher: Fraktion CDU
  - 3.3 Sport- und Freizeittfläche 'An der Birnenplantage'  
**19/SVV/1182** Einreicher: Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport
  - 3.4 Hallenwart Da-Vinci-Gesamtschule  
**19/SVV/1198** Einreicher: Fraktion der Freien Demokraten
  - 3.5 Vorhalteflächen für Sozialinfrastruktur in Fahrland  
**19/SVV/1302** Einreicher: Fraktion DIE LINKE SBWL, B/Sp., OBR Fahrland
- 4 **Mitteilungen der Verwaltung**
  - 4.1 Digitalpakt - Schul-IT
  - 4.2 Bericht aus der Lenkungsgruppe Schule-Jugendhilfe

4.3 Aktuelle Situation Schulentwicklungsplanung -  
Sachstand Baumaßnahmen

**5 Sonstiges**

5.1 nächste Ausschusssitzung



---

#### 4. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

**Gremium:** Ausschuss für Bildung und Sport  
**Sitzungstermin:** Dienstag, 17.12.2019, 17:30 Uhr  
**Ort, Raum:** Raum 405, Hegelallee, Haus 1

---

### Nachtragstagesordnung

#### Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**
- 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.11.2019 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**
- 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**
  - 3.1 Strategischer Eckwertebeschluss für die Planung des Doppelhaushaltes 2020/2021 und die mittelfristige Finanzplanung 2022 bis 2024  
**19/SVV/1174** Einreicher: Oberbürgermeister, Geschäftsstelle 103
  - 3.2 Wettkampffähige Sportanlagen für Potsdam  
**19/SVV/1076** Einreicher: Fraktion CDU
  - 3.3 Sport- und Freizeitfläche 'An der Birnenplantage'  
**19/SVV/1182** Einreicher: Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport
  - 3.4 Hallenwart Da-Vinci-Gesamtschule  
**19/SVV/1198** Einreicher: Fraktion der Freien Demokraten
  - 3.5 Vorhalteflächen für Sozialinfrastruktur in Fahrland  
**19/SVV/1302** Einreicher: Fraktion DIE LINKE SBWL, B/Sp., OBR Fahrland
- 4 **Mitteilungen der Verwaltung**
  - 4.1 Digitalpakt - Schul-IT
  - 4.2 Bericht aus der Lenkungsgruppe Schule-Jugendhilfe

- 4.3 Aktuelle Situation Schulentwicklungsplanung -  
Sachstand Baumaßnahmen
- 4.4 Sachstand Sportplatz Lerchensteig
- 4.5 Berichterstattung zur Erweiterung des  
Schulcampus der Gerhart-Hauptmann-  
Grundschule 12  
gem. 19/SVV/0644
- 5 Sonstiges**
- 5.1 nächste Ausschusssitzung



## Niederschrift

### 3. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 19.11.2019
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:30 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	21:14 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

---

#### Anwesend sind:

##### Ausschussvorsitzender

Herr Stefan Wollenberg                      DIE LINKE

##### Ausschussmitglieder

Herr Daniel Keller	SPD
Frau Grit Schkölziger	SPD
Frau Wiebke Bartelt	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Tina Lange	DIE LINKE
Herr Lutz Boede	DIE aNDERE

##### zusätzliches Mitglied

Frau Sabine Becker                      Freie Demokratische    bis 19:00 Uhr  
Partei

##### stellv. Ausschussmitglieder

Herr Jens Dörschel                      Bündnis 90/Die  
Grünen

##### sachkundige Einwohner

Herr Roman Böttcher	DIE aNDERE
Frau Tabea Gutschmidt	
Herr Felix Matthies	
Herr Christian Porath	ab 18:45 Uhr
Herr Ronald Sima	DIE LINKE

##### Beigeordnete

Frau Noosha Aubel                      Geschäftsbereich 2

## **Nicht anwesend sind:**

### **Ausschussmitglieder**

Herr Uwe Fröhlich	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Herr Clemens Viehrig	CDU	entschuldigt
Herr Matthias Tänzer	AfD	entschuldigt

### **zusätzliches Mitglied**

Frau Dr.med. Carmen Klockow	Bürgerbündnis	entschuldigt
-----------------------------	---------------	--------------

### **Vertreter des zusätzlichen Mitgliedes**

Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis	entschuldigt
----------------------	---------------	--------------

### **sachkundige Einwohner**

Frau Frauke Havekost		nicht entschuldigt
Frau Franziska Lüder	Bürgerbündnis	entschuldigt
Herr Oliver Stiffel		nicht entschuldigt

## **Schriftführer/in:**

Frau Ukrow, Fachbereich Bildung, Jugend und Sport

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 01.10.2019 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Benennung einer Vertreterin / eines Vertreters in das Auswahlgremium zur sozialen Integration von Flüchtlingen
- 4 Überlegungen für einen systematischeren Ansatz zur Förderung der schwimmerischen Grundausbildung
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 5.1 Ausbau und Nutzung der Fläche am Kuhforter Damm für den Breitensport  
Vorlage: 19/SVV/0648  
Einreicher: Fraktion Bürgerbündnis  
OBR Golm, WA KIS, B/Sp.
- 5.2 Strategischer Eckwertebeschluss für die Planung des Doppelhaushaltes 2020/2021 und die mittelfristige Finanzplanung 2022 bis 2024

- Vorlage: 19/SVV/1174  
Einreicher: Oberbürgermeister, Geschäftsstelle 103
- 5.3 Onlinetool zur Vergabe von Potsdamer Sportstätten  
Vorlage: 19/SVV/0998  
Einreicher: Fraktion CDU
- 5.4 Wettkampffähige Sportanlagen für Potsdam  
Vorlage: 19/SVV/1076  
Einreicher: Fraktion CDU
- 5.5 Honorare an der Städtischen Musikschule  
Vorlage: 19/SVV/1129  
Einreicher: Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport
- 5.6 Kein Kanalsprint im Trinkwasser  
Vorlage: 19/SVV/1079  
Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
- 5.7 Sanierung Montessori-Oberschule (22) in Potsdam-West  
Vorlage: 19/SVV/1112  
Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
- 6.1 Aktuelle Situation Schulentwicklungsplanung - Sachstand Baumaßnahmen
- 6.2 Sachstand Schule / Medienstadt
- 6.3 Sachstand Strandbad
- 6.4 Änderung Rechtsnachfolge Hoffbauer gGmbH
- 7 Sonstiges
- 7.1 Nächste Ausschusssitzung
- 7.2 Stand der Verhandlungen mit dem Seesportclub, die Zukunft des Sportclubs und des Poetenpacks

## **Niederschrift:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Herr Wollenberg begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

#### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des**

## **öffentlichen Teils der Sitzung vom 01.10.2019 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Herr Wollenberg stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Zu Beginn der Sitzung sind 7 stimmberechtigte Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Ausschusses anwesend.

Das Protokoll wird mit zwei Enthaltungen bestätigt.

Herr Wollenberg bittet darum die TO in folgender Reihenfolge zu ändern:

- a) Tausch TOP 5.3 mit 5.5
- b) Zur Bitte des Vorziehens des Tagesordnungspunktes 6.3 zum Seesportverein wird vorgeschlagen, dass er beginnen kann, sobald Herr Kümmel den Raum betritt (er macht dann 6.3 mit 7.2 gemeinsam).

Alle mit geänderter TO einverstanden.

### **zu 3 Benennung einer Vertreterin / eines Vertreters in das Auswahlgremium zur sozialen Integration von Flüchtlingen**

Es besteht zunächst noch die Frage des Anliegens. Herr Wollenberg erläutert, dass es in der RL zur Förderung von Angeboten zur sozialen Integration von Flüchtlingen um Projekte und deren Bewertung geht. Diesbezüglich würden die Aufgaben Antragsprüfungen, Aktenstudium und Jurysitzungen umfassen.

Vorschlag: Daniel Keller

Abstimmung: Einstimmig ja

### **zu 4 Überlegungen für einen systematischeren Ansatz zur Förderung der schwimmerischen Grundausbildung**

Herr Naundorf hat um Rederecht gebeten, einstimmig ja  
PPP (als Anlage)

Gründungsanlass der DLRG waren vor über hundert Jahren die vielen Ertrinkenden. Das hat sich natürlich gebessert. Leider ertrinken auch heute noch viele Menschen. Die Arbeit der DLRG ist ehrenamtlich. Wer das „Seepferdchen“ hat, kann sich kurz über Wasser halten, kann aber noch nicht schwimmen.

Die wesentlichen Anliegen der DLRG sind:

- Seepferdchen und ein Halbjahr in der 3. Klasse reichen nicht!
- Zusammenarbeit der Träger der Jugendhilfe, Schulen, Kita's, Vereine, Bäder und Verwaltung
- Flexiblere Vergabe von Trainingszeiten für Schwimmbildung –auch im Kiezbad
- Fachbereichsübergreifende Unterstützung für ehrenamtliche Schwimmangebote
- Kiezbad im Norden

Diskussion: Frau Bartelt fragt nach, ob es wirklich keine Schwimmkurse im Stern-



Bad gibt? Zumindest nicht durch DLRG – andere Kurse sind Herrn Naundorf nicht bekannt. Hat die DLRG noch personelle Kapazitäten für weitere Kurse – Herr Naundorf verneint.

Frau Becker fragt nach: Ist ein Beschluss für ein Kiezbad im Norden gefasst?  
Herr Wollenberg antwortet: Nein.

Herr Naundorf antwortet auf Herrn Wollenbergs Frage der Abstimmung der Anbieter: OSC hat 300 Kinder in der Ausbildung, aber es erfolgt weniger ehrenamtlich. Aber auch der OSC hat eine Warteliste.

Frau Sello erläutert, dass es seit blu-Eröffnung keine Wartelisten für beide Bäder gibt. Ein Kurs kostet 100,00 €, private Schwimmschulen sind teurer. Was kostet es bei DLRG? Herr Naundorf: 115,00 € aber Kinder bleiben bis sie schwimmen können. Die längste Warteliste besteht beim DJSA (Deutsches Jugendschwimmabzeichen) in Silber.

Frau Lange erläutert, dass es bei den ersten Kursen aus ihrer Erfahrung einfacher ist. Bei den älteren Kindern ab 3. Klasse sind dann die kleinen Becken der privaten Anbieter nicht mehr nutzbar und es wird bei den großen Bädern enger.

Frau Becker erfragt, wie die Gewährleistung der benötigten Infrastruktur seitens der Verwaltung geplant ist.

Frau Aubel führt aus, dass das Anliegen für die Planungen im Norden ausführlich dargestellt wurde, aber es konnte haushalterisch nicht abgebildet werden. Aus sportfachlicher und bildungspolitischer Sicht kann der Wunsch eines zusätzlichen Bades im Norden unterstützt werden.

Frau Lange meint, dass dann eine Fläche anzupeilen wäre und dann muss es in einen künftigen Haushalt aufgenommen werden.

Herr Wollenberg dankt Herr Naundorf und der DLRG und bestätigt, dass man sich weiter damit beschäftigen wird. Herr Naundorf ergänzt, dass er sehr gern den Doppelausschuss genutzt hätte.

### **zu 6.3 Sachstand Strandbad**

Herr Kümmel stellt mittels Powerpointpräsentation alle Fakten vor (Anlage). Fläche des Strandbades wird etwas kleiner, dafür gewährt die Stiftung Baurecht. 1500 m<sup>2</sup> BGF dürfen überbaut werden (Strandbad und PSSC). Außerdem gibt es eine Zwischenlösung für den PSSC e.V.

Die Zeitschiene lautet: Beschlussfassung im Stiftungsrat im Dezember 2019, Einbringung in die StVV im Januar 2020, anschließend Ausschüsse und dann kann im März beschlossen werden.

Herr Wollenberg wundert sich über die BGF und erfragt das Zustandekommen sowie, wieviel davon für den Verein zur Verfügung stehen wird. Außerdem interessiert ihn, ob Einvernehmen mit dem Verein besteht.

Frau Becker erfragt Prüfung der Notwendigkeit der Flächeneinschränkung, kann dort evtl. auch noch ein Bad hin?

Herr Boede erklärt, dass die StVV zuvor informiert werden will und nicht am Schluss. Was ist mit dem Platz im Babelsberger Park und dessen Nutzung?

Herr Keller erinnert sich, dass ein Tausch nur kommen sollte, wenn alle Seiten mit der neuen Lösung mitgehen können. Muss der Verein kurzfristig von seinem Grundstück?

Herr Kümmel antwortet: der Verein mietet bei der Stiftung und die Stadt wirkt für eine Lösung zwischen Stiftung und Verein. Da kann die LHP das Ziel formulieren, dass es Zeit gibt, die gebraucht wird. Er hofft, dass es so bei der Stiftung angekommen ist. Jetzt sind es noch über 3000 m<sup>2</sup> BGF, das ist in der Tat mehr. Genehmigung des Gebäudes ist an denkmalpflegerische Auflagen gebunden, daher war die Größe auch Verhandlungsgegenstand, das Ergebnis war der Kompromiss. Ein größeres Gebäude war nicht verhandelbar. Die Fragestellung war im Hauptausschuss, dort wurde festgelegt, dass eine Informationsveranstaltung dann kommt, wenn die Verträge geschlossen sind. Sanitäranlagen sind gesichert.

Frau Stockhaus vom Verein betont, dass Fläche auf ein Drittel zusammenschmilzt. Es gibt zwar Freude über den Erhalt des Standortes, aber was ist in der Übergangsphase ab 2020?

Herr Sima erklärt, dass die Nutzer der Nowawiese aktuell den Sanitärbereich im Strandbad nutzen. Wie ist es für die Zukunft vorgesehen?

Herr Kümmel sagt, dass es bei der Doppelnutzung im Strandbad bleibt.

Herr Keller appelliert, dass es für eine Beschlussfassung förderlich wäre, wenn der Verein noch bis zum Abriss das Gelände nutzen könnte.

Frau Aubel bestätigt, dass das verabredet sei, dass seitens der Stadtspitze noch auf die Stiftung eingewirkt werden solle.

Herr Kümmel ergänzt, dass es bereits die Suche nach Alternativflächen gibt, aber die ist noch nicht abgeschlossen.

Herr Böttcher fasst nochmal die Verkleinerung für den PSSC zusammen. Warum wird auf knapp 4000 m<sup>2</sup> verzichtet? Es wäre doch möglich und nötig, eine größere Fläche zu beplanen.

Herr Kümmel betont erneut, dass nur begrenzte Flächen bebaubar sind.

Herr Böttcher fragt: Was ist mit anderen Parkflächen um z.B. für die Bootslagerung Raum zu finden. Und was ist mit dem Poetenpack?

Herr Kümmel betont: Auch das Vorgelände ist UNESCO-Welterbefläche und verhindert andere Nutzungen als die für Park. Auch der Wert von Flächen ist nicht immer gleich und wurde berücksichtigt.

Herr Keller will große Unruhe im Verein vermeiden und bittet um Klärungen mit dem Verein.

Frau Aubel ergänzt, dass das Poetenpack ihres Wissens die Anmietung von Schulräumlichkeiten anstrebe.

Herr Boede fragt, ob geprüft wurde, die Kleingartenanlage Am Mühlentor alternativ zu nutzen?

Herr Wollenberg schlägt vor, dass dies im Rahmen einer kleinen Anfrage nochmal erfragt werden kann.

## zu 5 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

### zu 5.1 **Ausbau und Nutzung der Fläche am Kuhforter Damm für den Breitensport** **Vorlage: 19/SVV/0648**

Einreicher: Fraktion Bürgerbündnis  
OBR Golm, WA KIS, B/Sp.

Frau Aubel erklärt, dass eine Priorisierung auf Stufe 1 erfolgen sollte. Das ist so geschehen und für den 26.11.2019 im Bauausschuss vorgesehen.

Durch Verwaltungshandeln ist der Antrag erledigt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	4
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	1

### zu 5.2 **Strategischer Eckwertebeschluss für die Planung des Doppelhaushaltes 2020/2021 und die mittelfristige Finanzplanung 2022 bis 2024** **Vorlage: 19/SVV/1174**

Einreicher: Oberbürgermeister, Geschäftsstelle 103

Frau Aubel bringt die Vorlage mittels PPP ein (Anlage). Letzte Folie beinhaltet auch die Inhalte, die nicht im Eckwertebeschluss enthalten sind.

Leider sind nicht im Eckwertebeschluss enthalten: das Mint-Konzept, der Verein

Frau Becker fragt, ob es eine detailliertere Aufschlüsselung geben wird für die StVV. Frau Aubel erklärt, dass dies teilweise möglich wäre und laufende Personalkosten auch enthalten sind.

Herr Wollenberg ergänzt, dass in den aktuellen Planungsstufen noch getauscht werden kann zwischen den Geschäftsbereichen. Nach dem Eckwertebeschluss kann man immer nur noch innerhalb des eigenen Budgets tauschen bzw. zugunsten des einen etwas Anderes streichen.

Herr Keller fragt zum Leichtathletikstadion. Frau Aubel erklärt, dass die Sanierung enthalten sei, allerdings ohne das Tribünengebäude.

Frau Bartelt hat die Öffnung der Schulhöfe als gesetzt verstanden und wundert sich nun über die Nichtberücksichtigung. Außerdem will sie wissen: Was ist mit dem nur geringen Aufwuchs bei der SSA, ist da alles eingeplant? Dies wird bejaht.

Wann sind alle Schulen durch? Frau Lange und Herr Wollenberg antworten:

2024.

Frau Lange denkt, dass man über die nicht enthaltenen Zahlen diskutieren kann. Was ist mit „Betriebs-Kita“ gemeint – für die Stadtverwaltung zur Steigerung der Attraktivität?

Frau Aubel erklärt, dass dies Mehrkosten wären für Kinder, deren Eltern (MitarbeiterInnen der LHP) nicht aus Potsdam kommen. Für diese bestünde kein kommunaler Versorgungsauftrag.

Herr Wollenberg meint, dass es noch Zeit gibt, sich zu einigen Fakten zu verständigen. Eine Anhebung auf einer Seite muss immer ein Absenken auf der anderen Seite zur Folge haben.

Herr Dörschel kann die Ausgaben nur gegeneinander aufwiegen und Verschiebungen gedanklich in Angriff nehmen, wenn er alle Planungen kennt. Wann bekommen die Stadtverordneten diese Liste in die Hand?

Frau Gutschmid fragt zu den außerschulischen Förderungen.

Frau Aubel antwortet: Bei Kultur ist die Höhe neu, das Planetarium bleibt, aber ohne gewünschte Aufstockung, das Extavium ist noch nicht verstetigt.

Frau Schkölziger fragt, ob es bei der Schulsozialarbeit bereits um die Aufstockung innerhalb von Schulen geht. Frau Abel führt aus, dass es zunächst um den beschlossenen Ausbau geht bis alle Schulen versorgt sind und noch nicht um Erweiterungen innerhalb der Schulen.

Herr Boede fragt, ob die Sportstätten abgesichert sind, d.h. sind die Sanierungen ausreichend abgebildet?

Herr Richter antwortet, dass Sanierungen im Investitionshaushalt abgebildet werden und nicht von den Eckwerten betroffen sind.

Frau Bartelt fragt, ob die anfallenden Tarifierpassungen abgebildet sind. Dies bejaht Frau Aubel.

Frau Bartelt ist erstaunt, dass die Stadtverordneten hier so intensiv mitwirken sollen. Sie sähe eher eine Priorisierung als gangbaren Weg.

Frau Lange ergänzt Frau Bartelt, dass eigentlich nichts aufgelistet wurde, dass „hinten runterfallen“ darf. Daher müssten die Stadtverordneten mind. 1 Mill € mehr verlangen.

Herr Keller erklärt, dass man früher einbezogen werden wollte. Dies ist nun die gewünschte Möglichkeit. Daher müsste dann gewichtet werden. Man kann auch etwas fordern ohne konkretes Wissen, wo es herkommt. Besser wäre jedoch, man hat Geld in Aussicht, das dagegengesetzt werden kann.

Herr Wollenberg fasst zusammen. Eine Entscheidung würde er zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht empfehlen. Er empfiehlt, erst den Strategietag abzuwarten, der den geforderten Gesamtüberblick geben soll.

Herr Dörschel ergänzt, man sollte deutlich machen, ob dies am 4.12.2019 beschließbar sein soll oder nicht.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

### zu 5.3 **Onlinetool zur Vergabe von Potsdamer Sportstätten**

**Vorlage: 19/SVV/0998**

Einreicher: Fraktion CDU

Frau Gutschmidt bringt die Vorlage ein. Ein Onlineportal wäre für alle Seiten einfacher und transparenter.

Die Verwaltung stimmt diesem Antrag aus fachlicher Sicht zu. Die Arbeit innerhalb der Verwaltung würde sehr vereinfacht werden.

Herr Boede kann sich dies nicht vorstellen, denn es muss jeder Verein dabei mitwirken und Eingaben ins System machen.

Frau Gutschmidt ergänzt, dass es zunächst um eine Prüfung geht und andere Orte (u.a. Schwerin oder Münster) es schon so machen.

Herr Gessner ergänzt, dass verwaltungsseitig gewünscht sei. Für beide Seiten gibt es Vorteile. Dennoch muss die Verwaltung weiter steuern und die eigentliche Vergabe vornehmen. So werde es z.B. auch in Schwerin gemacht.

Herr Böttcher hat dennoch offene Fragen zu Details in der Durchführung und der Bedürfniserfassung der verschiedensten Vereine.

Frau Aubel will die individuelle Beratung der Sportvereine und auch die Buchung der Trainingszeiten erhalten. Aber für die Kolleg\*innen sollte es dringend ein technisches Überblickstool geben.

Auch Herr Keller sieht das so und ergänzt, ein Mangel an Hallenzeiten wird dadurch natürlich nicht gelöst. Möglicherweise haben die Mitarbeiter\*innen dann freigewordene Zeitanteile, um zu kontrollieren, ob jeder seine Hallenzeiten auch nutzt.

Frau Aubel erläutert, dass die Projekte, die durch den Bereich IT erledigt werden, priorisiert werden. Dabei waren andere Themen bis jetzt immer höher priorisiert worden.

Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, wie die Sportstättenvergabe in Potsdam über ein öffentlich zugängliches Online-Portal abgewickelt werden kann. Konkrete Vorschläge zur Umsetzung sind dem Ausschuss für Bildung und Sport im 2. Quartal 2020 zu berichten.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>7</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>0</b>

#### zu 5.4 **Wettkampffähige Sportanlagen für Potsdam**

**Vorlage: 19/SVV/1076**

Einreicher: Fraktion CDU

Frau Gutschmidt erläutert, dass es sportbezogene Planungen für Krampnitz geben muss bei dem aktuellen Sportflächendefizit. Sportvereine haben ja bereits mittels Brief diesbezüglich alarmiert.

Frau Schkölziger kann nicht alles gut herauslesen und findet daher die Umsetzung auch für die Verwaltung schwierig.

Herr Richter hat Potentiale geprüft und diese seien sehr begrenzt. Es gibt keine großen Flächen, die eine Umsetzung ermöglichen.

Herr Dörschel fragt, welche Zusatzkosten fallen an, wenn man aus einer vorhandenen Schulsportanlage eine wettkampftaugliche macht inkl. zusätzlichem Flächenbedarf. Was ist diesbezüglich in Krampnitz geplant?

Herr Wollenberg erläutert, dass der Punkt 1 geprüft ist. Punkte 2 und 3 sind beschlossen und Punkt 4 ist Teil der Wirtschaftsplanung und einen Sportpark gäbe es bereits – das ist für ihn der Luftschiffhafen.

Herr Gessner ergänzt, dass es zu diesen Themen bereits mehrere Beschlüsse gibt. Ein neuer Beschluss wäre dann ggf. eine Bekräftigung, wäre also unschädlich. Für wettkampffähige Plätze fehlen die Flächen – das wurde gründlich geprüft. Für Fahrland sind Flächen angemeldet ebenso für Krampnitz. Für Breitensport gibt es Sportparks im Stern, im Schlaatz oder im Volkspark.

Herr Richter kann die Frage zu den Kosten nicht so pauschal beantworten. Je nach Vor-Ort-Bedingungen variieren die Kosten. Das aktuelle Waldstadtprojekt kostet ca. 2,5 Mill. € aber da sind auch Schulsportbedarfe inkludiert. Allein die Grundstückskosten sind sehr verschieden.

Herr Keller bestätigt, dass die Punkte 1-3 erfüllt sind. Lediglich Punkt 4 wäre etwas Neues, was geändert eingebracht werden könnte.

Herr Boede würde den Antrag unterstützen. Die Abdeckung durch andere Beschlüsse sieht er nicht. Die Schulsportmindestgrößen ergeben keine wettkampftauglichen Plätze, so wird ja i.d.R. verfahren. Es wäre außerdem hilfreich, wenn das Land Vorgaben macht, die den Kommunen mehr Spielraum geben (z.B. bei der Auswahl der Beläge).

Frau Gutschmidt stellt den Antrag zurück und bringt ihn nochmal geändert ein

Der Antrag wird **zurückgestellt**.

#### zu 5.5 **Honorare an der Städtischen Musikschule**

**Vorlage: 19/SVV/1129**

Einreicher: Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Frau Aubel erläutert, dass die gewünschte Prüfung erfolgt ist. Die Honorare für die Lehrkräfte sind neu berechnet worden. Dies ist jedoch nicht im Eckwert enthalten. Der Kostendeckungsgrad der Musikschule liegt bei 44% ergänzt Frau Lupuleak. Eine Beitragserhöhung sei aus Ihrer Sicht keine Option zur Kostendeckung, so Frau Aubel.

Die Mitteilungsvorlage wird **zur Kenntnis genommen**.

## zu 5.6 **Kein Kanalsprint im Trinkwasser**

**Vorlage: 19/SVV/1079**

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE

Herr Boede bringt ein, dass es keine Mittel mehr gibt für ein Ereignis mit riesiger Trinkwasserverschwendung. Das wird sogar aus Fördermitteln bezahlt, die anderweitig besser verausgabt werden sollten. Der Änderungsantrag mit der Nutzung von Havelwasser irritiert ihn, da es oft bei Niedrigwasser verboten ist, Havelwasser zu entnehmen.

Herr Dörschel erläutert die Entstehungsgeschichte des Änderungsantrags und teilt mit, dass das Event nicht verhindert werden soll. Einzige Alternative wäre Havelwasser, aber dies muss der Veranstalter entscheiden.

Frau Aubel hat darüber mit Beig. Meier gesprochen. Die Feuerwehr hat ein neues Pumpgerät, das viel Wasser aus Havel aufnehmen und woanders abpumpen könnte. Ob es technisch so genau dafür geht, ist noch nicht endgeprüft. Allerdings muss die Feuerwehr dieses Gerät auch regelmäßig prüfen, da ließen sich zwei Dinge gut verbinden. Diese Variante ginge aber frühestens ab 2021.

Herr Keller erinnert sich an einen ähnlichen Antrag zum Havelwasser. Darüber kann man befinden, aber das Sportevent als solches steht für ihn nicht zur Debatte.

Frau Bartelt schlägt vor, dass man den Antrag modifiziert.

Herr Wollenberg schlägt folgende geänderte Fassung vor:

„Der Oberbürgermeister wird - auch in seiner Funktion als städtischer Vertreter in der Gesellschafterversammlung städtischer Betriebe - beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass Wassersportveranstaltungen im Stadtkanal Potsdam spätestens ab 2021 ohne Trinkwasser stattfinden.“

Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird - auch in seiner Funktion als städtischer Vertreter in der Gesellschafterversammlung städtischer Betriebe - beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass ~~für Wassersportveranstaltungen im Stadtkanal Potsdam ab~~ **spätestens 2021 kein Trinkwasser mehr zur Verfügung gestellt wird und kein Sponsoring durch städtische Betriebe mehr erfolgt. nicht mehr in Trinkwasser stattfinden.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	6
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	0

**zu 5.7 Sanierung Montessori-Oberschule (22) in Potsdam-West****Vorlage: 19/SVV/1112**

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE

Rederecht für Herrn Rafael wird gewährt. Er ist seit 1,5 Jahren Schulleiter und erklärt die schulische Situation mittels einer Powerpointpräsentation (Anlage). Es gab eine Situation, da kam Putz von der Decke. Es gäbe einen dringenden Sanierungsbedarf. Außerdem werden weitere Räume benötigt. Ein Anbau im Zuge der Turnhallenerweiterung wäre möglich und für die Schule sehr hilfreich.

Herr Boede erklärt, dass es um einen Prüfauftrag geht. Der Handlungsbedarf ist gestiegen.

Herr Keller meint, dass ein Anbau für den Mehrbedarf verständlich ist, eine Umformulierung könnte das Anliegen schärfen.

Frau Aubel unterstützt das Anliegen, aber sieht die singuläre Betrachtung einer Schule als problematisch an. Dann wird jede Schule mit ihren Bedarfen in den Ausschuss kommen, was keine Lösung für die Zukunft sein kann.

Herr Richter erklärt ebenfalls, dass der Sanierungsbedarf unstrittig ist. Leider verschiebt das starke Bevölkerungswachstum Planungen und Prioritäten. Bei einer Erweiterung der Planung muss überlegt werden, was dafür an anderer Stelle liegen bleibt. Das aktuelle Problem beim KIS sind 6 unbesetzte Stellen. Externe Planer sind nicht das Hauptproblem.

Frau Schkölziger kann sich an Verschiebungen in den Prioritäten erinnern, was zu großem Unmut an den Schulen führte. Herr Richter befindet sich gerade in den Abstimmungen zum nächsten Wirtschaftsplan. Der könnte im März vorgestellt werden.

Herr Wollenberg findet es gut, dass die Verwaltung im Frühjahr darlegen will, wie die Raumbedarfe mit der Turnhalle verknüpft werden könnte.

Herr Keller votiert für einen Änderungsvorschlag.

Frau Bartelt schließt sich Frau Aubel an, dass es ungünstig wäre, wenn ein Bedarf gegen andere Bedarfe ausgespielt wird. Besser wäre die Nutzung der Steuerungsfunktion mit einer großen Anmeldung statt kleiner Anträge.

Herr Dörschel ist in der Sache dafür, dass die Erweiterung um Schulräume mit dem Turnhallenumbau verknüpft wird.

Herr Böttcher fragt zum Sanierungsstau nach.

Herr Richter erläutert, dass dort einiges erforderlich sei. Raumbedarfe werden immer aus dem Verwaltungshandeln heraus berücksichtigt.



Herr Boede ergänzt, dass es normales politisches Gebaren ist, sich für Schulsanierungen einzusetzen und neue Prioritäten zu setzen. Veränderte Bedarfe erfordern ggf. neue Bewertungen, das sollte man gelassener sehen.

Frau Aubel erklärt, dass neue Prioritäten sehr wohl andere Schulen zurückwerfen und sich für diese negativ auswirken könnten. Sie bietet an, im I. Quartal 2020 aufzuzeigen, wo welche Sanierungsbedarfe bestehen. Dann könne man bei Bedarf gemeinsam in den Prioritäten schieben.

Herr Böttcher ist für eine Beschlussfassung und will sich den Änderungsantrag nochmal anhören, denn in dieser Schule ist die Brisanz eine besondere.

Herr Keller zieht seinen Änderungsantrag zurück.  
Herr Boede macht sich die Worte dieses Änderungsantrages zunutze und stellt eine neue Fassung zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die folgende neue Fassung zu beschließen:

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Raumbedarf der Montessori-Oberschule für die bestehende Zügigkeit zu überprüfen und gegebenenfalls den Rummehrbedarf im Rahmen des schon im KIS-Wirtschaftsplan befindlichen Sporthallen Um- und ausbau einzuplanen. Die finanziellen Mehrkosten sollen in der Haushaltsaufstellung aufgenommen werden.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	4
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	1

**zu 6            Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 6.1        Aktuelle Situation Schulentwicklungsplanung - Sachstand Baumaßnahmen**

Herr Richter stellt den Sachstand mittels Powerpointpräsentation vor (Anlage).  
Es gibt keine Nachfragen.

**zu 6.2        Sachstand Schule / Medienstadt**

Frau Aubel stellt den Sachstand mittels Powerpointpräsentation vor (Anlage).

Herr Boede fragt, was mit der Sportfläche Sandscholle ist? Frau Aubel bestätigt, dass die Fläche Sandscholle bis zur Entscheidung bezüglich der Medienstadt weiter beplant werde.

**zu 6.4        Änderung Rechtsnachfolge Hoffbauer gGmbH**

Die Kitas gehen in die Hoffbauer gGmbH über. Dazu gibt es eine Informationspflicht, die hiermit erfolgte.

**zu 7      Sonstiges**

**zu 7.1    Nächste Ausschusssitzung**

Die gemeinsame Sitzung mit dem JHA findet voraussichtlich im Februar 2020 statt. Die nächste Sitzung findet am 17.12.2019 um 17:30 Uhr im Haus 1 (Hegelallee) im Raum 405 statt.

Herr Sima berichtet: Gestern haben sich alle 15 Potsdamer Fußballvereine zu einer Krisensitzung getroffen betreffs fehlender Kapazitäten. Es wird sich eine Arbeitsgruppe oder auch Bürgerinitiative bilden für die deutlichere Darstellung der Bedarfe.



**Landeshauptstadt  
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

## Beschlussvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

**19/SVV/1174**

**Betreff:**

öffentlich

### **Strategischer Eckwertebeschluss für die Planung des Doppelhaushaltes 2020/2021 und die mittelfristige Finanzplanung 2022 bis 2024**

Einreicher: GB Finanzen, Investitionen und Controlling

Erstellungsdatum 22.10.2019

Eingang 502: \_\_\_\_\_

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
Vorabbehandlung in allen Fachausschüssen und Ortsbeiräten	12.11.2019	Ausschuss für	X
Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes			
19.11.2019	Ausschuss für Bildung und Sport		
19.11.2019	Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion		X
19.11.2019	Ortsbeirat Groß Glienicke		

#### **Beschlussvorschlag:** Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die aus den Allgemeinen Finanzierungsmitteln als Finanzrahmen abgeleiteten Strategischen Eckwerte je Geschäftsbereich für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 sowie für die mittelfristige Finanzplanung 2022 bis 2024 (siehe Anlage, Tabelle 2). Leitgedanke bei der Ableitung ist die Sicherstellung der dauerhaften Leistungsfähigkeit der Landeshauptstadt Potsdam.
2. Es gelten die folgenden fünf strategischen Themenfelder, welche innerhalb der Eckwerte finanziell zu berücksichtigen sind:
  - Die Landeshauptstadt Potsdam als attraktiver Arbeitgeber und Dienstleister
  - Umweltgerechte Mobilität
  - Bezahlbares Wohnen und nachhaltige Quartiersentwicklung
  - Moderne Bildungsinfrastruktur
  - Konzeptionierung, Entwicklung und Erstellung einer 10-Jahres-Investitionsplanung für die Landeshauptstadt Potsdam
3. Unter Einhaltung dieser finanziellen und strategischen Vorgaben wird dem Investitionshaushalt 2020/2021 und der mittelfristigen Investitionsplanung bis 2024 jeweils jährlich ein Eigenmittelanteil von rd. 40 Mio. EUR (kumuliert: 200 Mio. EUR) zur Verfügung gestellt.
4. Zur notwendigen Absicherung pflichtiger Leistungen können haushaltsneutrale Umschichtungen zwischen den Geschäftsbereichs-Budgets vorgenommen werden.
5. Zur Absicherung und Aufrechterhaltung eines möglichst breiten kommunalen Leistungsangebotes sind Ertragsmöglichkeiten adäquat auszuschöpfen.
6. Etwaige Veränderungen bei nicht zahlungswirksamen Erträgen und Aufwendungen gegenüber dem Planungsstand dieses Eckwertebeschlusses ermächtigen nicht zur Planung zusätzlicher zahlungswirksamer Erträge und Aufwendungen.
7. Die Anstrengungen zur freiwilligen Haushaltskonsolidierung (siehe Beschluss der StVV vom 07.03.2018 DS 17/SVV/0953) werden mit dem Schwerpunkt Aufgabenkritik fortgeführt.

**Finanzielle Auswirkungen?** Nein JaDas **Formular** „Darstellung der finanziellen Auswirkungen“ ist als Pflichtanlage **beizufügen****Fazit Finanzielle Auswirkungen:**

siehe Anlage 1

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Geschäftsbereich 5

**Begründung:**

siehe Anlage 2

## Darstellung finanzielle Auswirkungen:

Rahmenbedingungen für das Haushaltsplan-Aufstellungsverfahren 2020/2021 (einschließlich der mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 2022 bis 2024) sind:

- Aufgrund eines erheblichen Anstiegs der Allgemeinen Finanzierungsmittel sind deutliche Steigerungen des sog. „Zuschussbudgets“ der LHP möglich. Während im Haushaltsjahr 2019 für alle Geschäftsbereiche ein „Zuschussbudget“ von insgesamt 358,5 Mio. EUR zur Verfügung steht, kann dies mit der aktuellen Prognose der Allgemeinen Finanzierungsmittel für 2020 auf einen Gesamtbetrag von 398,32 Mio. EUR und für 2021 auf insgesamt 415,31 Mio. EUR angehoben werden. Dies entspricht einer Steigerung gegenüber dem Jahr 2019 von 39,82 Mio. EUR (2020) bzw. 56,81 Mio. EUR (2021).
- Wesentlicher Leitgedanke bei der Ableitung der Strategischen Eckwerte je Geschäftsbereich ist die Sicherstellung der dauerhaften Leistungsfähigkeit der LHP (vgl. § 63 BbgKVerf), d.h. ein „gesunder“, genehmigungsfreier Haushalt. Zur Sicherung der Genehmigungsfähigkeit von erheblichen Kreditaufnahmen (insb. im kommenden Wirtschaftsplan 2020 des Kommunalen Immobilien Service, KIS) und ggf. erforderlichen Bürgschaften erfolgt eine Festlegung auf eine ausgeglichene Ergebnislinie.
- Zur Absicherung der Genehmigungsfähigkeit der Kreditaufnahmen des KIS soll zudem eine Zuführung von investiven Eigenmitteln mit dem Zweck einer Begrenzung der neuen und zusätzlichen Verschuldung des KIS erfolgen; dies auch vor dem Hintergrund entsprechender schriftlicher Aufforderungen seitens des Ministeriums des Inneren und für Kommunales zur Haushaltssatzung 2018/2019 der LHP (Schreiben des MIK vom 18.05.2018) und zur Genehmigung des KIS-Wirtschaftsplans 2018 (Schreiben vom 04.10.2018).
- Der Strategische Eckwertebeschluss je Geschäftsbereich ist der konkretisierenden Haushaltsplanung als einzuhaltender Finanzrahmen (Geschäftsbereichs-Budget) vorgeschaltet.

Unter der Maßgabe, dass die Strategischen Eckwerte je Geschäftsbereich gehalten werden, kann das Investitionsniveau der LHP (aus eigener Kraft) im Vergleich zum Doppelhaushalt 2018/2019 und seiner Mittelfristplanung nochmals deutlich gesteigert und zusätzlich zeitlich verstetigt werden (Erhöhung der Planungseffizienz). Allein der Eigenmittelanteil für die Investitionsplanung 2020-2024 beträgt unter diesen Bedingungen jährlich jeweils rd. 40 Mio. EUR (kumuliert: 200 Mio. EUR). Hierbei handelt es sich um Investitionszahlungen noch ohne zweckgebundene Fördermittel und Zuweisungen, d.h. aus eigener Kraft der LHP. Durch die aktive Einwerbung von Fördermitteln und durch die Investitionstätigkeit des KIS kann das Gesamtinvestitionsvolumen der LHP insgesamt (einschließlich des KIS) ein Niveau erreichen, dass so noch nie zur Verfügung stand.

Die Eckwerte für die Geschäftsbereiche bilden den jeweiligen Zuschuss (als Differenz zwischen Ertrag und Aufwand im gesamten Geschäftsbereich) ab, also diejenigen Beträge, die aus den allgemeinen Finanzmitteln der LHP aufzubringen sind. Unter Berücksichtigung der o.g. Rahmenvorgaben ergibt sich folgendes Gesamtbild für die Eckwert-Zuschussentwicklung:

Tabelle 1

Ergebnishaushalt (in Mio. EUR)*	2018	NTH 2019**	2020	2021	2022	2023	2024
Haushalt 2018/2019 inkl. Mittelfristplanung (MiFi)**	-340,87	-358,50	-360,37	-368,95	-376,18	-376,18	-376,18
<b>Zuschuss-Eckwert LHP Haushalt 2020/2021</b>			<b>-398,32</b>	<b>-415,31</b>	<b>-432,83</b>	<b>-448,05</b>	<b>-464,41</b>
Erhöhung im Vergleich zur MiFi ***			<b>+37,95</b>	<b>+46,36</b>	<b>+56,65</b>	<b>+71,87</b>	<b>+88,23</b>
Erhöhung im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr***		+17,63	+39,82	+16,99	+17,52	+15,22	+16,36

\* Rundungsdifferenzen möglich.

\*\* Für 2019: Nachtragshaushalt (NTH) 2019, um Einmaleffekte bereinigt. Mittelfristplanung (MiFi) ab 2023 mit Wert 2022 fortgeschrieben

\*\*\* Zum besseren Verständnis und Darstellung der Zuschusserhöhung wurde hier – entgegen der Haushaltslogik – mit positiven Werten gearbeitet.

Für die Geschäftsbereiche verteilen sich die Eckwertevorschläge wie folgt:

**Tabelle 2**

Vorschlag für Zuschuss-Eckwerte je GB* (in Mio. EUR)	nachrichtlich		2020	2021	2022	2023	2024
	Plan 2018	NTH 2019**					
<b>GB 1</b>	<b>-10,51</b>	<b>-10,94</b>	<b>-10,03</b>	<b>-10,43</b>	<b>-10,86</b>	<b>-11,31</b>	<b>-11,78</b>
Erhöhung im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr****		+0,43	-0,91	+0,4	+0,43	+0,45	+0,47
<b>GB 2</b>	<b>-168,17</b>	<b>-175,78</b>	<b>-197,96</b>	<b>-206,78</b>	<b>-216,83</b>	<b>-224,58</b>	<b>-232,53</b>
Erhöhung im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr****		+7,61	+22,18	+8,82	+10,05	+7,75	+7,95
<b>GB 3</b>	<b>-77,52</b>	<b>-82,34</b>	<b>-82,78</b>	<b>-86,63</b>	<b>-90,32</b>	<b>-93,62</b>	<b>-97,36</b>
Erhöhung m Vergleich zum jeweiligen Vorjahr****		+ 4,82	+0,44	+3,85	+3,69	+3,3	+3,74
<b>GB 4</b>	<b>-59,2</b>	<b>-62,1</b>	<b>-67,43</b>	<b>-70,33</b>	<b>-73,07</b>	<b>-75,88</b>	<b>-78,92</b>
Erhöhung im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr****		+2,9	+5,33	+2,9	+2,74	+2,81	+3,04
<b>GB 5</b>	<b>-24,98</b>	<b>-27,25</b>	<b>-36,58</b>	<b>-38,8</b>	<b>-39,96</b>	<b>-41,34</b>	<b>-42,84</b>
Erhöhung im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr****		+2,27	+9,33	+2,22	+1,16	+1,38	+1,5
<b>OBM</b>	<b>-0,49</b>	<b>-0,09</b>	<b>0,23</b>	<b>0,18</b>	<b>0,13</b>	<b>0,1</b>	<b>-0,08</b>
im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr****		-0,4	+0,32	-0,05	-0,05	-0,03	-0,18
<b>Zuführung von invest. Eigenmitteln an KIS***</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>-3,77</b>	<b>-2,52</b>	<b>-1,92</b>	<b>-1,42</b>	<b>-0,9</b>
<b>= Summe</b>	<b>-340,87</b>	<b>-358,5</b>	<b>-398,32</b>	<b>-415,31</b>	<b>-432,83</b>	<b>-448,05</b>	<b>-464,41</b>

\* Rundungsdifferenzen möglich.

\*\* Für 2019: Nachtragshaushalt (NTH) 2019, um Einmaleffekte bereinigt.

\*\*\* erhöhter investiver Zuschuss an den Kommunalen Immobilienservice (KIS) zur Reduzierung von neuen und zusätzlichen Kreditaufnahmen des KIS, um die erhebliche Neu-Verschuldung der LHP zu begrenzen.

\*\*\*\* Zum besseren Verständnis und Darstellung der Zuschusserhöhung wurde hier jeweils – entgegen der Haushaltslogik mit positiven Werten gearbeitet.



**Berechnungstabelle Demografieprüfung:**

Wirtschaftswachstum fördern, Arbeitsplatzangebot erhalten bzw. ausbauen Gewichtung: 30	Ein Klima von Toleranz und Offenheit in der Stadt fördern Gewichtung: 10	Gute Wohnbedingungen für junge Menschen und Familien ermöglichen Gewichtung: 20	Bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Betreuungs- und Bildungsangebot für Kinder u. Jugendl. anbieten Gewichtung: 20	Selbstbestimmtes Wohnen und Leben bis ins hohe Alter ermöglichen Gewichtung: 20	<b>Wirkungsindex Demografie</b>	<b>Bewertung Demografie-relevanz</b>
					<b>0</b>	<b>keine</b>

**Begründung:****1. Allgemein**

Die Landeshauptstadt Potsdam (LHP) kann auf eine erfolgreiche Entwicklung der letzten Jahre zurückblicken. So hat zum Beispiel die Prognos AG in ihrer „ZDF Deutschland-Studie“ (2018) die Lebensqualität Potsdams auf Platz 4 aller 401 Landkreise und kreisfreien Städte in der Bundesrepublik gesehen. Es sprechen zudem viele Indikatoren dafür, dass sich Potsdam auch in den kommenden Jahren in einem positiven Umfeld befinden wird.

Die Herausforderungen, vor denen die LHP steht, bestehen zu einem sehr großen Teil darin, diejenigen Aufgaben zu meistern, die aus dem weiteren Wachstum der größten Stadt im Land Brandenburg resultieren. Als Teil dieses Prozesses verzeichnet Potsdam seit Jahren zugleich ein deutliches Wachstum sowohl der Erträge als auch der Aufwände im Ergebnishaushalt. So ist das Haushaltsvolumen – die Aufwendungen für die laufende Verwaltungstätigkeit – von 2014 (530,1 Mio. EUR) bis 2018 (697,7 Mio. EUR) um 167,6 Mio. EUR bzw. 32% gestiegen.

Die Stadtverordnetenversammlung hat mit Beschluss zur Strategischen Steuerung (18/SVV/0254) die Einführung eines Strategiezyklus beschlossen. Er sieht vor, vor der konkreten Planung des jeweiligen Haushaltes einen Strategiebeschluss vorzuschalten, der es vor allem der Stadtverordnetenversammlung ermöglichen soll, frühzeitig Einfluss auf die Planungen vornehmen zu können.

Wenn mit dem vorgeschlagenen strategischen Eckwertebeschluss Prioritäten für die kommenden Jahre gesetzt werden sollen, zielt dies somit nicht auf „Einsparungen“ ab, sondern darauf, sich auf die wirklich wichtigen Aufgaben der LHP zu konzentrieren. Zugleich geht es darum, ein nicht bewusst priorisiertes und damit wenig strukturiertes Aufgabenwachstum zu vermeiden. Dies gilt umso mehr, als insbesondere die Prognosen zu den Erträgen aus Steuern und kommunalem Finanzausgleich (FAG) vor dem Hintergrund einer sich abschwächenden konjunkturellen Entwicklung auch mit Prognoserisiken verbunden sind.

**1.1 Wachstum der Landeshauptstadt Potsdam**

Das Wachstum der LHP wird in den kommenden Jahren weiter anhalten. Laut Statistik leben in Potsdam gegenwärtig 179.569 Einwohnerinnen und Einwohner mit Hauptwohnsitz (Stand: 30. September 2019, LHP, Bereich Statistik und Wahlen). Nach den aktuellen Prognosen der LHP wird die Einwohnerzahl – immer bezogen auf die Einwohnerinnen und Einwohner mit Hauptwohnsitz – bis zum Jahr 2035 auf mehr als 220.000 anwachsen.

Der Zuwachs an Einwohnerinnen und Einwohnern wird sich auch weiterhin im zusätzlichen Bedarf ebenso wie in höheren Anforderungen an die soziale und technische Infrastruktur widerspiegeln (Schule, Hort, Kita, ÖPNV u.v.m.). In der weiterwachsenden Stadt wird auch künftig mit fortlaufenden Mehrbedarfen im Haushalt (sowohl investiv wie im Ergebnishaushalt) zu rechnen sein, um das Wachstum behutsam gestalten zu können. Die Landeshauptstadt befindet sich in einem Jahrzehnt der Investitionen.

Die Herausforderungen der wachsenden Stadt zu meistern, ist daher weiterhin eine zentrale Aufgabe der LHP.

## 1.2 Prioritätensetzung für die Gestaltung der Landeshauptstadt Potsdam

Obwohl für die Allgemeinen Finanzierungsmittel und damit für das Haushaltsbudget für den kommenden Doppelhaushalt 2020/2021 (einschließlich der Mittelfristplanung bis zum Jahr 2024) von einer deutlichen Steigerung ausgegangen werden kann, steht das weitere Handeln in einem Spannungsverhältnis zu einem gesteigerten und dennoch begrenzten Finanzrahmen.

Innerhalb der Vorgaben des finanziellen Gesamtrahmens und unter Einhaltung von strategischen Eckwerten soll eine prioritäre Berücksichtigung Gesamtstädtischer Ziele der LHP (DS 18/SVV/0576) erfolgen. Dies schließt folgende Themen- bzw. Aufgabenfelder ein:

- finanzielle Anforderungen aus der Weiterführung der Investitionen in die Bildungsinfrastruktur,
- Entwicklung des Potsdamer Nordens,
- Modernisierung und Ausbau des ÖPNV sowie Stärkung der umweltverträglichen Mobilität,
- Digitalisierung,
- Verbessertes Klimaschutz und Bewältigung der Folgen des Klimawandels sowie
- Arbeitgeberattraktivität und Verbesserung der Arbeitsbedingungen (u. a. Verwaltungscampus).

Des Weiteren soll eine 10-Jahres-Investitionsplanung in Anlehnung an Modelle wie in Köln, Hannover und Nürnberg konzipiert, entwickelt und aufgebaut werden, um mit Hilfe einer über die kommunalrechtlich geforderte Mittelfristplanung hinausgehende Langfristplanung mehr Transparenz und Planungssicherheit, ein Mehr an „Vorausschau“ für die erforderlichen Investitionen und die dafür erforderliche Belastbarkeit zu erzielen.

Weiterhin ist es ein wichtiges Anliegen der LHP, die Bürgerinnen und Bürger über den bisherigen Umfang hinaus mit dem Bürgerhaushalt am Verfahren der Haushaltsplanaufstellung zu beteiligen. Mit den geplanten dezentralen Bürger-Budgets soll das „klassische“ Verfahren „spürbar“ ausgeweitet werden.

Bei allen deutlich steigenden Budgetvolumen sind die von der LHP zu bewältigenden Herausforderungen in einer Weise zahlreich und komplex, dass sowohl aus Kapazitätsgründen und -grenzen als auch aus finanziellen Rahmenbedingungen und -grenzen eine strategische Priorisierung und Rahmensetzung unabdingbar erforderlich erscheint.

Diese Rahmensetzung und Priorisierung soll unter Einbeziehung und Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung über diese (strategischen) Eckwerte erfolgen.

Dennoch werden im Ergebnis nicht alle strategischen Themenfelder im gleichen bzw. im vollen Umfang Berücksichtigung finden können, sondern müssen ebenfalls priorisiert oder in der Art der Ausführung überprüft werden. Grundsätzlicher Anspruch bleibt es, die dauerhafte Leistungsfähigkeit der LHP sicherzustellen. (§ 63 Abs. 1 S. 1 BbgKVerf: *„Die Gemeinde hat ihre Haushaltswirtschaft so zu planen und zu führen, dass die stetige Erfüllung ihrer Aufgaben gesichert ist.“*)

## 1.3 Gegenstand des Strategischen Eckwertebeschlusses je Geschäftsbereich

Der Eckwertebeschluss ist als Strategieentscheidung den Detailplanungen der Fach- und Geschäftsbereiche für den kommenden Doppelhaushalt 2020/2021 vorgeschaltet. Der Eckwertebeschluss bezieht sich auf den Ergebnishaushalt, legt die Prognose für die Allgemeinen Finanzierungsmittel zugrunde und stellt auf den Zuschussbedarf der Geschäftsbereiche (als Differenz zwischen Erträgen und Aufwendungen) ab. Er definiert dabei den Finanzrahmen je Geschäftsbereich als Ausgangspunkt für die daraus abzuleitende Haushaltsplanung.

Der Eckwertebeschluss ermöglicht zudem der Stadtverordnetenversammlung, Entscheidungen hinsichtlich der strategischen Ausrichtung Potsdams zu treffen.

Mit diesem Vorgehen wird in einem ersten Schritt das Anliegen der Stadtverordnetenversammlung umgesetzt, möglichst frühzeitig im Verfahren der Haushaltsplanaufstellung beteiligt zu werden.

Die Einzahlungen und Auszahlungen des Finanzhaushalts der laufenden Verwaltungstätigkeit werden entsprechend der zu erwartenden Zahlungsströme aus den Ansätzen des Ergebnishaushalts abgeleitet.

Der Ergebnishaushalt enthält zahlungswirksame und nicht zahlungswirksame Rechengrößen. Verschiebungen zwischen diesen Rechengrößen könnten auch bei der Einhaltung der Eckwerte je Geschäftsbereich zu einer erheblichen Haushaltsverschlechterung führen. Um zu vermeiden, dass Verschiebungen zwischen zahlungswirksamen und nicht zahlungswirksamen Ansätzen zu einer (zusätzlichen) Belastung des Finanzhaushaltes und damit der Liquidität führen, wurde im Beschlusstext Ziff. 6 eine entsprechende (klarstellende) Einschränkung aufgenommen, die bei derartigen Umschichtungen die „Neutralität“ sichern soll.

Die Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit sind lediglich mittelbar bzw. partiell Gegenstand dieser Vorlage. So wird unter Ziff. 3 des Beschlussvorschlages ein jährlicher Eigenmittelanteil von rd. 40 Mio. EUR (kumuliert bis 2024: 200 Mio. EUR) definiert, der in dieser Höhe möglich ist, wenn die vorgeschlagenen Eckwerte zu Ziff. 1 eingehalten werden. Dieser Eigenmittelanteil, hauptsächlich „aus eigener Kraft“, ist Ausgangspunkt (als Teil) für die weitere Investitionsplanung, die dann einschließlich möglicher zweckgebundener Fördermittel oder anderweitiger EU-, Bundes- und Landes- oder Drittmittel erst zu einer Gesamtinvestitionsplanung entwickelt werden kann. Erst in diesem weiteren Prozess können dann auch das Gesamtinvestitionsvolumen und die davon gedeckten (neuen) Investitionsvorhaben bestimmt werden.

Erst mit der Feinplanung des Ergebnishaushaltes, den daraus abgeleiteten Zahlungsmittelflüssen im Bereich des Finanzhaushaltes der laufenden Verwaltungstätigkeit unter Berücksichtigung der liquiden Mittel und etwaiger Sicherheitsabschläge, kann die konkrete Investitionsplanung vorgenommen werden. Ziel ist es, gem. Kapitel 6 dieser Beschlussvorlage, das hohe Investitionsniveau der Jahre 2018/2019 mindestens zu halten und über die Jahre dauerhaft zu verstetigen, um eine Planungssicherheit und eine langfristige Investitionsplanung zu ermöglichen.

## **2. Allgemeine Finanzierungsmittel**

Am Anfang einer kommunalen Haushaltsplanung und der Formulierung eines Eckwerte-Vorschlages steht die Frage, in welcher Höhe die Kommune über (allgemeine, nicht zweckgebundene) finanzielle Mittel für die einzelnen anstehenden Haushaltsjahre voraussichtlich verfügen kann. Diese allgemeinen Finanzierungsmittel dienen dazu, die (negative) Differenz zwischen Ertrag und Aufwand (im späteren Gesamtplan bzw. in den einzelnen Geschäftsbereichen) auszugleichen. Man spricht vom soq. „Zuschussbudget“ und davon, dass zur Ermittlung dieses Zuschussbudgets zunächst der sog. „Kassensturz“ erforderlich ist. Dies ist nicht wörtlich zu verstehen, sondern bedeutet die Ermittlung und größtenteils Schätzung der Allgemeinen Finanzierungsmittel. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um die der Kommune zustehenden Steuern und die Zahlungen nach dem Brandenburgischen Finanzausgleichsgesetz, insbesondere die allgemeinen Schlüsselzuweisungen. Sie bilden maßgeblich den einzuhaltenden finanziellen Gesamtrahmen.

Weiterer wesentlicher Leitgedanke bei der Ableitung und Ermittlung des Gesamtrahmens und schließlich der strategischen Eckwerte je Geschäftsbereich ist ein „gesunder“, somit dauerhaft leistungsfähiger und genehmigungsfreier Haushalt (vgl. u. a. § 63 Abs. 5 und § 74 Abs. 2 BbgKVerf) mit einer ausgeglichenen Ergebnislinie zur Sicherung der Genehmigungsfähigkeit u. a. der Kreditaufnahmen in den Wirtschaftsplänen des KIS und ggf. bei der Erteilung von Bürgschaften.

Die Allgemeinen Finanzierungsmittel (Steuern und allgemeine Schlüsselzuweisungen etc.) sind also die für die Bestimmung der Höhe der Zuschüsse im Eckwert relevanten Erträge. Bei der Fortschreibung der Allgemeinen Finanzierungsmittel sind insbesondere die nachfolgend genannten Punkte zu berücksichtigen:

### **2.1. Steuerprognose**

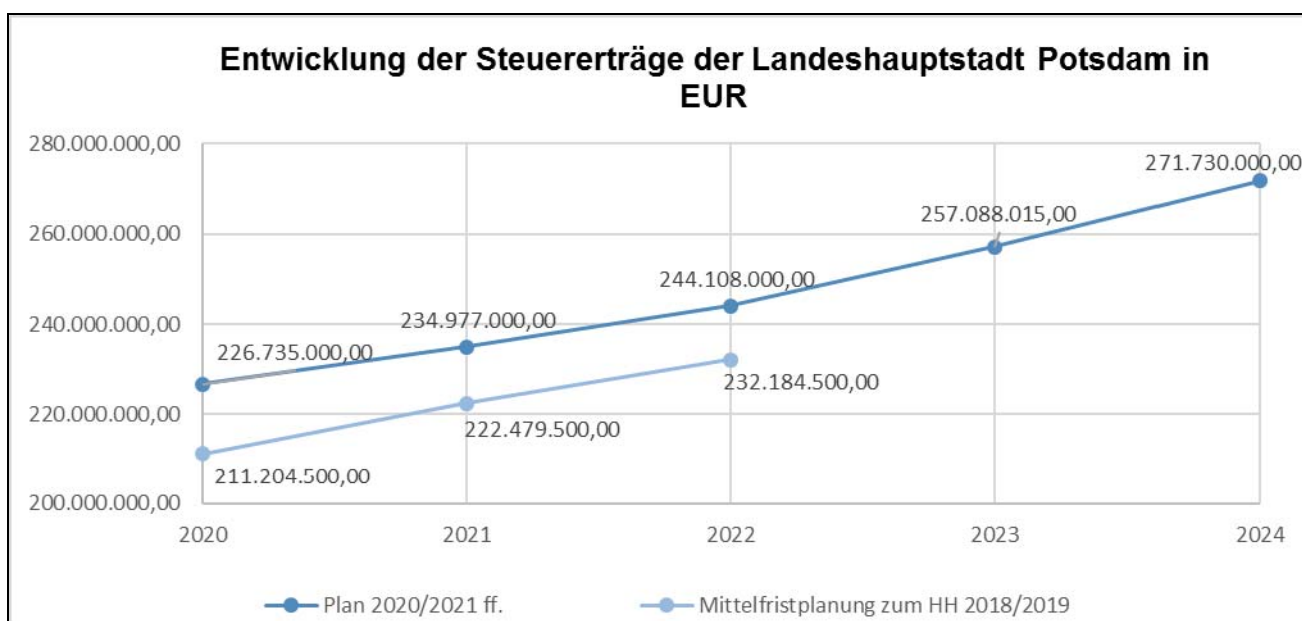
Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind trotz nachlassender Dynamik positiv und insbesondere geprägt durch den – bezogen auf die gesamte Bundesrepublik – höchsten Beschäftigungsgrad seit 1991. Positive Auswirkungen und ansteigende Steuerträge ergeben sich auf städtischer Ebene weiterhin aus der „wachsenden Stadt“. Gestützt durch die Ergebnisse der 155. Sitzung des „Arbeitskreises Steuerschätzung“ vom Mai 2019 (der Arbeitskreis ist ein Beirat beim Bundesministerium der Finanzen) und den späteren regionalisierten Ergebnisbericht wird eine weitere Erhöhung der Steuerkraft erwartet. Allerdings prognostiziert der „Arbeitskreis Steuerschätzung“ in diesem Zusammenhang auch eine gegenüber den bisherigen Annahmen vorheriger Steuerschätzungen gerin-

gere Dynamik des Wachstums der Steuererträge (das zuvor angenommene „Mehr“ ist ein „weniger Mehr“).

Die Steuererträge der LHP stiegen in den letzten fünf Jahren um 44% von rund 153 Mio. EUR im Jahr 2015 auf in diesem Jahr voraussichtlich zu erwartende Erträge von rund 220 Mio. EUR.

Mit dem vorliegenden Entwurf eines Eckwertebeschlusses als Auftakt und Rahmen für die Haushaltsplanung 2020/2021 und die mittelfristige Finanzplanung bis 2024 kann trotz gedämpft dynamischen Wachstums davon ausgegangen werden, dass sich die positive Entwicklung der Erträge aus Steuern in der LHP in 2020/2021 und den Folgejahren weiterhin fortsetzt. Deutlich wird dieses insbesondere bei den Erwartungen zur Gewerbesteuer sowie zu den Gemeindeanteilen an der Einkommen- und Umsatzsteuer.

Im Vergleich zur bisherigen mittelfristigen Finanzplanung wird allein für das Jahr 2020 ein Steuerertrag von fast 16 Mio. EUR und somit insgesamt ein Steuerertrag von fast 227 Mio. EUR prognostiziert. Diesen deutlichen Anstieg im Vergleich zur bisherigen mittelfristigen Finanzplanung illustriert nachfolgende Grafik:



Ungeachtet dieser positiven Entwicklung unterliegt die Steuerschätzung immer einem Prognoserisiko. Ein diesbezüglich besonderes Risiko birgt die Prognose der Gewerbesteuer in sich. Deren Planung erfolgt ausschließlich auf der Basis der bisherigen Aufkommensentwicklung dieser Steuer und ergänzend der allgemeinen (landes- und bundesweiten) Entwicklung, aber ohne die Kenntnis über die tatsächlichen, der Besteuerung zugrunde zu legenden unternehmensspezifischen Einflussgrößen. Aus den für die Brandenburger Kommunen vorliegenden regionalisierten Ergebnissen des Arbeitskreises „Steuerschätzung“ aus Mai 2019 können grundsätzlich nur mittelbar Rückschlüsse auf die Entwicklung der Gewerbesteuer bei der LHP gezogen werden. Gegenläufig zur geschätzten verringerten Steuererwartung können sich hier geänderte Vorauszahlungen sowie Abrechnungsänderungen für Vorjahre auswirken. Hinzu kommt, dass die Gewerbesteuer als Ertragsteuer von der Konjunkturlage abhängig ist und die Konjunktur typischerweise regional unterschiedlich stark wirkt.

## 2.2 Prognose der allgemeinen Schlüsselzuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich (Brandenburgisches Finanzausgleichsgesetz – BbgFAG)

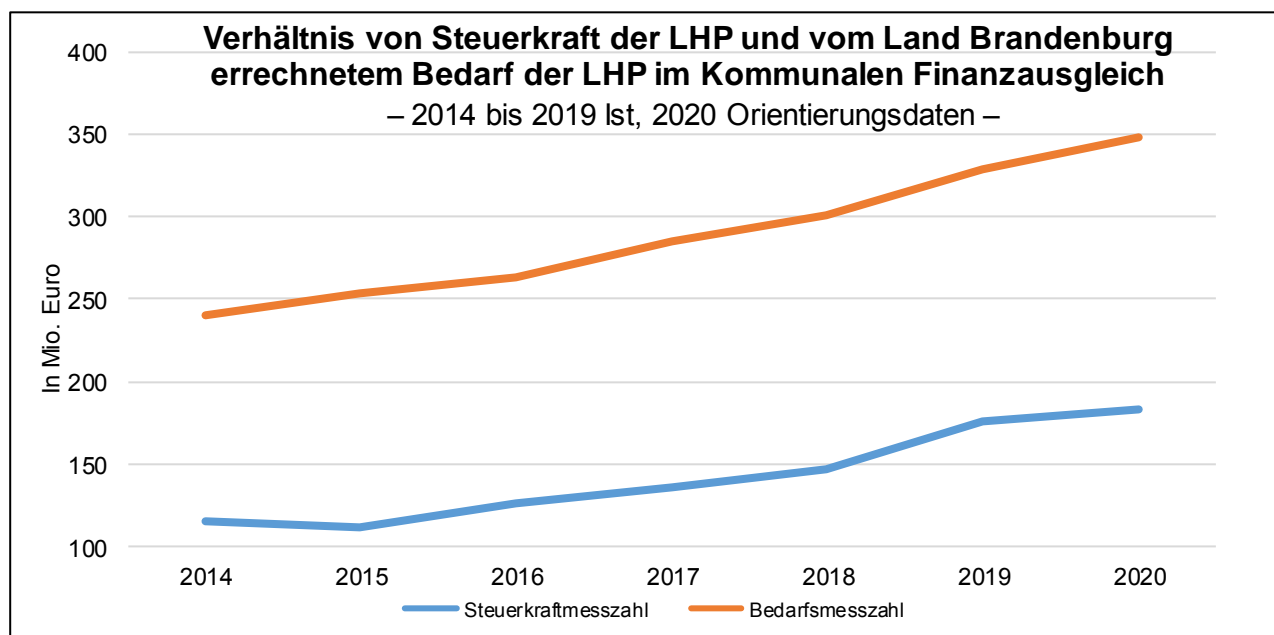
Das Brandenburgische Finanzausgleichsgesetz (BbgFAG) stellt eine wesentliche Finanzierungssäule der Kommunen im Land dar und leistet so – neben den der Kommune zustehenden Steuern – einen maßgeblichen Beitrag für die städtischen Finanzen.

Die Prognose der allgemeinen Schlüsselzuweisungen nach dem BbgFAG basiert für das Jahr 2020 auf den Orientierungsdaten (OD) des Ministeriums der Finanzen des Landes Brandenburg vom 5. Juni 2019. Gemäß der OD sollen die allgemeinen Schlüsselzuweisungen für die LHP vom Jahr 2019 zum Jahr 2020 von 142,03 Mio. EUR um 6,89 Mio. EUR auf 148,93 Mio. EUR steigen.

Der erwartete Anstieg der allgemeinen Schlüsselzuweisungen der LHP basiert zunächst auf einer weiterhin positiven Entwicklung der Einwohnerzahlen Potsdams. So wies die Landeshauptstadt im Jahr 2018 mit einer Bevölkerungszunahme von 2.379 Einwohnerinnen und Einwohnern das größte Wachstum einer kreisfreien Stadt bzw. eines Landkreises im Land Brandenburg auf. Zugleich sind die OD von einer positiven Ertragsersparnis des Landes Brandenburg geprägt.

Darüber hinaus erfolgt in den Jahren ab 2019 eine spürbare Anhebung der kommunalen Verbundmasse und damit der prozentualen Beteiligung der Gemeinden und Landkreise am Steueraufkommen und an anderen Einnahmen des Landes: im Jahr 2019 von zuvor 20% auf 21%, dann 2020 auf 22% und ab 2021 auf 22,43%.

Durch die Anhebung der Verbundmasse konnte die LHP trotz steigender eigener Steuerkraft einen Anstieg bei den allgemeinen Schlüsselzuweisungen in den Vorjahren verzeichnen. Die OD für das Jahr 2020 verstetigen diese Entwicklung, wie die nachfolgende Grafik zeigt:

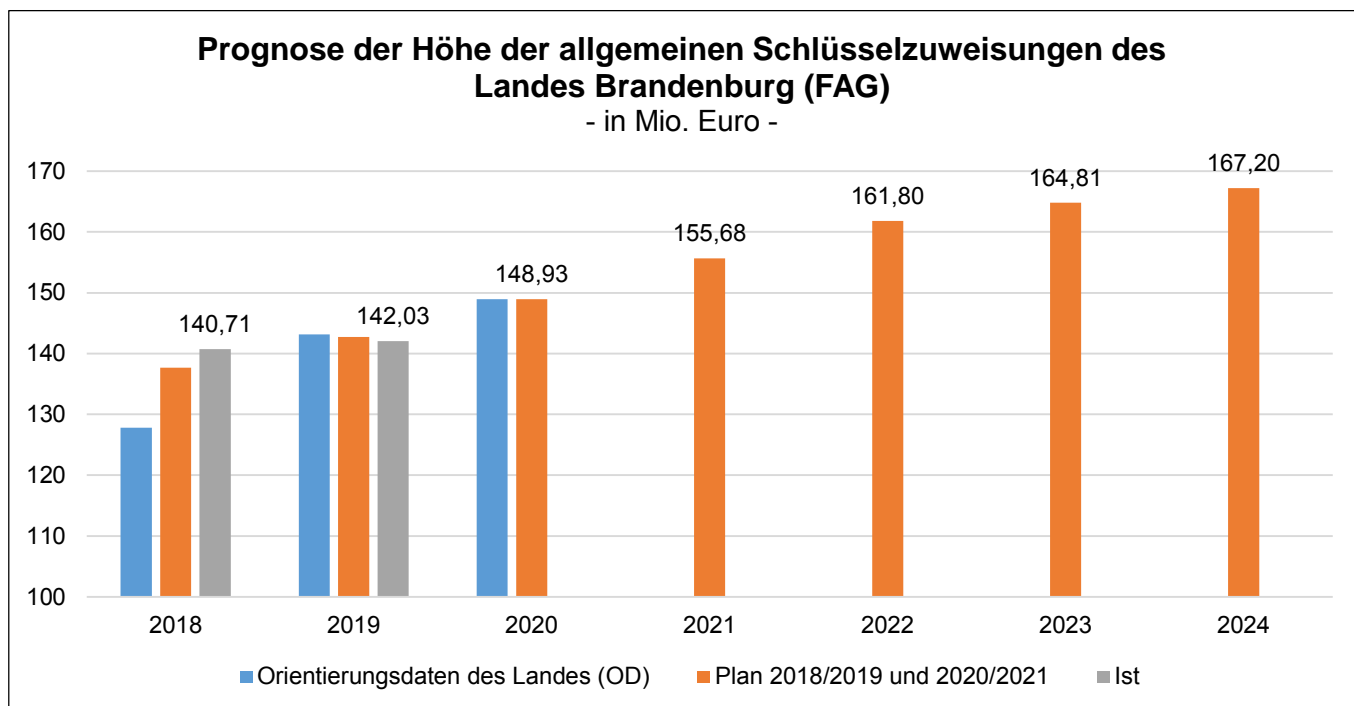


Für die Jahre 2021 (Plan) bis 2024 (2022 bis 2024 mittelfristige Finanzplanung) beruhen die Zahlen gänzlich auf einer eigenen Prognose/Schätzung der LHP. Einzig konkret verfügbar für diesen Zeitraum ist die gesetzlich geregelte prozentuale Quote der Verbundmasse (für 2021 ff: 22,43%, s.o.). Bezogen auf die Steuern und anderen Einnahmen des Landes ist auf die anstehenden Steuerschätzungen zu verweisen. Die verbindliche Festlegung für die Jahre 2021 und 2022 im Haushalt des Landes Brandenburg – sofern das Land auch zukünftig Doppelhaushalte beschließt – wird nicht vor dem Ende des Jahres 2020 erfolgen.

Wenn sich der Bevölkerungsanstieg in der LHP auch verlangsamt hat, ist weiterhin von einem Wachstum der LHP auszugehen. Nach den für die Berechnung des BbgFAG maßgeblichen Daten des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg verzeichnete die LHP von Januar bis Mai 2019 einen Bevölkerungsanstieg von 934 Einwohnerinnen und Einwohnern. Die übrigen drei kreisfreien Städte Brandenburgs hatten in diesem Zeitraum einen Verlust von Einwohnerinnen und Einwohnern hinzunehmen. Da sich dieser Trend mit der Entwicklung der Vorjahre deckt, ist davon auszugehen, dass die Bevölkerungsentwicklung weiterhin einen positiven Faktor für die Höhe der Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich für die LHP darstellt. Dies gilt umso mehr, als eine von zwei Arten der allgemeinen Schlüsselzuweisungen – die Schlüsselzuweisungen an kreisfreie Städte für Kreisaufgaben – allein nach dem prozentualen Anteil der jeweiligen Einwohnerinnen und Einwohner an der Gesamteinwohnerzahl der kreisfreien Städte gezahlt wird. Somit ist diese entgegengesetzte Entwicklung im Verhältnis zu den übrigen kreisfreien Städten des Landes Brandenburg bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen von Vorteil für die LHP.

Auf der Basis der vorliegenden Informationen wird somit für das Jahr 2021 im Verhältnis zum Jahr 2020 mit einem Anstieg der Schlüsselzuweisungen von etwa 6,75 Mio. EUR (absolut auf 155,68 Mio. EUR) gerechnet. Aufgrund der ab dem Jahr 2022 wieder gleichbleibenden Verbundmasse wird für die

folgenden Jahre von einem sich eher verlangsamenden Anstieg der Schlüsselzuweisungen ausgegangen. Es wird ein Wachstum von 6,12 Mio. EUR von 2021 zu 2022 (absolut auf 161,80 Mio. EUR), von 3,01 Mio. EUR 2022 zu 2023 (absolut 164,81 Mio. EUR) und von 2,39 Mio. EUR von 2023 zu 2024 (absolut auf 167,20 Mio. EUR) veranschlagt.



### 3. Strategische Ziele / Themenfelder

Neben dem finanzwirtschaftlichen Gesamtrahmen und den Eckwerten je Geschäftsbereich bilden die – aus dem Leitbild der Landeshauptstadt entwickelten – neun Gesamtstädtischen Ziele einen wesentlichen Orientierungsrahmen („Leitplanken“) für die Haushaltsaufstellung.

Dazu sollen die politischen Sachziele wirksam mit den vorhandenen Ressourcen verknüpft werden.

Der kommende Doppelhaushalt 2020/2021 soll deutlicher darstellen, welche Ziele mit welchen Maßnahmen bzw. Investitionen erreicht werden sollen. Mit der Umsetzung dieses Verfahrens verfolgt die LHP das Ziel, die Debatte um die Herausforderungen, die Prioritäten und die Verteilung der Ressourcen der LHP auf zunächst pflichtige Aufgaben und in einem zweiten Schritt strategische Zielstellungen/Maßnahmen und freiwillige Aufgaben in einer neuen Qualität zu führen. Auf der Grundlage dieser Gesamtschau sollen gemeinsam zwischen Verwaltungsspitze und Stadtverordneten Prioritäten für die künftige Ausrichtung gesetzt werden.

Nach dem Verständnis der LHP liegen strategische Herausforderungen insbesondere vor bei:

- Leistungen mit hohem Veränderungs- und Innovationspotenzial
- Leistungen mit politischer Relevanz – im Sinne einer besonderen Bedeutung für die Entwicklung der Stadt, einer hohen öffentlichen Aufmerksamkeit oder
- Leistungen mit einer hohen Steuerungsrelevanz durch Bindung vieler Ressourcen

Die Verwaltungsspitze sieht vor, im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2020/21 in Ableitung der gesamtstädtischen Ziele die strategischen Herausforderungen auf fünf Zielfelder zu verdichten.

- Die Landeshauptstadt Potsdam als attraktiver Arbeitgeber und Dienstleister
- Umweltgerechte Mobilität
- Bezahlbares Wohnen und nachhaltige Quartiersentwicklung
- Moderne Bildungsinfrastruktur
- Konzeptionierung, Entwicklung und Erstellung einer 10-Jahres-Investitionsplanung für die Landeshauptstadt Potsdam

Dabei berücksichtigen die Zielfelder auch die nicht explizit aufgeführten Gesamtstädtischen Ziele. Beispielsweise werden im Projekt „Bezahlbares Wohnen und nachhaltige Quartiersentwicklung“

ebenfalls die Ziele „Wachstum mit Klimaschutz und hoher Lebensqualität“ sowie „Vorausschauendes Flächenmanagement“ betrachtet. Das Projekt „Umweltgerechte Mobilität“ beinhaltet zugleich das Thema ÖPNV. Das Projekt „Erstellung einer 10-Jahres-Investitionsplanung“ schließt das Ziel eines „Investitionsorientierten Haushaltes“ ein. Zu den Aspekten eines „attraktiven Arbeitgebers und Dienstleisters“ gehören die Ziele der Innovation und Digitalisierung („digitales Potsdam“).

#### **4. Erläuterungen zu den Eckwerten der Geschäftsbereiche und der strategischen Schwerpunktsetzung**

##### **4.1 Strategische Eckwerte je Geschäftsbereich**

Nachdem die Bestimmung und Prognose der Allgemeinen Finanzmittel erfolgt ist (sog. „Kassensturz“, s.o. unter Ziff. 3) und damit der finanzielle Gesamtrahmen, das sog. „Zuschussbudget“ für die kommenden Haushaltsjahre 2020/2021 (einschl. Mittelfristplanung bis 2024) für die LHP insgesamt ermittelt wurde, folgt im Weiteren die Frage, in welcher Höhe bzw. mit welchem Anteil daran die einzelnen Geschäftsbereiche beteiligt werden können – und zu einem großen Teil auch beteiligt werden müssen, um vorrangig die pflichtigen Aufgaben erfüllen zu können.

Mit diesem Schritt erfolgt somit die Eckwertbestimmung für die einzelnen Geschäftsbereiche. Diese „Zuschussvorgaben“ auf der Ebene der Geschäftsbereiche (Zuschussbudgets) sind dann eine zentrale Vorgabe für das weitere Haushaltsaufstellungsverfahren und die erst in dieser späteren Phase erfolgende Detail-Planung, die in den Geschäftsbereichen vorgenommen wird. Diese Zuschussbudgets dienen dazu, die (negative) Differenz zwischen Ertrag und Aufwand in den Geschäftsbereichen auszugleichen. Zugleich begrenzen sie die Möglichkeiten. Der Gesamt-Aufwand in den einzelnen Geschäftsbereichen muss durch die in den Geschäftsbereichen zu verbuchenden Erträge (Gebühren, Entgelte, Erstattungen, zweckgebundene Zuweisungen u.a.m.) zusammen mit dem anteiligen Zuschussbetrag aus den Allgemeinen Finanzierungsmitteln vollständig gedeckt werden.

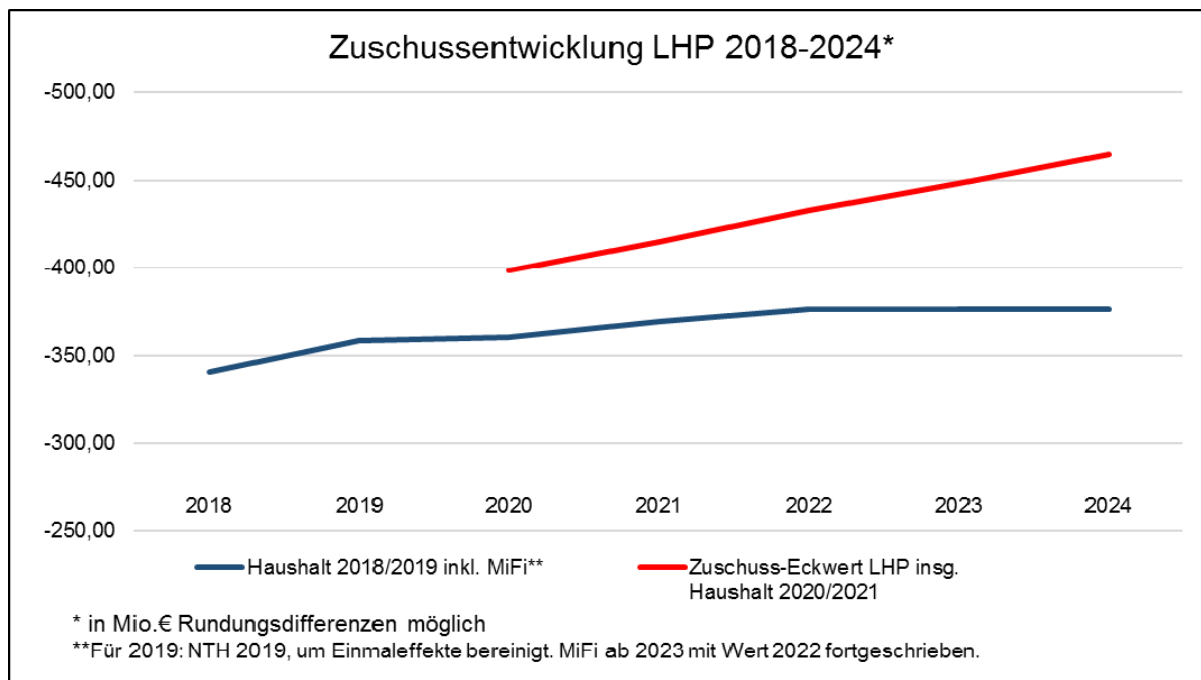
Basis für die Ermittlung eines Eckwerte-Vorschlages war zunächst eine „technische Eckwertfortschreibung“; d.h., die bisherigen „Zuschussbudgets“ der Geschäftsbereiche der Vorjahre wurden fortgeschrieben (unter Berücksichtigung der Ist-Daten, der anzunehmenden Preissteigerungsraten, anzunehmender Fallzahlensteigerungen aufgrund des Bevölkerungswachstums etc.) Diese Fortschreibung der Erträge und Aufwendungen erfolgte dabei grundsätzlich auf Produktebene des Produkthaushaltes der LHP.

Bei der Fortschreibung der Personalaufwendungen (incl. Tarifsteigerungen etc.) wurde die zuletzt beschlossene Stellenplanerweiterung für die LHP in 2019 um rd. 120 Stellen berücksichtigt (siehe DS 19/SVV/0344). Darüber hinaus wurde ein Personalmehraufwand für im Stellenplan derzeit (noch) nicht enthaltene Stellen für 2020 mit 50 und für 2021 mit weiteren 50 zusätzlichen Stellen (d.h. für den Doppelhaushalt 2020/2021 insgesamt 100 zusätzliche Stellen) berücksichtigt.

Der so entwickelte Eckwerte-Vorschlag und die anhand der gesamtstädtischen Ziele abgeleiteten fünf Zielfelder (s.o. Ziff. 3), die als Schwerpunktsetzung Berücksichtigung finden sollen, wurden seitens der Verwaltung und unter den Geschäftsbereichen im Rahmen eines mehrstufigen Verhandlungs- und Diskussionsprozesses erörtert, die damit verbundenen Zuschussbudgets auf Geschäftsbereichs- und Produktebene „verprobt“.

##### **4.2 Strategische Zuschuss-Eckwerte je Geschäftsbereich – Zuschussentwicklung LHP**

Die Eckwerte für die einzelnen Geschäftsbereiche bilden den Zuschuss (als Differenz zwischen Ertrag und Aufwand in den Geschäftsbereichen) ab. Mit dem Eckwertebeschluss bestimmt die Stadtverordnetenversammlung den Zuschussrahmen im Ergebnishaushalt für die Geschäftsbereiche über Eckwerte je Geschäftsbereich als verbindliche Rahmenvorgabe für die darauf aufsetzende, konkretisierende Haushaltsplanaufstellung für den Doppelhaushalt der Jahre 2020 und 2021 (einschließlich der mittelfristigen Finanzplanung der Jahre 2022 bis 2024). Die nachfolgende Grafik zeigt die Entwicklung und den Anstieg des Gesamt-Zuschussbudgets im Vergleich zur bisherigen (gültigen) Mittelfristplanung:



Damit liegt der Zuschussrahmen im Vergleich zu den Vorjahren auf deutlich höherem Niveau – sowohl im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr, als auch im Vergleich zur Mittelfristigen Finanzplanung (MiFi). Für das Jahr 2020 kann im Vergleich zu 2019 ein um **fast 40 Mio. EUR** erhöhter Zuschussrahmen angenommen werden – für das Jahr 2021 sind dies im Vergleich zu 2019 **nahezu 57 Mio. EUR**.

Ergebnishaushalt (in Mio. EUR)*	2018	NTH 2019**	2020	2021	2022	2023	2024
Haushalt 2018/2019 inkl. Mittelfristplanung (MiFi)**	-340,87	-358,50	-360,37	-368,95	-376,18	-376,18	-376,18
<b>Zuschuss-Eckwert LHP Haushalt 2020/2021</b>			<b>-398,32</b>	<b>-415,31</b>	<b>-432,83</b>	<b>-448,05</b>	<b>-464,41</b>
Erhöhung im Vergleich zur MiFi ***			<b>+37,95</b>	<b>+46,36</b>	<b>+56,65</b>	<b>+71,87</b>	<b>+88,23</b>
Erhöhung im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr***		+17,63	+39,82	+16,99	+17,52	+15,22	+16,36

\* Rundungsdifferenzen möglich.

\*\* Für 2019: Nachtragshaushalt (NTH) 2019, um Einmaleffekte bereinigt. Mittelfristplanung (MiFi) ab 2023 mit Wert 2022 fortgeschrieben

\*\*\* Zum besseren Verständnis und Darstellung der Zuschusserhöhung wurde hier – entgegen der Haushaltslogik – mit positiven Werten gearbeitet.



### 4.3 Strategische Zuschuss-Eckwerte je Geschäftsbereich – Zuschussentwicklung für die einzelnen Geschäftsbereiche

Differenziert nach Geschäftsbereichen stellen sich die Eckwerte wie folgt dar (Vorschlag) – s.o. unter „Fazit finanzielle Auswirkungen“, Tabelle 2:

Vorschlag für Zuschuss-Eckwerte je GB* (in Mio. EUR)	nachrichtlich		2020	2021	2022	2023	2024
	Plan 2018	NTH 2019**					
<b>GB 1</b>	<b>-10,51</b>	<b>-10,94</b>	<b>-10,03</b>	<b>-10,43</b>	<b>-10,86</b>	<b>-11,31</b>	<b>-11,78</b>
Erhöhung im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr****		+0,43	-0,91	+0,4	+0,43	+0,45	+0,47
<b>GB 2</b>	<b>-168,17</b>	<b>-175,78</b>	<b>-197,96</b>	<b>-206,78</b>	<b>-216,83</b>	<b>-224,58</b>	<b>-232,53</b>
Erhöhung im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr****		+7,61	+22,18	+8,82	+10,05	+7,75	+7,95
<b>GB 3</b>	<b>-77,52</b>	<b>-82,34</b>	<b>-82,78</b>	<b>-86,63</b>	<b>-90,32</b>	<b>-93,62</b>	<b>-97,36</b>
Erhöhung m Vergleich zum jeweiligen Vorjahr****		+ 4,82	+0,44	+3,85	+3,69	+3,3	+3,74
<b>GB 4</b>	<b>-59,2</b>	<b>-62,1</b>	<b>-67,43</b>	<b>-70,33</b>	<b>-73,07</b>	<b>-75,88</b>	<b>-78,92</b>
Erhöhung im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr****		+2,9	+5,33	+2,9	+2,74	+2,81	+3,04
<b>GB 5</b>	<b>-24,98</b>	<b>-27,25</b>	<b>-36,58</b>	<b>-38,8</b>	<b>-39,96</b>	<b>-41,34</b>	<b>-42,84</b>
Erhöhung im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr****		+2,27	+9,33	+2,22	+1,16	+1,38	+1,5
<b>OBM</b>	<b>-0,49</b>	<b>-0,09</b>	<b>0,23</b>	<b>0,18</b>	<b>0,13</b>	<b>0,1</b>	<b>-0,08</b>
im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr****		-0,4	+0,32	-0,05	-0,05	-0,03	-0,18
<b>Zuführung von invest. Eigenmitteln an KIS***</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>-3,77</b>	<b>-2,52</b>	<b>-1,92</b>	<b>-1,42</b>	<b>-0,9</b>
<b>= Summe</b>	<b>-340,87</b>	<b>-358,5</b>	<b>-398,32</b>	<b>-415,31</b>	<b>-432,83</b>	<b>-448,05</b>	<b>-464,41</b>

\* Rundungsdifferenzen möglich.

\*\* Für 2019: Nachtragshaushalt (NTH) 2019, um Einmaleffekte bereinigt.

\*\*\* erhöhter investiver Zuschuss an den Kommunalen Immobilienservice (KIS) zur Reduzierung von neuen und zusätzlichen Kreditaufnahmen des KIS, um die erhebliche Neu-Verschuldung der LHP zu begrenzen.

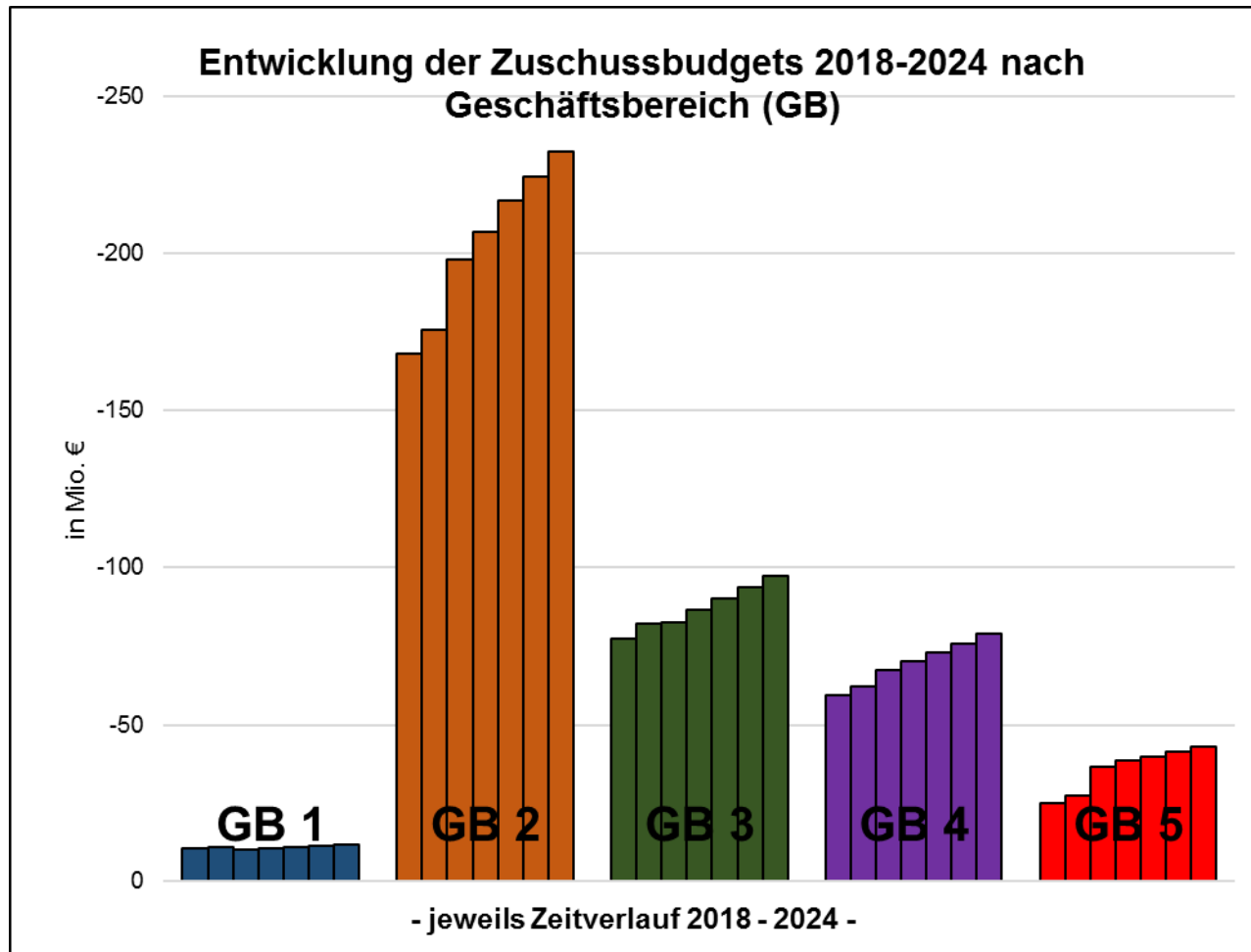
\*\*\*\* Zum besseren Verständnis und Darstellung der Zuschusserhöhung wurde hier – entgegen der Haushaltslogik mit positiven Werten gearbeitet.

Auch hinsichtlich der einzelnen Geschäftsbereiche lässt sich festhalten, dass ein deutlicher Anstieg sowohl im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr, als auch im Vergleich zur Mittelfristigen Finanzplanung (MiFi) zu verzeichnen ist.

Die Position „Zuführung von investiven Eigenmitteln an KIS“ hat den Hintergrund, dass die LHP vom Ministerium des Inneren und für Kommunales anlässlich des Doppelhaushaltes 2018/2019 und des KIS-

Wirtschaftsplanes 2018 aufgefordert worden ist, die in den Jahren der Mittelfristplanung absinkenden Eigenmittelanteile für Investitionen anzuheben (Schreiben vom 18.05.2018 und 04.10.2018). Das Verhältnis von Fremd- zu Eigenmitteln würde sich ansonsten in den Folgejahren deutlich verschlechtern.

Die signifikant aufsteigende Entwicklung der Zuschussbudgets je Geschäftsbereich kann dem nachfolgenden Diagramm entnommen werden:



## 5. Eckwertdarstellung je Geschäftsbereich und strategische Schwerpunktsetzungen

### 5.1 Eckwert des Geschäftsbereich 1 – Finanzen, Investitionen und Controlling

Vorschlag für Zuschuss-Eckwerte je GB* (in Mio. EUR)	nachrichtlich		2020	2021	2022	2023	2024
	Plan 2018	NTH 2019**					
<b>GB 1</b>	<b>-10,51</b>	<b>-10,94</b>	<b>-10,03</b>	<b>-10,43</b>	<b>-10,86</b>	<b>-11,31</b>	<b>-11,78</b>
Zuschuss im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr in Mio. EUR***		+0,43	-0,91	+0,4	+0,43	+0,45	+0,47
Zuschuss-Aufwuchs im vgl. zur MiFi in Mio. EUR***			-0,85	-0,8	-0,8	-0,35	+0,12

\* Rundungsdifferenzen möglich

\*\* Für 2019: Nachtragshaushalt 2019 (NTH), um Einmaleffekte bereinigt.

\*\*\* Zum besseren Verständnis und Darstellung der Zuschusserhöhung wurde hier – entgegen der Haushaltslogik mit positiven Werten gearbeitet.

Der Geschäftsbereich 1 konzentriert sich (auch im Ergebnis der Umstrukturierung per 01.01.2019) auf seine Kernaufgaben in den Themengebieten Haushalt, Finanzen, Investitionen und Controlling. Zudem untersteht der Kommunale Immobilien Service mit seinen drei wesentlichen Aufgabengebieten, Mieten und Vermietung, Hochbauten sowie Grundstücks- und Liegenschaftsmanagement dem Geschäftsbereich 1.

Die Konzentration im GB 1 auf seine Kernaufgaben führte zu einer Verschlankung der Personalaufwendungen und der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, was wiederum im Ergebnis einen geringeren Zuschuss von 0,85 Mio. EUR gegenüber der Mittelfristplanung (MiFi) für das Jahr 2020 bedeutet. Der Geschäftsbereich 1 wird im Zeitraum des nächsten Doppelhaushalts die Grundlagen für eine zukunftsorientierte und tragfähige 10-jährige Investitionsplanung für die LHP über den mittelfristigen Finanzplanungszeitraum hinaus schaffen. Dazu ist der Aufbau eines neuen Fachbereiches vorgesehen.

Der Geschäftsbereich deckt zudem die nachfolgenden Themenschwerpunkte über seinen Eckwert ab. (Die detaillierte Aufteilung der Zuschüsse – auf den bestehenden Fachbereich 11 sowie den zu schaffenden Fachbereich 13 und die Geschäftsstellen 101 und 103 sowie das Büro des Geschäftsbereichsleitenden – erfolgt im Rahmen der konkretisierenden Haushaltsplanung.)

#### Rechnungswesen und Steuern

Der Fachbereich Rechnungswesen und Steuern (FB 11) erhebt die kommunalen Steuern der LHP. Ebenfalls werden hier die Aufgaben der Stadtkasse, insbesondere der Beitreibung sämtlicher städtischen Forderungen wahrgenommen (Mahnung und Vollstreckung). Darüber hinaus obliegt dem Fachbereich sowohl das externe als auch das interne Rechnungswesen. Im Bereich des externen Rechnungswesens ist der Fachbereich mit der ordnungsgemäßen Buchführung betraut – auch als Grundlage für die Vorbereitung und Aufstellung der Jahresabschlüsse einschließlich der künftigen Gesamtabchlüsse der LHP. Als zentrales Teilgebiet des internen Rechnungswesens ist die Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) dem FB 11 zugeordnet.

Als besonderes und hervorzuhebendes Zukunftsprojekt wird derzeit der elektronische Anordnungsworkflow vorbereitet, der für die Verarbeitung der eRechnung ab dem Jahr 2020 gesetzlich verpflichtend erforderlich ist. In diesem Zusammenhang wird zugleich eine Optimierung der Prozesse angestrebt.

Ziele dabei sind u. a. eine weitergehende Standardisierung der Rechnungsbearbeitung, eine Qualitätssteigerung, eine schnellere Durchlaufzeit der Rechnungen, eine höhere Transparenz und Verfügbarkeit von Rechnungsunterlagen sowie eine weitergehende Nutzung von eingeräumten Skontofristen.

### **Investitionssteuerung und Controlling**

Mit der Anpassung der Organisationsstruktur der LHP und des GB 1 wurde der formale Rahmen für die Schaffung dieses Fachbereichs geschaffen.

Mit der zunehmenden Größe und Komplexität der LHP und ihrer Verwaltung sowie den steigenden Anforderungen an die Effektivität und Effizienz des Verwaltungshandels nehmen die Herausforderungen an das Controlling immer mehr zu. Dies gilt umso mehr, wenn sich die LHP verstärkt strategisch ausrichtet. Insofern wachsen nicht nur die Aufgaben bei der Führungsunterstützung bezogen auf die Finanzströme in der LHP, sondern auch hinsichtlich der Zielerreichung der einzelnen Geschäftsbereiche sowie der LHP insgesamt.

Um all diese Aufgaben nachhaltig finanziell und durch konkrete Investitionen für die Infrastruktur der wachsenden Stadt absichern zu können, bedarf es des Einsatzes von Planungs- und Steuerungsinstrumenten, die weit über die konventionellen Dimensionen der Mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung nach § 72 BbgKVerf (mit ihrem Planungshorizont von fünf Jahren) hinausgehen. Daher soll eine neuartige Zehnjährige Investitionsplanung konzipiert und etabliert werden. Ziel ist es, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, im Rahmen der kommunalen Finanzverantwortung eine kontinuierliche, generationsgerechte und robuste Umsetzung einer strategischen Stadtentwicklung und Bereitstellung der kommunalen Infrastruktur – vor dem Hintergrund der aktuellen gesamtstädtischen Entwicklungspfade und Aufgaben – zu ermöglichen (siehe dazu unten).

### **Steuerungsunterstützung, Haushaltskonsolidierung, Bürgerhaushalt**

Neben den Aufgaben der originären Steuerungsunterstützung des Bürgermeisters und der LHP insgesamt führt die Geschäftsstelle Steuerungsunterstützung das Gesamtstädtische Controlling fort und baut dieses entsprechend der aktuellen Festlegungen aus. Die dauernde (freiwillige) Haushaltskonsolidierung (siehe das mit dem Doppelhaushalt 2018/2019 beschlossene Zukunftsprogramm – ZP) sowie die fortlaufenden aufgabenkritischen Betrachtungen werden unter Betrachtung der Strategischen Steuerung weiterentwickelt. Ein weiterer wesentlicher Fokus liegt auf dem sehr erfolgreichen Potsdamer Bürgerhaushalt, der durch den Bereich Steuerungsunterstützung organisiert und mit großer Beteiligung der Potsdamerinnen und Potsdamer durchgeführt wird. Er ist ein Erfolgsmodell, das kontinuierlich weitergeführt und weiterentwickelt werden soll. Dies gilt sowohl für das „klassische“ Verfahren, als auch künftig für die neu einzuführenden dezentralen Bürger-Budgets.

### **Haushalt**

Als Querschnittsaufgabe erbringt die Geschäftsstelle Haushalt neben der klassischen Haushaltsplanaufstellung des Ergebnis- und Finanzhaushaltes (der Haushalt gilt als das zentrale Steuerungsinstrument einer Stadt), die Steuerung sowie die Überwachung des Haushaltsvollzuges und der Mittelbewirtschaftung. Das unterjährige Berichtswesen gem. § 29 KomHKV wird zentral von der Geschäftsstelle koordiniert, zusammengeführt, aufgearbeitet und bewertet. Die finanzwirtschaftliche und haushaltsrechtliche Betrachtung von Entscheidungen der Verwaltungsspitze und der Politik werden vorbereitet und unterstützt.

### **Strategisches Themenfeld: Konzeptionierung, Entwicklung und Aufbau einer 10-Jahres-Investitionsplanung für die Landeshauptstadt Potsdam**

Die Landeshauptstadt Potsdam (LHP) wird auch in den kommenden Jahren eine wachsende Stadt sein; sie befindet sich in einem „Jahrzehnt der Investitionen“. Auf der Basis der aktuellen Bevölkerungsprognosen des Landes Brandenburg (Landesamt für Bauen und Verkehr, 2018) und der LHP ist davon auszugehen, dass das Wachstum Potsdams über das nächste Jahrzehnt hinaus fortauern wird. Das Land Brandenburg prognostiziert für das Jahr 2030 eine Einwohnerzahl von 213.213, die LHP für das Jahr 2035 über 220.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Dies bedeutet gegenüber der aktuellen Zahl (Stand 31.12.2018) einen Zuwachs von bis zu 42.000 Einwohnerinnen und Einwohnern.

Diese Entwicklung ist mit enormen infrastrukturellen Herausforderungen verbunden. Zur Illustration der Veränderungen kann darauf abgestellt werden, dass sich der Zuwachs der prognostizierten Einwohnerzahlen in der Dimension der Einwohnerzahl der Stadt Eberswalde bewegt. Die LHP hat somit zusätzlich ein qualitatives und quantitatives infrastrukturelles Wachstum zu bewältigen, das einer Stadtgröße entspricht, die in der Rangfolge der Städte des Landes Brandenburg auf dem siebenten Rang nach Einwohnerzahlen liegt. Dabei sollen Einwohnerwachstum und Ausbau der Infrastruktur möglichst synchron verlaufen. Diese vor allem auf Erweiterungsinvestitionen bezogene Herangehensweise soll zudem möglichst die notwendigen Investitionen in den Bestand nicht vernachlässigen.

Zu diesen zunächst eher quantitativen Anforderungen kommen im Sinne einer strategischen Stadtentwicklung umfangreiche qualitative Herausforderungen wie der Umgang mit den Folgen des Klimawandels (Beschluss der SVV zum Klimanotstand) hinzu.

Um all diese Aufgaben nachhaltig finanziell, durch konkrete Investitionen für die Infrastruktur und schließlich die Tragfähigkeit der damit verbundenen Folgekosten absichern zu können, bedarf es des Einsatzes von Planungs- und Steuerungsinstrumenten, die weit über die konventionellen Dimensionen der Mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung nach § 72 BbgKVerf (mit ihrem Planungshorizont von fünf Jahren) hinausgehen.

Dies ist der Hintergrund, vor dem die LHP eine neuartige Zehnjährige Investitionsplanung konzipiert und etabliert. Ziel ist es, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, im Rahmen der kommunalen Finanzverantwortung eine kontinuierliche, generationsgerechte und robuste Umsetzung einer strategischen Stadtentwicklung und Bereitstellung der kommunalen Infrastruktur zu ermöglichen.

Um eine solche völlig neuartige Zehnjährige Investitionsplanung konkrete Praxis werden zu lassen, sind in einem ersten Schritt die notwendigen konzeptionellen Grundlagen zu schaffen (u. a. in Zusammenarbeit mit einem möglichen externen Partner). Anschließend ist ein entsprechender Projektplan für die Umsetzung vorzulegen. Als Teil der Projektplanung ist das notwendige Budget für diese neuartige Aufgabe zu bestimmen. Diese Aufgabe soll ebenfalls vom neuen FB 13 übernommen werden.

Dabei wird es darauf ankommen, für diese Zehnjährige Investitionsplanung einen entsprechenden Steuerungskreislauf aufzusetzen. Dieser muss u. a. die Elemente Bedarfserfassung (u. a. Lücken und Bedarfe im Bestand sowie zukünftig erforderliche Infrastruktur), Prioritätensetzung (bspw. zur möglichen Konzentration auf pflichtige Investitionen), Clustern der Bedarfe, Möglichkeiten und Grenzen der Finanzierung sowie ein laufendes Controlling und ein Reporting umfassen. Hinsichtlich des hierfür notwendigen Instrumentariums soll u. a. auf die Erfahrungen von Vorreiter-Kommunen wie Köln (Tragfähigkeitsanalyse zur nachhaltigen und generationsgerechten Finanzierung der kommunalen Infrastruktur), der Landeshauptstadt Hannover (Investitionsmemorandum) und Nürnberg (Szenario-Rechnung) zurückgegriffen werden. Zwingende Voraussetzungen für eine erfolgreiche und nachhaltige Investitionsplanung und Umsetzung der Investitionen sind immer auch die Betrachtung der Wechselwirkungen der Investitionen untereinander sowie die Berücksichtigung der Folgekosten (bspw. Abbildung der Auswirkungen auf den Ergebnishaushalt und die Belastungen aus der Finanzierungstätigkeit und Refinanzierung).

Ein zentraler Bestandteil der Zehnjährigen Investitionsplanung wird zudem die Integration in bestehende Entscheidungs- und Planungsprozesse der Stadtentwicklung sowie der kommunalpolitischen und finanzpolitischen Entscheidungsprozesse der LHP sein. Dies betrifft insbesondere die Verbindung mit der konkreten Haushaltsplanaufstellung und -durchführung der Landeshauptstadt Potsdam. Darüber hinaus ist zu überprüfen, ob und inwieweit die Zehnjährige Investitionsplanung auch die Planungen im „Konzern Stadt“, das heißt im Verbund mit den drei großen kommunalen Beteiligungen der LHP und ihren wichtigsten Tochterunternehmen erfassen sollte oder ob „lediglich“ bestehende Wechselwirkungen Berücksichtigung finden.

Aufgrund der Neuartigkeit und der Dimension des Projektes, der mit dem Projekt verbundenen fachlichen Herausforderungen (Interdisziplinarität und Erfordernis von innovativen Ansätzen sowie des fachlichen Überblicks über mögliche Lösungsansätze sowie einer ganzheitlichen Betrachtung) und dem Erfordernis, kurzfristig umfangreich in einem solchen Projekt erfahrenes und qualifiziertes Personal zur Verfügung zu haben, erscheint der Einsatz eines motivierten, qualifizierten und erfahrenen Projektpartners unerlässlich.

Der Erfolg des skizzierten Ansatzes ist nur im Rahmen einer umfassenden Umsetzung möglich. Eine ganzheitliche Zehnjährige Investitionsplanung kann nicht nur in Ansätzen oder mit einer großen zeitlichen Streckung implementiert werden. Auch dies spricht dafür, intensiv mit einem externen Partner zu kooperieren, der über entsprechende Erfahrungen verfügt.

Die neue Aufgabe der Konzipierung, Entwicklung und Erstellung einer Zehnjährigen Investitionsplanung für die Landeshauptstadt Potsdam und u.U. den Konzern Stadt wird ganz überwiegend dem neu aufzubauenden und zu etablierenden FB 13 zugeordnet.

	2018 (IST)	2019 (NT Plan)	2020	2021	2022	2023	2024
Zuschuss im Eckwert in Mio. EUR	0	0	0,35	0,35	0,35	0,075	0,075

## 5.2 Eckwert des Geschäftsbereich 2 – Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Vorschlag für Zuschuss-Eckwerte je GB* (in Mio. EUR)	nachrichtlich		2020	2021	2022	2023	2024
	Plan 2018	NTH 2019**					
<b>GB 2</b>	<b>-168,17</b>	<b>-175,78</b>	<b>-197,96</b>	<b>-206,78</b>	<b>-216,83</b>	<b>-224,58</b>	<b>-232,53</b>
Zuschuss im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr in Mio. EUR***		+7,61	+22,18	+8,82	+10,05	+7,75	+7,95
Zuschuss-Aufwuchs im Vgl. zur MiFi in Mio. EUR***			+20,01	+25,23	+30,69	+38,44	+46,39

\* Rundungsdifferenzen möglich

\*\* Für 2019: Nachtragshaushalt (NTH) 2019, um Einmaleffekte bereinigt.

\*\*\* Zum besseren Verständnis und Darstellung der Zuschusserhöhung wurde hier – entgegen der Haushaltslogik mit positiven Werten gearbeitet.

Der Geschäftsbereich 2 mit den Themengebieten Bildung, Kultur, Jugend und Sport erhält im Vergleich zur derzeit gültigen Mittelfristigen Finanzplanung (MiFi) eine absolute Zuschusssteigerung um 20 Mio. EUR (davon Elternbeitragsordnung 9,7 Mio. EUR) (in 2020) bzw. 46,39 Mio. EUR (in 2024). Das Budget des GB 2 beläuft sich in 2020 auf insgesamt 197,96 Mio. EUR. Das entspricht einer Steigerung von ca. 12 % gegenüber der MiFi.

### Moderne Bildungsinfrastruktur

Das strategische Themenfeld des GB 2 ist die Schaffung einer modernen Bildungsinfrastruktur in der LHP. Dazu zählen unter anderem die Weiterführung des Schulentwicklungsplanes (SEP), gute und wohnortnahe Kitas, Kindertagesbetreuung und Tagespflege, Jugendförderung und Teilhabe, Bildungsgerechtigkeit sowie kulturelle Bildung.

Dafür sind im Budget des GB 2 die folgenden Themenfelder und Produkte wie folgt priorisiert und finanziell abgebildet.

Vor dem Hintergrund der wachsenden Stadt unterhält und schafft die LHP ein bedarfsgerechtes, d.h. wohnungsnahes und alle Bildungsgänge umfassendes Schulangebot. Gemäß aktueller Schulentwicklungsplanung 2014 – 2020 (SEP) sollen unter anderem fünf Grundschulen und drei weiterführende Schulen inklusive Hort in den kommenden 5 Jahren in der LHP neu gebaut werden. Aufgrund des weiteren Wachstums der Bevölkerung und der damit einhergehenden Schülerzahlentwicklung werden weiterhin eine der wesentlichen Aufgaben die Schulentwicklungsplanung und die damit verbundenen

Aufgaben der Schulträgerschaft sein. Um mit der die Schülerzahlen betreffenden Entwicklung Schritt zu halten, werden die im SEP festgestellten Bedarfe regelmäßig überprüft, aktualisiert bzw. fortgeschrieben. In den nächsten 5 Jahren wird deshalb in den betreffenden Planungsräumen mit einem teils sehr deutlichen Anstieg der Zahl einzuschulender Kinder gerechnet. Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich auch im Sekundarbereich. Bereits mit dem SEP I (2014-2020) wurde das Investitionsvolumen für die Schulinfrastruktur um 160 Mio. EUR aufgestockt, dieses Investitionsvolumen spiegelt sich jährlich mit ca. 10 %, d.h. etwa 16 Mio. EUR im Ergebnishaushalt des Geschäftsbereichs 2 wieder. Ein wesentlicher Schwerpunkt des anstehenden Doppelhaushaltes wird daher die Planung weiterer Bedarfe für die Schulinfrastruktur und damit in Zusammenhang stehenden Schulsportflächen sein. Diese Planung wird zu einer deutlichen Erweiterung des Investitionsbedarfes der LHP in die Bildungsinfrastruktur führen und sich mittelfristig ebenso im Ergebnishaushalt abbilden und zu refinanzieren sein.

Gekoppelt an die infrastrukturellen Bedarfe öffnet die Landeshauptstadt Potsdam den Fokus weiter auf die Betreuung. Das bedeutet, Ganztagsangebote werden ausgebaut um mehr Zeit zum Lernen und für die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler zu schaffen. Mit dem Ausbau des Ganztagsangebots sind im Allgemeinen hohe Erwartungen verknüpft: die Abmilderung der herkunftsabhängigen Verteilung von Bildungschancen, die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Entlastung der Familienerziehung, genereller Ausgleich von benachteiligenden Strukturen, die Minderung von Schulabbrecherquoten und die Verbesserung des Schulerfolgs sowie der Erwerb sozialer Kompetenzen durch die sozialintegrative Funktion von Ganztagschulen.

Die Gestaltung der bedarfsgerechten Ganztagsangebote erfolgt in Kooperation und Kommunikation zwischen Schule und Jugendhilfeträgern (Hort).

Vor dem Hintergrund des Konzepts „Gemeinsamen Lernens“ und der inklusiven Beschulung in Grund- und weiterführenden Schulen können die Themen Inklusion und Integration fortentwickelt werden. So wird den steigenden Bedarfen an inklusiver Beschulung entsprochen.

#### **Anstieg der Zahl einzuschulender Kinder – 2019/20 zu 2024/25 um:**

Planungsraum	Name	SchülerInnen	in %
102	Krampnitz	60	55
201	Bornim, Bornstedt	37	14
403	Babelsberg Süd	40	31
601	Hbf. Templiner/Teltower Vorstadt	47	47

Insgesamt Anstieg in der Primarstufe von 2019/20 bis 2024/2025 um ca. 1321 SchülerInnen (+15%)

Insgesamt Anstieg in der Sekundarstufe I von 2019/20 bis 2024/25 um ca. 968 SchülerInnen (+15%)

Insgesamt Anstieg in der Sekundarstufe II von 2019/20 bis 2024/25 um ca. 521 SchülerInnen (+21%)

#### **Errichtung neuer Kitas bis zum Jahr 2024 – inklusive 2 Kommunalen Kitas ab dem Jahr 2020/21**

Vor dem Hintergrund der wachsenden Stadt schafft die LHP bedarfsgerechte Kita- und Hortplätze u.a. aus der Einleitung der beschlossenen Jugendhilfe-Teilfachplanung „Bedarfsplan für Kindertagesbetreuung“ für die Landeshauptstadt Potsdam für den Zeitraum des Kita-Jahres 2018/2019, welche ihre Gültigkeit bis zum Beschluss eines Folgeplanes behält (voraussichtlich Ende 2019 / QI 2020). Hierfür ist vorgesehen, gemeinsam mit den freien Trägern bis zu 30 neue Kitas zu errichten. Die Bedarfszahl wird hierfür durch den Geschäftsbereich 2 regelmäßig überprüft.

Die Kindertagesbetreuung gewährleistet die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und dient dem Wohl und der Entwicklung der Kinder. Der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe hat den Auftrag, ein bedarfsgerechtes Angebot an Plätzen in Tageseinrichtungen oder in anderen Angeboten zu planen und zur Verfügung zu stellen.

Dabei ist dem Wunsch- und Wahlrecht der Eltern möglichst zu entsprechen. In der Landeshauptstadt Potsdam wird dieser Versorgungsauftrag durch 48 freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe

sichergestellt. Durch die Vielfalt der Träger ist es möglich, die Pluralität der Kindertagesbetreuung zu sichern und zahlreiche unterschiedlich konzipierte Angebote für Kinder und Eltern bereitzustellen.

Aufgrund positiver Bevölkerungsentwicklung wurden seit dem Jahr 2008 Kita-Plätze in der Landeshauptstadt Potsdam kontinuierlich aufgebaut und über 8.000 zusätzliche Plätze geschaffen. Der Zuzug von Familien mit Kindern im Kita-Alter hält an. Dadurch erhöht sich die Gewährleistungsverpflichtung für die Erfüllung des Rechtsanspruchs.

Ausgehend davon ist ein weiterer Platzausbau erforderlich. Die LHP arbeitet an der steten sozialraumorientierten Evaluierung von Bedarf und Angebot.

Weitere Herausforderungen sind Umbauten bzw. die Ertüchtigung bestehender Objekte, die Lokalisierung geeigneter Flächen, die Finanzierung des Betriebes, die Qualität, landesweit spürbarer Fachkräftemangel und Themen wie die Inanspruchnahme des beitragsfreien Kitajahres.

Ab dem Kita-Jahr 2020/21 will die LHP wieder Betreiberin von Kindertagesstätten und Kindertagespflegestellen sein. Die Vorteile sind u.a. Impulse für die inhaltliche, personelle und organisatorische Ausgestaltung von Kitas zu geben, neue Betreuungsangebote zu erproben, Kostentransparenz zu erreichen u.v.a.m. Ein Grundsatzbeschluss dazu wurde im September 2019 in der SVV gefasst. Die Finanzierung von Kitas wird über die Anzahl der Kinder ermittelt, daher ist es im Ergebnis zunächst haushaltsneutral, ob Kitas von freien oder kommunalen Trägern betrieben werden.

Die Planung der Kitafinanzierung basiert im Wesentlichen auf der geplanten Anzahl betreuter Kinder, der Betreuungsquote, dem Gesamtaufwand der Vorjahre und der hinzukommenden Sondereinflüsse (bspw. Gesetzesänderungen). Im Gesamtaufwand für die Kitafinanzierung finden sich die Zuschussbereiche gemäß der Richtlinie über die Finanzierung und Leistungssicherstellung der Kindertagesstätten in freier Trägerschaft in der Landeshauptstadt Potsdam (Kita-Finanzierungsrichtlinie – KitaFR) wieder. Das sind der Kostenbereich I – Kosten für das beim Träger der Einrichtung beschäftigte notwendige pädagogische Personal, Kostenbereich II – Kosten für die Bewirtschaftung von Gebäuden und Anlagen und der Kostenbereich III – Versorgungskosten und sonstige Kosten, die für den ordnungsgemäßen Betrieb der Kindertagesstätte erforderlich sind.

### **Kindertagesbetreuung und Tagespflege**

Die LHP strebt weiterhin einheitliche Kostenbeiträge für die Sorgeberechtigten und somit die Empfehlung für eine Elternbeitragsordnung (EBO) für die Inanspruchnahme von Kindertagesstätten in der Landeshauptstadt an.

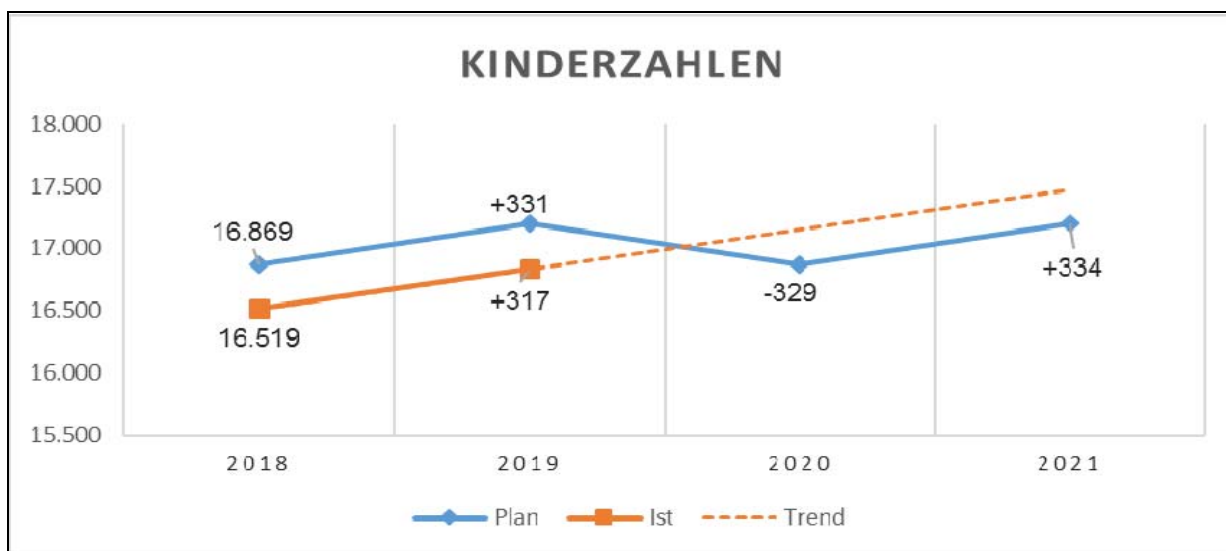
Im Eckwert ist die derzeit gültige EBO berücksichtigt. Die neue Kita-Finanzierungsrichtlinie 2020 ist in Erarbeitung. Das Ziel ist die Schaffung von weiterer Transparenz sowie den Anforderungen des breiten in der LHP verfügbaren Angebotes an pädagogischen Ansätzen sowie Betreuungsformen gerecht zu werden. Im Eckwert ist ein Aufwuchs von 3,4 Mio. EUR p.a. enthalten.

Der Eckwert beinhaltet außerdem die Umsetzung des Gute-Kita-Gesetzes, um die Qualität frühkindlicher Bildung, Erziehung und Betreuung in der Kindertagesbetreuung weiterzuentwickeln und die Teilhabe in der Kindertagesbetreuung zu verbessern.

Aus diesem Grund sind Aufwendungen für Personalkostensteigerungen bei den freien Trägern (Aufwand: 1,91 Mio. EUR) der Kindertagesbetreuung berücksichtigt, damit eine Vergütung in Anlehnung an den TVöD erfolgen kann.

Zudem sind im GB 2 Budget das Förderprogramm Kiez-Kita (Aufwand: 0,21 Mio. EUR), der Betrieb der Kommunalen Kindertageseinrichtungen (Aufwand: 0,15 Mio. EUR), die Freistellung des Leitungsanteiles (Aufwand: 0,09 Mio. EUR). Insgesamt beträgt der Zuschussbedarf im vorgeschlagenen Eckwert für Kindertagesbetreuung und Tagespflege 77,34 Mio. EUR in 2020.





### Jugendförderung, Teilhabe und Bildungsgerechtigkeit

Die Kinder- und Jugendhilfe als pflichtige Aufgabe ist nach aktuellem Stand der Planungen vollumfänglich im vorliegenden Eckwert berücksichtigt. Die Versorgung mit ambulanten und stationären Hilfeangebot im Bereich Hilfe zur Erziehung, der Erziehungsberatung, der Sozialen Gruppenarbeit, des Erziehungsbeistandes, der sozialpädagogischen Familienhilfe, der Vollzeitpflege und der Heimerziehung ist mit den dargestellten Eckwerten vollumfänglich sichergestellt. Ebenso die Unterbringung und Versorgung unbegleiteter, minderjähriger Ausländer. Der im Eckwert des GB 2 geplante Zuschuss für 2020/2021 beläuft sich auf 19,64 Mio. EUR in 2020 und 23,62 Mio. EUR in 2021.

### Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit

Ein weiterer Schwerpunkt der LHP ist die Jugendarbeit. Diese und insbesondere die Jugendsozialarbeit sowie die Förderung der Einrichtungen der Jugendarbeit werden verstetigt. Dazu gehören u.a. die Einrichtung einer Jugendwebsite, die Aktualisierung des Kinderstadtplanes, die Förderung von temporären Lerngruppen, die Fortführung der Aufstockung der Schulsozialarbeit u.v.a.m. Zudem sollen priorisiert verschiedene Bestandteile aus dem „Maßnahmenplan zur Sicherung der Chancengerechtigkeit für alle Kinder in der LHP“ schrittweise umgesetzt werden.

Einrichtungen der Jugendarbeit:

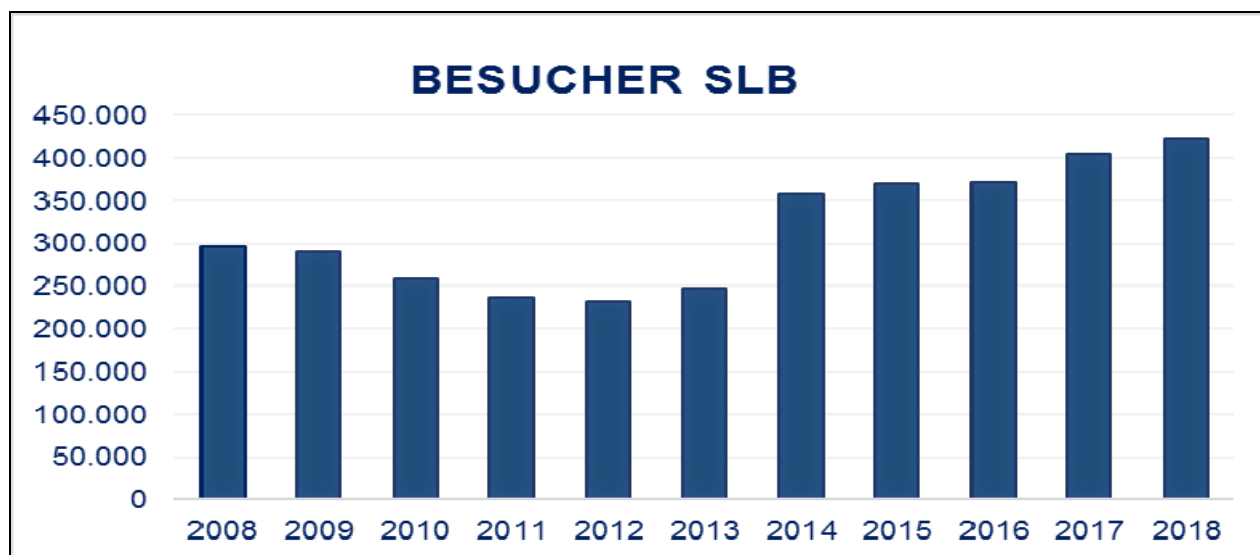
	2018 IST	Ansatz 2019 (Plan)	2020	2021	2022	2023	2024
Ertrag in Mio. EUR	0,45	0,40	0,44	0,44	0,44	0,44	0,44
Aufwand in Mio. EUR	-6,87	-8,13	-8,68	-9,11	-9,53	-9,96	-10,41
Zuschuss in Mio. EUR	-6,41	-7,73	-8,26	-8,67	-9,11	-9,52	-9,98

Die Musikschule ist im vorliegenden Eckwert des GB 2 so berücksichtigt (2020/2021: 1,78 Mio. EUR / 1,77 Mio. EUR), dass sie ihre Aufgaben und Angebot auf gewohnt hohem Niveau weiterführen kann. Dies beinhaltet Projekte zur Förderung der Bildungsgerechtigkeit so u.a. wie die „JamMBoxX“, „JEKISS – die singende Grundschule“ und „Klasse: Musik für Brandenburg“. Abgerundet wird das Angebot der Musikschule durch die Durchführung ziel-, altersgruppen- und bedarfsorientierter musikpädagogischer Projekte, durch Kooperationen mit Bildungs- und Kulturträgern der Stadtgesellschaft (26 im Jahr 2018).

Mit Drucksachenummer 18/SVV/0993 hat die Stadtverordnetenversammlung den Oberbürgermeister beauftragt zu prüfen, ob und ggf. wie eine Anpassung der Honorare der Musikschullehrer/innen an die Honorare der Volkshochschule erfolgen kann. Unter Maßgabe der Beibehaltung des vielfältigen Angebotes und der Nichterhöhung von Gebühren kann eine Anpassung der Honorare an die der Volkshochschule im Eckwert des Doppelhaushalts 2020/21 nicht umgesetzt werden.

Die Volkshochschule im Bildungsforum (VHS) ist das kommunale Weiterbildungszentrum der Landeshauptstadt Potsdam. Der normale Betrieb ist im Eckwert enthalten, der voraussichtliche Zuschuss beträgt im Jahr 2020 0,88 Mio. EUR und im Jahr 2021 0,87 Mio. EUR, das entspricht dem Ansatz von 2019. Im Jahr 2018 haben 22.000 Unterrichtsstunden stattgefunden. Das Angebot wird bedarfsorientiert inhaltlich ausgebaut, neue Bildungsformate kommen hinzu. Darüber hinaus werden aus dem Eckwert folgenden Projekte im Bereich Grundbildung, Integration, Digitalisierung sowie berufliche Weiterbildung bestritten. Die Volkshochschule Potsdam setzt Schwerpunkte im außerschulischen Bildungsbereich unter anderem mit Projekte im Bereich Grundbildung, Integration, Digitalisierung sowie berufliche Weiterbildung.

Als besucherstarke Bildungs- und Kultureinrichtung sieht die Stadt- und Landesbibliothek (SLB) die generationenübergreifende Stärkung digitaler Kompetenzen als ein wichtiges Ziel ihres Bildungsauftrags an. Dabei verfolgt sie verstärkt eine digital-analoge Strategie mit verschiedenen Ansätzen in der Vermittlung von Lese-, Medien- und Informationskompetenz sowie in Bezug auf ihre Veranstaltungsangebote. Sie versteht sich weiter als Lern- und Begegnungsort und bietet einen niedrigschwelligen Zugang zu aktuellen Medien und Informationen für alle Menschen. Der zur Aufgabenerfüllung der Stadt- und Landesbibliothek erforderliche Zuschuss ist vollumfänglich im vorliegenden Eckwert für 2020 berücksichtigt, voraussichtlicher Zuschuss 2020/2021: 3,40 Mio. EUR / 3,60 Mio. EUR. In den Jahren 2021 bis 2024 können darüber hinaus innerhalb der Eckwerte von den geplanten Maßnahmen zur zukünftigen Entwicklung der Bibliotheklandschaft entsprechend Vorlage 19/SVV/0900 der Wechsel des Fachverfahrens (2021), die Ausstattung der Zweigbibliotheken Am Stern und Waldstadt mit RFID-Technik (2021 ff.) (hier nur Wartungskosten), die Erweiterung der Öffnungszeiten in der Hauptbibliothek (2021 ff.) und die Erweiterung der Öffnungszeiten durch eine Open-Library-Ausstattung in den Zweigbibliotheken Am Stern (2021 ff.) und Waldstadt (2023 ff.) (hier nur Wartungskosten) abgebildet werden.



Bezüglich des Naturkundemuseums sind mit einem Zuschuss 1,49 Mio. EUR im Jahr 2020 neben dem normalen Betrieb, die Umsetzung des Aquarienkonzepts, die Erneuerung des 2. Abschnitt der Dauerausstellung, eine Aufarbeitung der Digitalisierung der Sammlung, sowie die Homepage und die regionale Forschung innerhalb des Eckwertes abgebildet und sollen in den kommenden Jahren weiter ausgebaut und verstärkt werden.

### **Sport, Breitensport und Bäderlandschaft**

Prämisse der Landeshauptstadt Potsdam bleibt es: Die entgeltfreie Nutzung der kommunalen Sportanlagen durch die Vereine soll weiterhin bestehen bleiben.

Die Förderung der sportlichen Angebote in Potsdam berücksichtigt die steigende Mitgliederanzahl in Sportvereinen. Zudem ist eine Aufstockung der Stadtsportmittel berücksichtigt. Der zusätzliche Aufwand für eine Öffnung der Schulhöfe (Beispiel DS 19/SVV/0731) für den unorganisierten Breitensport kann kurzfristig mit dem nächsten Doppelhaushalt 2020/21 nicht realisiert werden.

Im Stadtsportbund soll eine zusätzliche Personalstelle geschaffen werden. Der Aufgabenschwerpunkt liegt in der Koordination der Angebote des Sports für Menschen mit Behinderung. Hierfür sollen 20.000 EUR pro Jahr zur Verfügung gestellt werden.

Die grundlegende Finanzierung der Sportstätten und Bäder in Potsdam ist mit dem vorgeschlagenen Eckwert abgesichert. Jedoch sind derzeit die Investitions- und Betriebskosten der Verlagerung des Strandbades Babelsberg noch nicht im Eckwert enthalten. Über erhöhte Zuschussbedarfe für das „blu“ und das Kiezbad am Stern aufgrund gestiegener Betriebskosten wird auf der Grundlage durch die SWP erstellter Szenarien für die Kosten- und Einnahmenentwicklung im Rahmen der konkretisierenden Haushaltsplanung entschieden.

### **Luftschiffhafen**

Der Luftschiffhafen ist ein Aushängeschild für den Leistungssport und Olympiastützpunkt des Bundes. Der im Eckwert vorgesehene Zuschuss beläuft sich auf 8,48 Mio. EUR im Jahr 2020 und 7,95 Mio. EUR im Jahr 2021. Daneben ist der Luftschiffhafen ein wichtiger Standort für den Schul-, Breiten-, und Vereinssport. Dementsprechend wird er finanziert aus Zuschüssen der LHP, des Landes (Projektbezogen sowie über den Schullastenausgleich) und des Bundes (Projektbezogen sowie im Rahmen der anteiligen Leistungssportförderung). Neben der grundsätzlichen Unterhaltung in den nächsten Jahren muss der Luftschiffhafen auch in den kommenden Jahren weiter ertüchtigt werden, um den Sportlerinnen und Sportlern beste Trainings- und Wettkampfbedingungen bieten zu können. Die Landeshauptstadt wird diesbezüglich bei Land und Bund dafür werben, genauso wie die LHP ihr Engagement noch zu verstärken. Notwendig werden unter anderem parallel zum Regelbetrieb der Sportstätten (Aufwand: 2,39 Mio. EUR), des Wohnheims und der Mensa (Aufwand: 5,00 Mio. EUR) sowie der Anmietung der MBS Arena (Aufwand: 1,67 Mio. EUR) die Sanierung des Hauptstadions geplant (Aufwand: 2,88 Mio. EUR) sowie weitere grundsätzliche Bauunterhaltsmaßnahmen (Aufwand: 0,36 Mio. EUR) zu finanzieren. Ertragsseitig stehen dem u. a. Erträge aus dem Schulkostenbeitrag des Wohnheims über ca. 2,72 Mio. EUR sowie 2,20 Mio. EUR aus geplanten Zuschüssen der Stadionsanierung gegenüber. In den folgenden Jahren sind u. a. Instandsetzungsarbeiten an den Lüftungsanlagen der Schwimm- und Leichtathletikhalle (Aufwand: 0,5 Mio. EUR in 2021) sowie Refinanzierungskosten für den möglichen Neubau eines Stadiongebäudes (Aufwand: 0,73 Mio. EUR 2022 ff.) geplant.

Zusätzlich zu den dargestellten finanzierten Maßnahmen ist in 2020/2021 die Instandsetzung der Mittelallee (Verkehrssicherungspflicht) sowie die Sanierung des Tribünengebäudes (Fortsetzungsmaßnahme) dringend erforderlich, hierfür konnten keine Mittel eingeplant werden. Hierfür werden im Rahmen der konkretisierenden Haushaltsaufstellung Lösungen zur Finanzierung durch den Geschäftsbereich 2 erarbeitet.

### **Kultur und Kulturelle Bildung**

Kulturelle Bildung schafft Zugänge zu Kunst und Kultur, baut Barrieren ab und ermöglicht eine Auseinandersetzung mit Fragen kultureller Identität und kultureller Vielfalt.

Die Förderung von Projekten und Institutionen der Kulturellen Bildung ist ein Schlüsselfaktor für kulturelle und gesellschaftliche Teilhabe und Integration, aber auch für eine kritische Auseinandersetzung mit den Herausforderungen und Konflikten der Gegenwart.

Für das Potsdam Museum ist vorgesehen, dass der bisherige Zuschuss von 2,23 Mio. EUR bzw. 2,28 Mio. EUR in den Jahren Jahr 2018 bzw. 2019 auf 2,51 Mio. EUR bzw. in 2021 geplante 2,62 Mio. EUR ansteigen soll. Damit wäre der Betrieb des Potsdam Museums mit seinen Aufgaben Ausstellungen (Dauer- und Sonderausstellungen), Sammeln, Bewahren, Forschen und Vermitteln abgedeckt. Auch die Finanzierung des freien Eintritts in die Ständige Ausstellung entsprechend der SVV-Beschlüsse 18/SVV/0683 und 19/SVV/0100 wäre sichergestellt. Die Neuausrichtung der Ständigen Ausstellung kann zudem umgesetzt werden. Des Weiteren sollen die Museumspädagogik und die Aufarbeitung / Restaurierung der Sammlungen gestärkt werden. All diese Maßnahmen sollen eine aktive Einbeziehung

aller gesellschaftlicher Gruppen ermöglichen, gerade auch solcher, die bisher nicht im Museum repräsentiert waren.

Analog ist die Brandenburgische Gesellschaft für Kultur und Geschichte zu beurteilen, deren innovatives, durch Partizipation geprägtes Nutzungskonzept eine Fokussierung auf die Vermittlung von Landesgeschichte und Kultur vorsieht. Die Förderung des Grundhaushaltes der gGmbH entsprechend ihrer Zielsetzung, die kulturelle und regionale Vielfalt des Landes Brandenburgs abzubilden und zu vermitteln ist mit dem vorgeschlagenen Eckwert gesichert. Der im Eckwert vorgesehene voraussichtliche Zuschuss für 2020 beträgt 0,35 Mio. EUR bzw. für 2021 0,37 Mio. EUR. Darüber hinaus ist die Umsetzung des Innovationskonzeptes für die veränderte Nutzung des Kutschstallensembles als „Brandenburgisches Zentrum für die Vermittlung von Landesgeschichte und Kultur“ gewährleistet. Die Finanzierung der Gesellschaft ist zwischen den Zuwendungsgebern Stadt und Land abgestimmt und durch eine Verwaltungsvereinbarung festgeschrieben.

Die städtischen Gesellschaften Hans Otto Theater gGmbH und Musikfestspiele Sanssouci und Nikolaisaal Potsdam gGmbH zeichnen sich durch ihre anerkannt hochwertige Arbeit aus, aber auch durch vielfältige Tätigkeiten in der Kulturellen Bildung. Angefangen bei der erfolgreichen Einrichtung und dem Betrieb einer Bürgerbühne, über theater- und musikpädagogische Veranstaltungen bis hin zu gezielter Hörvermittlung decken die Gesellschaften ein breites Spektrum der Kulturellen Bildung ab. Durch die adäquate Finanzierung von Theater, Nikolaisaal und Musikfestspielen wird die Voraussetzung auch für die erfolgreiche, nachhaltige und qualitativ hochwertige Arbeit im Bereich der Kulturellen Bildung ermöglicht. So erhöht sich der Zuschuss des Hans Otto Theaters voraussichtlich von 6,87 Mio. EUR / 6,78 Mio. EUR in 2018/2019 auf 7,16 Mio. EUR in 2020 und 7,39 Mio. EUR in 2021. Die Durchführung der Musikfestspiele und Betreuung sowie Vermarktung des Nikolaisaals Potsdam können mit dem vorgeschlagenen Eckwert gewährleistet werden. Für die Musikfestspiele Sanssouci und Nikolaisaal ist im Eckwert, im Vergleich zu den Jahren 2018/2019 2,59 Mio. EUR / 2,67 Mio. EUR mehr vorgesehen, der Zuschuss 2020 soll voraussichtlich 2,77 Mio. EUR und 2,78 Mio. EUR in 2021 betragen.

Seit vielen Jahren haben auch die Akteure der Freien Szene Partizipation und Teilhabe zu Pfeilern ihrer künstlerischen Arbeit ausgebaut: Die angemessene Finanzierung der Akteure der Freien Szene bildet die Basis für eine erfolgreiche niedrigschwellige Arbeit in diesem die Vielfalt der Kultur in Potsdam widerspiegelnden Sektor. Förderung Einrichtung freier Träger ZKS / Schiffbauergasse (voraussichtlicher Zuschuss 2020/2021: 1,41 Mio. EUR / 2,02 Mio. EUR)

Die Unterstützung der freien Kulturträger an der Schiffbauergasse – T-Werk, fabrik, Waschhaus und Theaterschiff – ist ebenso im Eckwert vorgesehen. Sie können in 2020/21 ihren Spielbetrieb auf dem Niveau von 2019 weiterführen.

Das soziokulturelle Zentrum freiLand basiert unter anderem auf der Grundidee von sehr weitgehender Partizipation. Die Arbeit von freiLand ist niedrigschwellig und fördert die Selbstbefähigung seiner Akteurinnen und Akteure.

Die Landeshauptstadt Potsdam leistet mit denen im Eckwert vorgesehenen finanziellen Mitteln des Geschäftsbereiches 2 einen wesentlichen Beitrag zur kulturellen und musikalischen Förderung der Einrichtungen und Kulturträger. Dies spiegelt sich nicht zuletzt bei der Förderung der Gedenkstätte Lindenstraße, der Kammerakademie, den Chören, den freien Orchestern, des Jan-Boumann-Haus, der Förderung von Kulturprojekten, die Etablierung neuer Angebote bei der Weiterentwicklung des Kulturmarketings, die Kunstwerkstatt Ost sowie dem Standortmarketing Schiffbauergasse wider. Insgesamt umfasst die Kulturelle und musikalische Förderung von Einrichtungen und Trägern einen Zuschuss von 17,24 Mio. EUR in 2020.

Die Landeshauptstadt Potsdam setzt sich mit dem Doppelhaushalt 2020/21 das prioritäre Ziel, den SVV-Beschlusses 19/SVV/0320 umzusetzen. Vorkehrungen für Erhöhungen im Personal- und Tarifbereich sowie in der „Finanzierung von Personalkostensteigerung freier Träger“ wurden getroffen für das Hans Otto Theater, Musikfestspiele Sanssouci und Nikolaisaal, für die freien Kulturträger an der Schiffbauergasse für das Jahr 2021 – T-Werk, fabrik, Waschhaus und Theaterschiff, ebenfalls ab 2021 anteilig für: Kammerakademie, Brandenburgischer Kunstverein Potsdam e.V., Trägerverein Charlottenstraße 31 e.V., Förderverein Lepsiushaus Potsdam e.V., Kunsthaus Potsdam e.V., Kunstschule Potsdam e.V., Musik an der Erlöserkirche e.V., Offener Kunstverein e.V., Singakademie Potsdam e.V., Theater Poetenpack e.V., Sans Titre e.V., Förderverein Böhmisches Dorf und Neuendorf e.V.

## Budgetentwicklung des Fachbereichs Kultur und Museen (24)

	2018 IST	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Ertrag in Mio. EUR	4,51	4,43	4,49	4,45	4,43	4,43	4,43
Aufwand in Mio. EUR	-24,63	-25,45	-26,22	-27,36	-28,12	-28,32	-28,58
Zuschuss in Mio. EUR	-20,12	-21,02	-21,73	-22,92	-23,70	-23,89	-24,15

### 5.3 Eckwert des Geschäftsbereich 3 – Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit

Vorschlag für Zuschuss-Eckwerte je GB* (in Mio. EUR)	nachrichtlich		2020	2021	2022	2023	2024
	Plan 2018	NTH 2019**					
<b>GB 3</b>	<b>-77,52</b>	<b>-82,34</b>	<b>-82,78</b>	<b>-86,63</b>	<b>-90,32</b>	<b>-93,62</b>	<b>-97,36</b>
Zuschuss im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr in Mio. EUR***		+4,82	+0,44	+3,85	+3,69	+3,3	+3,74
Zuschuss-Aufwuchs im Vgl. zur MiFi in Mio. EUR***			+1,16	+2,56	+5,51	+8,81	+12,55

\* Rundungsdifferenzen möglich

\*\* Für 2019: Nachtragshaushalt (NTH) 2019, um Einmaleffekte bereinigt.

\*\*\* Zum besseren Verständnis und Darstellung der Zuschusserhöhung wurde hier – entgegen der Haushaltslogik mit positiven Werten gearbeitet.

Der Geschäftsbereich 3 erledigt fast ausschließlich und in einer besonderen Größenordnung pflichtige Aufgaben für die Landeshauptstadt Potsdam. Dazu gehören in erster Linie alle Bestandteile der Leistungsverwaltung der öffentlichen Daseinsvorsorge, die Sicherung von Ordnung und Sicherheit, darunter der Brand- und Katastrophenschutz sowie die Erbringung von Sozialleistungen nach den einschlägigen Bundesgesetzen.

Der Geschäftsbereich 3 weist im Vergleich zur mittelfristigen Finanzplanung eine absolute Zuschusserhöhung um 1,16 Mio. EUR im Jahr 2020 um bis zu 12,55 Mio. EUR im Jahr 2024 aus. Der zunächst langsame Anstieg der Zuschusserhöhung im Geschäftsbereich 3 beruht u.a. auf den zurückgehenden Flüchtlingszahlen und die dadurch in geringerem Umfang erforderlichen Unterbringungs- und Unterstützungsleistungen für Geflüchtete.

In einer wachsenden Stadt ist es die vordringlichste Aufgabe des Geschäftsbereichs, die hohe Qualität von Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger zu verstetigen. Wenn notwendige Bedarfe steigen müssen diese quantitativ ausgebaut werden. Dies betrifft vor allem soziale Leistungen, wie die

Grundsicherung im Alter, die Eingliederungshilfe, die Hilfe zur Pflege oder die Unterstützung in besonderen Lebenslagen. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten darüber hinaus eine hohe Dienstleistungsqualität im Bürgerservice und bei der Ordnung und Sicherheit im öffentlichen Raum. Das hohe Vertrauen der Bürgerschaft in die Professionalität von Feuerwehr und Rettungsdienst gilt es angesichts des Fachkräftemangels in diesem beruflichen Feld weiter zu sichern.

Dafür sollen im Ergebnishaushalt 2020/21 und in der mittelfristigen Planung bis 2024 mit aufwachsenden Planansätzen Vorkehrungen getroffen werden.

	2020	2021	2022	2023	2024
Ertrag in Mio. EUR	149,65	154,71	158,20	158,92	159,80
Aufwand in Mio. EUR	-232,43	-241,34	-248,52	-252,54	-257,16
Zuschuss in Mio. EUR	-82,78	-86,63	-90,32	-93,62	-97,36

Eine besondere – und mithin strategische – Herausforderung besteht darin, qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Landeshauptstadt Potsdam in den genannten Bereichen zu gewinnen. Die Einwohnerzahl der Landeshauptstadt Potsdam lag im Jahr 2010 bei 156.906 Personen und ist bis zum Jahr 2018 auf 178.089 angestiegen und damit um über 21.000 Personen gewachsen (LHP, Statistischer Jahresbericht 2018). Dies entspricht einem Bevölkerungswachstum von 13 Prozent. Bis zum Jahr 2035 wird für die Landeshauptstadt Potsdam ein Wachstum auf mehr als 220.000 Einwohner und Einwohnerinnen prognostiziert. Damit wächst auch weiterhin der Personalbedarf bei den gesetzlichen Leistungen in allen Fachbereichen des Geschäftsbereiches 3. Die Deckung der personellen Bedarfe in der Stadtverwaltung ist angesichts des Fachkräftemangels eine große Herausforderung. Die Bedarfe werden im Folgenden dargestellt.

### Ordnung und Sicherheit

Im Bereich Ordnung und Sicherheit lassen sich die beschriebenen Fallzahlenanstiege anhand einiger exemplarischer Bereiche nachvollziehen. So sind die Kfz-Zulassungen von 2016 bis 2018 von 43.989 auf 47.667 pro Jahr angestiegen. Bei der Ausstellung von Passdokumenten ist ein Anstieg von 10.169 Fällen im Jahr 2016 auf 11.796 im Jahr 2018 zu verzeichnen. Der Aufwand für die Ausstellung von Bewohnerparkausweisen hat sich in den letzten drei Jahren ganz erheblich erhöht. Waren im Jahr 2016 noch 4.318 Fälle zu bearbeiten, so waren es im Jahr 2018 bereits 7.629.

Auf Grund der öffentlichen Diskussion um die Sicherheit im öffentlichen Raum wurden zudem im Jahr 2019 die Einsätze des Außendienstes im und um den Hauptbahnhof massiv verstärkt, sowie insgesamt in allen Stadtteilen. Diese Präsenz soll dauerhaft stabilisiert und ausgebaut werden. Dafür werden für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 die Mittel für je eine Stelle für den Außendienst zusätzlich im Haushalt eingeplant. Eine große Herausforderung für die Ausländerbehörde ist neben der Umsetzung des Migrationspakets das zum 01. März 2010 geltende Fachkräftezuwanderungsgesetz. Insgesamt ergibt sich für die Thematik voraussichtlich ein zusätzlicher Personalbedarf von 5 Stellen. Der voraussichtliche Zuschussbedarf beläuft sich für Ordnungs- und Überwachungsangelegenheiten in 2020 auf rund 5,76 Mio. EUR, die im Eckwert enthalten sind. Für den Bürgerservice sind mit dem Eckwert in 2020 2,46 Mio. EUR, für die Abfallwirtschaft 0,27 Mio. EUR vorgesehen. Im Bereich Bußgeldangelegenheiten wird zudem mit einem Überschuss von etwa 2,43 Mio. EUR in 2020 geplant.

### Feuerwehr und Rettungsdienst

Die Landeshauptstadt Potsdam braucht eine leistungsfähige und gut ausgerüstete Feuerwehr für die Potsdamer Bürgerinnen und Bürger. Die Planung der Sachaufwendungen im Haushaltsbudget des zuständigen Fachbereiches 37 (Feuerwehr) beruht auf vertraglichen Verpflichtungen mit verbundenen Unternehmen (Verträge mit KFP, KIS, BLB, EvB, etc.) und der Fortschreibung der Erfahrungswerte aus den vergangenen Jahren. Wesentliche Kostenpunkte der Feuerwehr sind Verbrauchsmaterialien, Ausrüstungsgegenstände, Betriebskosten sowie die zukunftsorientierte Aus- und Fortbildungsplanung.

Die Planung des Personalbedarfes erfolgt anhand der Personalbedarfsplanung, den gesetzlichen Pflichtaufgaben und den Vorgaben sowie den Vereinbarungen mit den Kostenträgern des

Rettungsdienstes (Refinanzierung). Derzeit verfügt der Fachbereich 37 über 288 Stellen für die nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr. Das aus dem Wachstum der Stadt resultierende erhöhte Einsatzaufkommen und das stetig steigende Ausbildungs- und Qualifikationsniveau erfordert kontinuierliche Weiterbildungsanstrengungen sowie einen erheblichen Stellenaufwuchs. Der Geschäftsbereich 3 plant eine Arbeitsgruppe Ausbildung zu etablieren, die dem wachsenden und hohen Qualifikationsbedarf und -niveau der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr gerecht wird und die Grundlage eines dezidierten Arbeits- und Gesundheitsschutzes für die Zukunft darstellt. Hierfür sind 2 Stellen vorgesehen. Der refinanzierte Rettungsdienst benötigt eine zusätzliche Stelle zur Bewältigung der komplexen Lagerlogistik und gestiegenen Dokumentationspflicht. Im Bereich Gefahrenvorbeugung sind 2 zusätzliche Stellen notwendig, um der gesetzlichen Pflichtaufgabe „Brandverhütungsschau“, aufgrund von gestiegenen Fallaufkommen gerecht zu werden. Insgesamt ergibt sich für den Fachbereich 37 ein Stellenmehrbedarf von 18,6 Stellen. Für den Bereich Feuerwehr sind im Eckwert 14,07 Mio. EUR als Zuschuss in 2020 vorgesehen, davon u.a. für die Regionalleitstelle 1,15 Mio. EUR sowie der größte Anteil in Höhe von 11,96 Mio. EUR Zuschuss für den Bereich Brandschutz und technische Hilfeleistungen.

### **Soziales und Gesundheit**

Der für die Themen Soziales und Gesundheit zuständige Fachbereich 38 kann mit dem vorgesehenen Eckwert auch in den Jahren 2020 und 2021 die vielfältigen gesetzlichen Pflichtleistungen, wie beispielsweise Grundsicherung, Eingliederungshilfe oder Hilfe zur Pflege sicherstellen. Zudem wird mit dem Umzug des Fachbereiches in die Behlertstraße ein wichtiger Schritt unternommen, um in diesen Bereichen die Dienstleistungen deutlich bürgernäher und effizienter zu erbringen als dies bislang möglich war. Dies kann insbesondere durch zwei Maßnahmen umgesetzt werden:

Zum einen sollen am neuen Standort des Bereiches Soziales in der Behlertstraße zwei neue Front-offices für die Bürgerinnen und Bürger etabliert werden. Die Bearbeitung der Anliegen können somit für die Bürgerinnen und Bürger einfacher und mit weniger Wegen und Anlaufstellen organisiert werden. Für diese wesentliche Verbesserung der bürgernahen Dienstleistungen sind neben internen Umstrukturierungen zusätzlich zwei Vollzeitpersonalstellen vorgesehen.

Des Weiteren wird die Landeshauptstadt Potsdam mit dem 01.01.2020 die 3. Stufe des komplexen Bundesteilhabegesetzes (BTHG) umsetzen. Im Kern ist damit eine Umstellung vom bisherigen „Fürsorgesystem“ für Menschen mit Behinderungen zur zukünftigen Realisierung des Teilhaberechtes verbunden. Der Fachbereich wird hierzu auch die Organisationsabläufe verbessern. Hierfür werden zusätzlich 3 Stellen benötigt. Hinzu kommen wachstumsbedingte Fallzahlsteigerungen in den Leistungen Grundsicherung und Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung, die im Fachbereich zusätzlich bewältigt werden müssen. Insgesamt ergibt sich so für den Fachbereich 38 ein steigender Personalbedarf von 7 Stellen. Der Bereich Soziales und Gesundheit umfasst den größten Zuschussbedarf des Geschäftsbereichs 3 mit insgesamt rund 41,81 Million EUR im Jahr 2020. Hierin enthalten sind 1,04 Mio. EUR für Veterinäraufsicht und Lebensmittelüberwachung, 31,7 Mio. EUR Zuschuss für Hilfe zum Lebensunterhalt, 1,9 Mio. EUR für Hilfe zur Pflege, 5,64 Mio. EUR Zuschuss für die Eingliederungshilfe, 2,12 Mio. EUR Zuschuss für Hilfe zur Gesundheit, 27,35 Mio. EUR als Zuschuss für die Grundsicherung Arbeitssuchende SGB II, 4,4 Mio. EUR Zuschuss für Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche, 1,65 Mio. EUR Zuschuss für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sowie 0,46 Mio. EUR Zuschuss für die Grundsicherung im Alter und Erwerbsminderung. Hinzukommen Wohngeldeinsparungen und Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen, die im Eckwert in Höhe von ca. 16,24 Mio. EUR geplant sind.

### **Wohnen, Arbeit und Integration**

Der für die Bearbeitung dieser für die Landeshauptstadt Potsdam wichtigen Themenlagen neu gegründete Fachbereich 39 steht unter anderem vor den Herausforderungen gesteigener Bedarfe bei den sozial Schwachen in der Landeshauptstadt Potsdam mit der Versorgung von Wohnraum sowie bei der Umsetzung des Teilhabechancengesetzes (THCG).

Auf Grund der veränderten Einkommensgrenzen der Wohnberechtigungsscheine (WBS) und da deutlich mehr Wohnungen in den Jahren 2020 und 2021 für WBS-Berechtigte zur Verfügung stehen werden, ist hier eine personelle Aufstockung notwendig, um diesen Wohnraum zeitnah und bedarfsgerecht zuweisen zu können.



Das neue THCG ermöglicht es der Landeshauptstadt Potsdam, in den Jahren 2019 zunächst 20 und in 2020/2021 40 weitere Stellen in der Verwaltung im Rahmen des zweiten Arbeitsmarktes zu schaffen. Diese Stellen werden überwiegend durch das Jobcenter Potsdam finanziert. Zur Umsetzung bedarf es einer Koordinierungsstelle innerhalb der Landeshauptstadt Potsdam. Im FB 39 ergibt sich insgesamt ein zusätzlicher Personalbedarf von 9,7 Stellen. Insgesamt betrachtet beträgt der Zuschussbedarf für die Themenfelder Wohnen, Arbeit und Integration 10,52 Mio. EUR. Diese unterteilen sich im vorgeschlagenen Eckwert in 2,03 Mio. EUR Zuschuss für den Bereich Wohnen, Wohnungswesen, Wohnungsaufsicht, Wohngeldbehörde, 1,54 Mio. EUR Zuschussbedarf in 2020 für Initiierung von Arbeitsförderprojekten zur Regional- und Quartierentwicklung / Netzwerkarbeit zu den Themen innovative Arbeitsmarktprojekte und Berufsorientierung. Zudem sind im Eckwert ein Zuschuss von 1,17 Mio. EUR für Soziale Einrichtungen für Aussiedler und Ausländer, 2,12 Mio. EUR in 2020 für Nachbarschafts- und Begegnungshäuser vorgesehen sowie rund 3,15 Mio. EUR für Prävention vor Wohnungsverlust / Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und soziale Einrichtungen für Wohnungslose.

### **Strategisches Ziel: Bezahlbares Wohnen und nachhaltige Quartiersentwicklung**

Potsdam hat sich in den vergangenen Jahren sehr gut entwickelt. Die Stadt ist beliebt und viele Menschen ziehen zum Leben und Arbeiten in die Landeshauptstadt. Das ist ein gutes Zeichen und zugleich eine große Herausforderung, der sich der Geschäftsbereich 3 im Sinne des behutsamen Wachstums der Stadt mit der Realisierung bezahlbaren Wohnens und einer nachhaltigen Quartiersentwicklung stellt.

Lebenswerte und sichere Stadt- und Ortsteile mit einer guten und wohnortnahen Infrastruktur stehen dabei im Mittelpunkt. Potsdam braucht nicht nur mehr Wohnungen, sie müssen auch bezahlbar sein. Zugleich gilt es, die bezahlbaren Bestandswohnungen zu schützen.

Der Geschäftsbereich 3 wird insbesondere im Hinblick auf eine neue Boden- und städtische Grundstückspolitik in enger Zusammenarbeit mit den Geschäftsbereichen 1 und 4 projektorientiert Grundsatzfragen bearbeiten und Instrumente für die Landeshauptstadt Potsdam (weiter-)entwickeln. Zu den Vorüberlegungen gehören zum Beispiel:

- Überbauung von Parkplatzflächen, aber auch für Liegenschaften, die bisher nur monofunktional und durch geringe Flächenausnutzung bebaut werden
- Wohnraum für Einkommensgruppen, die knapp über der Einkommensgrenze des BbgWoFG liegen (Potsdam Modell) durch die vergünstigte Abgabe von Grundstücken
- 30% der Wohnungen für Einkommensgruppen WBS und „WBS + 20%“
- Entwicklung einer aktiven Liegenschaftspolitik
- Bedarfsgerechtes Seniorenwohnen mit ambulanten Versorgungsmöglichkeiten

Für die Erarbeitung der Zweckentfremdungssatzung, Zuarbeit zu der geplanten Erhaltungssatzung sowie für die Umsetzung des Projektauftrages „bezahlbares Wohnen“ ist eine Stelle Grundsatzangelegenheiten bei GBL 3 notwendig.

Für die bestehenden Nachbarschafts- und Begegnungshäuser in den Stadt- und Ortsteilen werden ausreichend Mittel bereitgestellt, um die institutionelle (Grund-)Förderung sicherzustellen. Gebäude, die der Landeshauptstadt Potsdam gehören, werden in einem Zustand gehalten oder in diesen versetzt, um diese Arbeit dauerhaft und in einem angemessenen Umfeld fortführen zu können. Der Zuschuss steigt von 2020 um 0,81 Mio. EUR bis zum Jahre 2024 um 1,00 Mio. EUR zusätzlich an.

Zur Wiederbelebung der Arbeit im Aufgabenfeld „Sicheres Potsdam“ soll nunmehr im Fachbereich Ordnung und Sicherheit die Arbeit zur kommunalen Kriminalitätsprävention innerhalb der Landeshauptstadt im Rahmen der Verantwortung einer Geschäftsstelle vernetzt und koordiniert werden. Dazu wird 1 Stelle zur Neueinrichtung eines Kommunalen Präventionsrates (16/SVV/0719 – lebenswerte sichere Quartiere) notwendig.

### **Zusammenfassung Personalbedarfe GB 3**

Der GB 3 rechnet damit mit einem Gesamtbedarf von 42,3 Stellen für die HH-Jahre 2020/2021. Hiervon sind 2,3 Stellen refinanziert. Damit ergibt sich ein zu finanzierender Bedarf von 40 Stellen für den Stellenplan der LHP. Der Geschäftsbereich 3 wird versuchen einen Teil der Stellen durch Umschich-



tungen, Überprüfung von Prozessen und Ermittlung von Synergieeffekten sowie durch aufgabenkritische Überlegungen selbst zu decken.

#### 5.4 Eckwert des Geschäftsbereich 4 – Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt

Vorschlag für Zuschuss- Eckwerte je GB* (in Mio. EUR)	nachrichtlich		2020	2021	2022	2023	2024
	Plan 2018	NTH 2019**					
<b>GB 4</b>	<b>-59,2</b>	<b>-62,1</b>	<b>-67,43</b>	<b>-70,33</b>	<b>-73,07</b>	<b>-75,88</b>	<b>-78,92</b>
Zuschuss im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr in Mio. EUR***		+2,90	+5,33	+2,90	+2,74	+2,81	+3,04
Zuschuss-Aufwuchs im vgl. zur MiFi in Mio. EUR ***			+4,76	+5,97	+7,62	+10,43	+13,47

\* Rundungsdifferenzen möglich

\*\* Für 2019: Nachtragshaushalt (NTH) 2019, um Einmaleffekte bereinigt.

\*\*\* Zum besseren Verständnis und Darstellung der Zuschusserhöhung wurde hier – entgegen der Haushaltslogik mit positiven Werten gearbeitet.

Potsdam steht als wachsende Stadt vor großen Herausforderungen. Die Mobilität spielt in Bezug auf die städtebauliche Entwicklung eine herausgehobene Rolle. Zum einen muss hierbei weiterhin eine funktionierende Infrastruktur bereitgestellt werden, um unter anderem als Wirtschaftsstandort konkurrenzfähig zu bleiben. Neben der Sicherung der Mobilität der Bevölkerung gehört es aber auch zu den Aufgaben der LHP, eine Verringerung der Umweltbelastung insbesondere durch den motorisierten Individualverkehr zu erreichen.

Der GB 4 verantwortet eine Vielzahl von unterschiedlichen Aufgaben und Leistungen für die bauliche und verkehrliche Entwicklung der Landeshauptstadt. Dafür sind mit dem vorgeschlagenen Eckwert des Geschäftsbereich 4 – Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt im Vergleich zur MiFi 4,76 Mio. EUR mehr im Zuschussbudget für 2020 vorgesehen, wodurch dieses insgesamt auf 67,43 Mio. EUR in 2020 bzw. 70,33 Mio. EUR in 2021 ansteigt. Der Zuschuss steigt bis zum Jahr 2024 um 13,47 Mio. EUR an, was ein Zuschussbudget von 78,92 Mio. EUR in 2024 bedeutet.

Angefangen beim Kataster- und Vermessungsamt, wo u.a. die Durchführung von Vermessungsarbeiten erbracht werden, die Kommunale Bewertungsstelle und die Geschäftsstelle des Gutachterausschusses verortet sind. Insgesamt sind für die Erfüllung dieser pflichtigen Aufgaben im Eckwert für das 2020 ca. 2,34 Mio. EUR und für das Jahr 2021 ca. 2,47 Mio. EUR vorgesehen.

Neu im Geschäftsbereich angesiedelt ist die Wirtschaftsförderung. Sie bildet das Bindeglied zwischen Unternehmen und Stadtverwaltung und unterstützt, berät und fördert Unternehmen, Existenzgründer und Investoren. Mit dem vorliegenden Eckwert soll u.a. eine Stärkung der Schwerpunkte „Platz für Aus- und Neugründungen vorhalten“, „Entwicklung diverser Standorte für innovative Unternehmen“ und „Erweiterung für bestehende Innovationsstandorte sichern“ umgesetzt werden sowie die Fortführung und Weiterfinanzierung des MediaTech Hub Managements. Hierfür wird für das Jahr 2020 mit einem Zuschuss von 2,24 Mio. EUR und für 2021 mit 2,49 Mio. EUR geplant.

In den Bereichen der Bauaufsicht, Denkmalpflege, Umwelt und Natur werden in erster Linie pflichtige Aufgaben erfüllt, z.B. die Wahrnehmung von Aufgaben nach der Brandenburgischen Bauordnung, die Erteilung denkmalrechtlicher Erlaubnisse für bauliche Maßnahmen an Denkmälern, die Bearbeitung von Fragen der Abfallwirtschaft, der Altlasten, des Boden-, Immission-, und Naturschutz bis hin zur Ergreifung von erforderlichen Maßnahmen, um so einen wesentlichen Beitrag zum Schutz der Lebensgrundlagen Luft, Boden und Wasser zu leisten. Für all diese Aufgaben sind im Eckwert des

Doppelhaushalt 2020/21 für das Jahr 2020 5,31 Mio. EUR und für das Jahr 2021 5,68 Mio. EUR vorgesehen.

Einen wesentlichen Bereich bildet im GB 4 die Stadtplanung und Stadterneuerung mit einem im Eckwert geplanten Zuschussbudget von 15,2 Mio. EUR in 2020 und 15,6 Mio. EUR 2021. Kernpunkt des Bereichs ist die Steuerung des Wachstums und dieses behutsam und sozialverträglich zu gestalten und eine klimagerechte und energieeffiziente Stadtentwicklung schrittweise zu etablieren. Ebenso erfolgt die Verkehrsentwicklung sowie die treuhänderische Steuerung von komplexen Entwicklungen ausgewählter Stadtgebiete im Bereich der Stadtplanung und Stadterneuerung und die konsequente Anwendung des Potsdamer Baulandmodells zur Sicherung der sozialen Infrastruktur im Rahmen städtebaulicher Verträge. Hier erfolgt die Bündelung der städtebaulichen Steuerung der baulichen Entwicklung von den Grundlagen der Stadtentwicklung über die planungsrechtlichen Vorgaben in der Bauleitplanung für die Nutzung von Grundstücken bis hin zur Steuerung zusammenhängender städtebaulicher Gesamtmaßnahmen in sanierungs- und Entwicklungsgebieten werden hier erbracht.

Das größte Zuschussbudget bildet der Bereich Grün- und Verkehrsflächen. Allein in 2020 sind für die vielfältigen Aufgaben im Eckwert 37,15 Mio. EUR vorgesehen. In 2021 steigt das Zuschussbudget auf 38,66 Mio. EUR an. Mit diesen Mitteln werden die vielfältigen Aufgaben und Leistungen erfüllt. Schwerpunkte bilden dabei die Sicherung der technischen Verkehrsinfrastruktur insbesondere in den Bereichen zur Unterhaltung im Straßenbau, Verkehrsmanagement, Radwege, Grünflächen, Kinderspielplätze und Uferwege. Dabei ist die Sicherung der Infrastruktur in der wachsenden Stadt im Rahmen der umweltgerechten Mobilität wesentliche Voraussetzung, um den ÖPNV schneller und günstiger ausbauen zu können und damit auch eine nachhaltige Quartiersentwicklung insbesondere auch im Zusammenhang mit dem parallelen Ausbau von Kitas und Schulen, Sportstätten, Jugendfreizeiteinrichtungen, Senioreneinrichtungen, etc. zu ermöglichen und trägt zur Erhöhung der Lebensqualität bei. Ferner erfolgt im Rahmen dieses Zuschusses neben der Steuerung der Maßnahmen für das Trink- und Abwasser, der Straßenverwaltung sowie der Straßenreinigung und des Winterdienstes auch die Steuerung der Spielplatz- und Freiraumplanung, der Grün- und Parkflächen sowie deren Unterhaltung. Die Bewirtschaftung, Unterhaltung und Verwaltung der kommunalen Friedhöfe werden ebenfalls erbracht. Eine weitere Aufgabe ist die Finanzierung, Steuerung und Koordinierung sämtlicher Straßenbaumaßnahmen inkl. der dazugehörigen Verkehrsanlagen. Im Bereich der Unterhaltung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze müssen ungefähr 10,2 Mio. m<sup>2</sup> unterhalten werden. Als zusätzliche Belastung sind hierbei Preissteigerungen im Straßenbau seit 2015 von ca. 30% zu berücksichtigen. Dies führt dazu, dass trotz gleichbleibender Unterhaltungsansätze im Haushalt im Verhältnis weniger Mittel pro <sup>2</sup> Verkehrsfläche jährlich umgesetzt werden können.

Im Hinblick auf die weitere Mobilitätsentwicklung stellt die Umweltgerechte Mobilität das übergeordnete strategische Ziel für den Geschäftsbereich 4 im Rahmen des nächsten Doppelhaushalt 2020/21 aber auch für die folgenden Haushaltsjahre dar.

Die umweltgerechten Verkehrsmittel (ÖPNV, Radverkehr und Fußgänger) werden vorrangig als attraktive Alternative zum motorisierten Individualverkehr weiter ausgebaut und durch eine aktive Öffentlichkeitsarbeit beworben. Eine integrierte Stadtentwicklung und ein vernetztes Verkehrsmanagement sorgen für eine optimale Ausnutzung der vorhandenen Infrastruktur und tragen zur Verringerung von Alltagsverkehr auf den Straßen bei. Verkehrswege werden so instandgehalten, dass sie dauerhaft, sicher und barrierefrei nutzbar sind.

Zur Erreichung des strategischen Ziels werden im Geschäftsbereich 4 – Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt im Rahmen der Haushaltsplanung 2020-2024 konkrete operative und strategische Schwerpunkte gesetzt und finanziell untersetzt.

### **Ausbau des Fuß- und Radverkehrs**

Durch eine klare Schwerpunktsetzung bei der Durchführung der Reinigung von Verkehrswegen und des Winterdienstes soll die ganzjährige Nutzbarkeit von Geh- und Radwegen gesichert werden.

Die auf Straßen, Geh- und Radwegen zu erbringenden Leistungsmengen haben sich in den letzten Jahren stark erhöht (Leistungskilometer Reinigung 2015 insgesamt 79.000 km, 2019 ca. 110.000 km, Winterdienst 2015 insgesamt 15.000 km, 2019 ca. 33.000 km). Der Bestand an öffentlichen Verkehrsflächen, einschließlich Rad- und Gehwegen, hat sich durch die Fertigstellung in Baugebietplangebiet (wie z.B. im Bornstedter Feld, in Golm, in Fahrland, am Campus Jungferensee usw.) weitgehend erhöht. In den nächsten Jahren wird sich dies fortsetzen. Bestandteil der Reinigung ist auch die Beseitigung des Laubes auf öffentlichen Verkehrsflächen. Die Laubmengen haben in den letzten

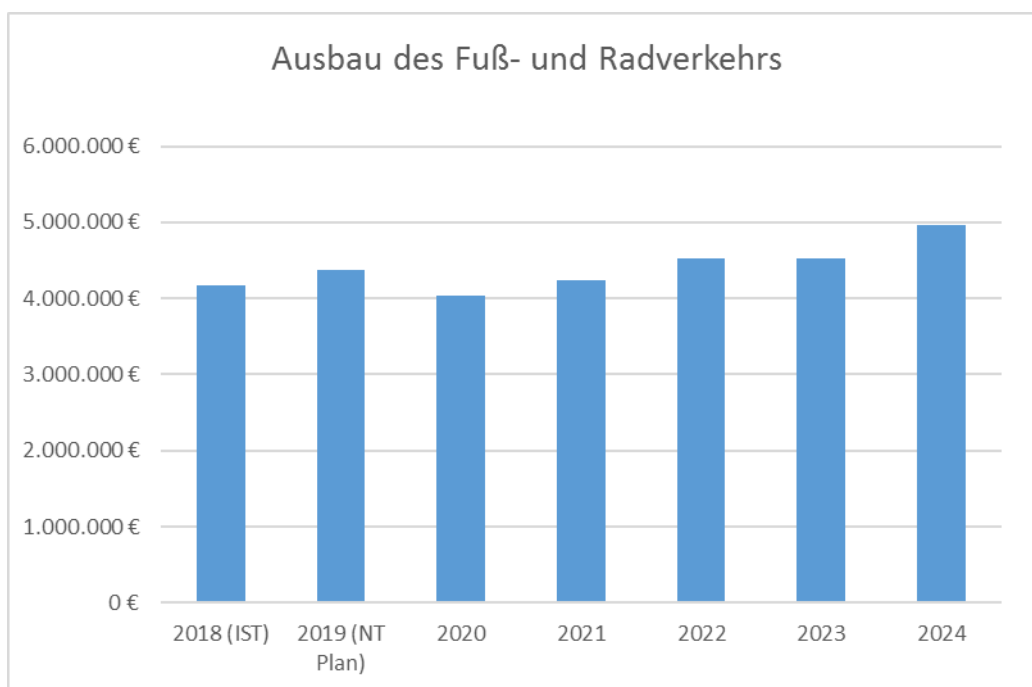
Jahren erheblich zugenommen (2015 waren es ca. 1000t, 2018 waren es 6100t), da der Baumbestand an Straßen entwicklungsbedingt stetig wächst.

Mit der DS 17/SVV/0020 wurde das Radverkehrskonzept fortgeschrieben. Es schließt an das vorhergehende Konzept aus dem Jahr 2008 an. Entsprechend der Prioritäten im Radverkehrskonzept sollen die entsprechenden Maßnahmen wie z.B. Geh- und Radweg Bornimer Chaussee, Geh- und Radweg Kuhforter Damm/Werderscher Damm, Fahrradabstellanlage Bahnhof Griebnitzsee, Fahrradabstellanlage Bahnhof Sanssouci, Geh- und Radweg Satzkorn-Fahrland und Geh- und Radweg Max-Eyth-Allee umgesetzt werden.

Ferner soll die Friedrich-Ebert-Straße umgestaltet werden. Mit Beschluss des Innenstadtverkehrskonzepts am 14.08.2017 (DS 17/SVV/0241) wurden hierfür die Voraussetzungen für eine vertiefende Planung zur Umgestaltung der Friedrich-Ebert-Straße im Abschnitt zwischen Nauener Tor und der Charlottenstraße geschaffen. Darauf aufbauend wurde ein Konzept zur verkehrlichen Umgestaltung der Friedrich-Ebert-Straße erarbeitet und am 06.03.2019 von der Stadtverordnetenversammlung der LH Potsdam beschlossen (DS 19/SVV/0067). Die gestalterische Lösung der Friedrich-Ebert-Straße beinhaltet dabei folgende Schwerpunkte:

- Schaffung ausreichend breiter Gehwegbereiche,
- Anlage eines beidseitigen „Funktionsstreifens“ zu Lasten der vorhandenen Parkmöglichkeiten,
- Schaffung von barrierefreien Haltestellen für Tram und Bus
- Schaffung sicherer Radfahrbereiche neben den Tram-Gleisen,
- Prüfung einer Ausfahrmöglichkeit zur Charlottenstraße für den Kfz-Verkehr.

Bereits vor der baulichen Umgestaltung werden verkehrsorganisatorische Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und der Anzahl an Fahrradabstellanlagen umgesetzt. Dazu gehört auch die Unterbindung des Durchgangsverkehrs entlang der Gutenbergstraße.



### Entwicklung des ÖPNV in der Landeshauptstadt Potsdam

Die Landeshauptstadt Potsdam verfügt bereits heute über ein breites und sehr gut funktionierendes Netz an öffentlichem Personennahverkehr, dazu zählen einerseits Bahnen und Busse aber auch andererseits eine gute Erreichbarkeit aller Stadt- und Ortsteile mit dem ÖPNV. Da die Bevölkerung der Stadt weiter wächst muss auch zukünftig der ÖPNV mitwachsen. Hinzukommt, dass immer mehr Menschen auf umweltgerechte Mobilität und somit den ÖPNV umsteigen. Die Fahrgastzahlen steigen stetig an. Zentraler Bestandteil der Erreichung des Ziels einer noch besseren umweltgerechten Mobilität in der Landeshauptstadt Potsdam ist und bleibt somit in erster Linie ein leistungsfähiger Öffentlicher

Personennahverkehr (ÖPNV). Um den ÖPNV in Potsdam weiter voranzubringen und zu stärken sind die wesentlichen Maßnahmen in den kommenden Jahren zur Weiterentwicklung der ÖPNV-Infrastruktur unter anderem:

- Ersatz bestehender Tatra-Straßenbahnen (Umsetzung Barrierefreiheit)
- Barrierefreier Umbau der Friedrich-Ebert-Straße
- Ausbau des Betriebshofs in der Fritz-Zubeil-Straße (Kapazitätserweiterungen)
- Sanierung der Heinrich-Mann-Allee inkl. Zusatzkosten
- Weiterentwicklung des rechnergestützten Betriebsleitsystems (RBL)

Eine der vordringlichsten Maßnahmen der kommenden Jahre ist die Straßenbahnerweiterung in den Potsdamer Norden zur Anbindung des neu entstehenden Stadtteils Krampnitz. Zur Erschließung von Krampnitz und Verbesserung des ÖPNV-Angebots im Potsdamer Norden ist die Verlängerung der Straßenbahn bis nach Fahrland vorgesehen. Die Gesamtmaßnahme beinhaltet neben dem reinen Streckenbau auch den Bedarf an zusätzlichen Straßenbahnzügen und Bussen für einen Busvorlaufbetrieb sowie die Herstellung eines zusätzlichen Betriebsstützpunktes in Fahrland.

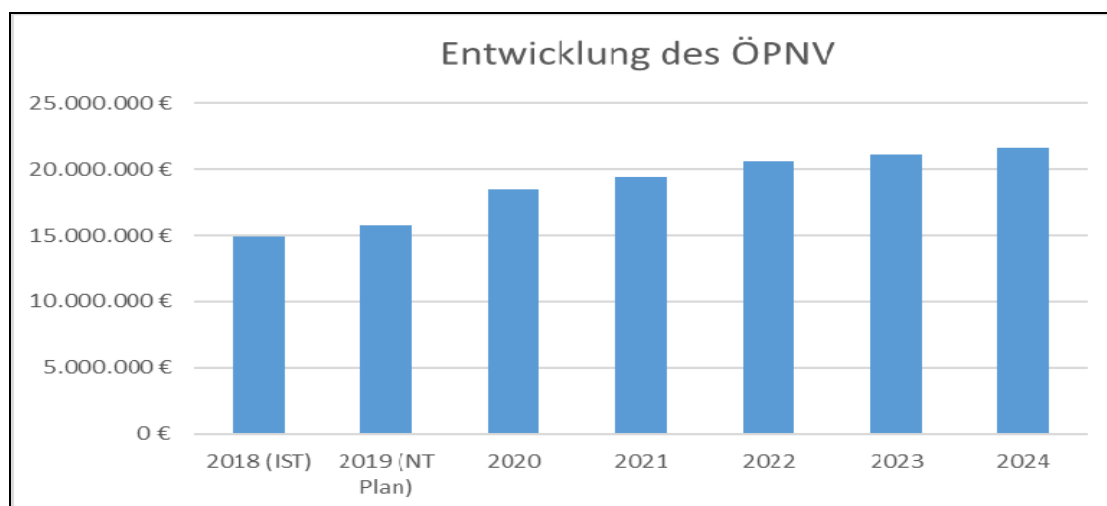
Darüber hinaus genießen auch weiterhin der bereits begonnene barrierefreie Aus- und Umbau von Haltestellen für Busse und Bahnen gemäß den gesetzlichen Vorgaben des Personenbeförderungsgesetzes sowie die Umsetzung des Park- und Ride-Konzeptes Priorität.

Grundsätzlich strebt die Landeshauptstadt Potsdam ein barrierefreier Ausbau aller Haltestellen im Netz an. Damit erfolgt eine Unterstützung der eingesetzten Niederflurtechnik. In der Stadt Potsdam gibt es insgesamt 505 Haltepunkte. Ein Teil dieser Haltestellen ist noch nicht vollständig barrierefrei ausgebaut. Der niveaugleiche Einstieg dient nicht nur behinderten Menschen, auch ältere Menschen und Mütter oder Väter mit Kinderwagen können davon profitieren. Die Ausstattung der Haltestellen mit Blindenleitsystemen erleichtert blinden und sehgeschwachen Menschen die Nutzung des ÖPNV. Sowohl im Ergebnishaushalt können durch geeignete Maßnahmen (Bordanpassungen, Markierungen) als auch im investiven Haushalt (grundhafter Umbau von Haltestellen) mobilitätsverbessernde Aspekte umgesetzt werden.

### Entwicklung des ÖPNV

	IST 2018	Nachtrag HH 2019	2020	2021	2022	2023	2024
Zuschuss in Mio. EUR (gerundet)	14,93	-15,82*	-18,46	-19,47	-20,60	-21,10	-21,61

\*ohne Einmaleffekt im Nachtragshaushalt (NTH) 2019 in Höhe von 3,85 Mio. EUR



## Mobilitätsmanagement und Öffentlichkeitsarbeit

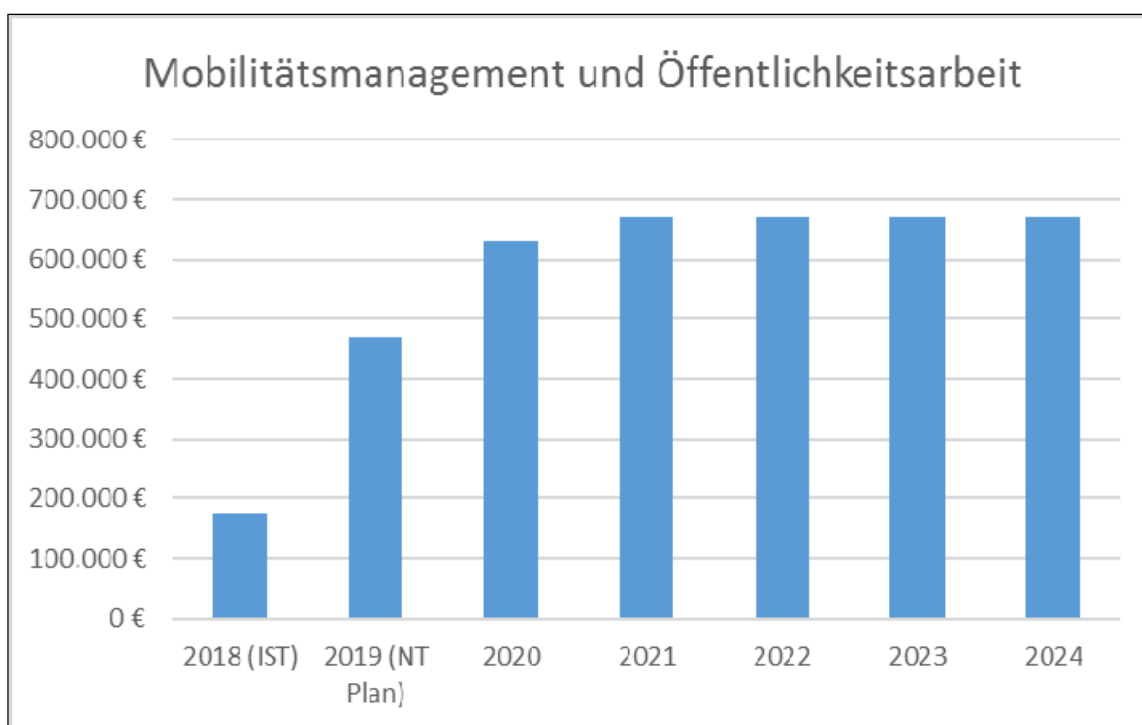
Die LH Potsdam erarbeitet verschiedene Konzept und Pläne als strategische Grundlage für die Entwicklung einer umweltgerechten Mobilität. Dazu gehören z.B. das Stadtentwicklungskonzept (StEK) Verkehr, der Nahverkehrsplan, das Radverkehrskonzept, das Fußverkehrskonzept oder das P+R-Konzept.

Zudem wird die Umsetzung der jeweiligen Konzepte fachlich begleitet, wozu im Einzelnen vertiefende Studien oder Gutachten beauftragt werden. Die Leistungen orientieren sich unter anderem an dem Piloten „Umweltgerechte Mobilität“ im Projekt Strategische Steuerung. Aufgrund des begrenzten Maßnahmenzeitraums erfolgt dort eine differenzierte Auswahl mit den folgenden Maßnahmen:

- Aufstellung des Fußwegekonzeptes (Maßnahmen M14)
- Fortschreibung (und Umsetzung) des Nahverkehrskonzeptes (Maßnahmen M16)
- Analyse Pilotprojekt Zeppelinstraße (Maßnahmen M17)

Um das strategische Ziel erreichen zu können, müssen die Maßnahmen umweltgerechter Mobilität bei der Bevölkerung Akzeptanz finden. Es ist wichtig, dass die Potsdamerinnen und Potsdamer auf dem Weg zu einer nachhaltigen Mobilität „mitgenommen“ werden. Dazu wurde bereits 2015 die Mobilitätsoffensive unter dem Motto „Besser mobil. Besser leben.“ gestartet. Neben verschiedenen Arten der Mediengestaltung gehört dazu auch die Durchführung einer Reihe von Veranstaltungen (z.B. Umweltfest, Stadtradeln, Mobilitätswoche, Verkehrsforen). Die Maßnahme beruht auf dem StEK Verkehr (Beschluss DS 13/SVV/0741) und ist zudem prioritäre Maßnahme PG "Mobilität und Klimaschutz".

Neu ist die Gründung einer Mobilitätsagentur. Die Mobilitätsagentur ist ein gemeinsames Projekt der Landeshauptstadt Potsdam, der ViP Verkehrsbetrieb Potsdam GmbH, der Deutschen Bahn und der Potsdamer Marketing und Servicegesellschaft. Unterstützt wird das Projekt von der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH. Die Maßnahme beruht auf dem StEK Verkehr sowie dem Klimaschutzkonzept (jew. Beschluss DS 13/SVV/0741, DS 13/SVV/0041), dem Lärmaktionsplan und Luftreinhalteplan. Ziel dieser neuen Mobilitätsagentur mit Sitz im Potsdamer Hauptbahnhof ist es, durch qualitativ hochwertige Beratung und Angebote einen Beitrag zum Klimaschutz zu erbringen. So sollen alle Mobilitätsangebote und -dienstleistungen zusammengeführt aus einer Hand angeboten werden, um so eine Steigerung der Qualität des Verkaufs und der Beratungsleistung zu erreichen.



## Verkehrssicherheit und Immissionsschutz

Aktuelle Unfallhäufungsstellen werden verkehrssicherheitstechnisch untersucht und sowohl mit straßenbaulichen als auch verkehrsorganisatorischen Maßnahmen entschärft. Diese pflichtige Aufgabe

für die Landeshauptstadt ergibt sich neben dem § 823 BGB (Verkehrssicherungspflicht) auch aus den straßenrechtlichen Vorschriften. Im Rahmen der laufenden Straßenunterhaltung und Straßeninstandsetzung werden immer Gefahrenstellen beseitigt.

Zur Verringerung von Immissionen arbeitet die Landeshauptstadt an Planung, Entwicklung und Realisierung verkehrsorganisatorischer Maßnahmen zur Umsetzung des Luftreinhalteplans bzw. dessen Fortschreibung von 2016.

## 5.5 Eckwert des Geschäftsbereich 5 – Zentrale Verwaltung

Vorschlag für Zuschuss-Eckwerte je GB* (in Mio. EUR)	nachrichtlich		2020	2021	2022	2023	2024
	Plan 2018	NTH 2019**					
<b>GB 5</b>	<b>-24,98</b>	<b>-27,25</b>	<b>-36,58</b>	<b>-38,8</b>	<b>-39,96</b>	<b>-41,34</b>	<b>-42,84</b>
Zuschuss im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr in Mio. EUR ***		+2,27	+9,33	+2,22	+1,16	+1,38	+1,5
Zuschuss-Aufwuchs im vgl. zur MiFi in Mio. EUR ***			+8,79	+10,68	+11,54	+12,92	+14,42

\* Rundungsdifferenzen möglich

\*\* Für 2019: Nachtragshaushalt (NTH) 2019, ohne Einmaleffekte (1,6 Mio. EUR für Prozesskosten und 6,73 Mio. EUR für IT).

\*\*\* Zum besseren Verständnis und Darstellung der Zuschusserhöhung wurde hier – entgegen der Haushaltslogik mit positiven Werten gearbeitet.

Der Geschäftsbereich 5 – Zentrale Verwaltung beinhaltet einen Großteil der Querschnittsaufgaben der Verwaltung der Landeshauptstadt Potsdam.

Der Geschäftsbereich Zentrale Verwaltung wurde mit der Umstrukturierung zum 1. Januar 2019 neu gebildet. Er integriert die Aufgaben der inneren Verwaltung rund um die Themen Personal, Organisation, IT, Arbeitsplatz und Arbeitsbedingungen. Die Produkte und Leistungen des Geschäftsbereiches sind durchgängig darauf ausgerichtet, die Leistungsfähigkeit der Verwaltung durch eine gute personelle und arbeitstechnische Ausstattung sowie organisatorische Rahmenbedingungen und unterstützende Dienstleistungen (Vergaben, Rechtsberatung, Kommunikation) sicherzustellen. Im Vergleich zum Nachtragshaushalt 2019 weist das GB 5 Budget im Jahr 2020 einen um 9,33 Mio. EUR höheren Zuschuss aus. Lag dieser in 2019 noch bei 27,25 Mio. EUR so sieht der Eckwert für 2020 36,58 Mio. EUR bzw. 38,8 Mio. EUR in 2021 vor.

Diese Basisarbeit ist an dem Ziel orientiert, die LHP als attraktiven und digitalen Arbeitgeber auszubauen. Veränderte Rahmenbedingungen, wie die Konkurrenz am Arbeitsmarkt, erhöhte Fallzahlen aufgrund der wachsenden Stadt sowie die Digitale Transformation erfordern Intensivierungen und teilweise eine Neuausrichtung der Handlungsfelder. Es sind Modernisierungsmaßnahmen erforderlich, um die Arbeitsfähigkeit insgesamt – in und für alle Geschäftsbereiche der LHP sicherzustellen. Dabei sind die Zielstellungen und Fokussierungen der Kooperationsvereinbarungen im Punkt 4 „Digitalisierung, moderne Verwaltung, Arbeit, Partizipation“ zu berücksichtigen. Die wachsende Stadt braucht eine leistungsfähige, moderne und personell gut aufgestellte Verwaltung. Die Stadtverwaltung soll mit guten Arbeitsbedingungen und vorbildlichen Beteiligungsprozessen zum Vorbild für andere werden. Der Geschäftsbereich Zentrale Verwaltung greift diese Schwerpunktziele auf, in dem er die Ressourceneinsätze in den Handlungsfeldern Personal, Organisation, IT und Raum verstärkt. Folgende wesentliche Schwerpunktmaßnahmen sind in die Planung zum Eckwert eingeflossen (Darstellung jeweils ohne Berücksichtigung der Personalkosten):

## Personalmanagement

Aufbau eines **modernen Personalmanagements** mit einem zeitgemäßen Recruiting und Arbeitgebermarketing sowie einer auf Mitarbeiterbindung ausgerichteten Personalentwicklung und einem modernen Gesundheitsmanagement.

Ausbau der Personalgewinnung durch ein zeitgemäßes Recruiting und Arbeitgebermarketing (Online-Ausschreibungen in Printbegleitung, Headhunting, Begleitung Auswahlverfahren, Imagefilme, Fotograf, Marketingagentur)

	IST	Plan	NTH	2020	2021	2022	2023	2024
	2018	Doppelhaushalt 2018/19 2018	2019					
Ertrag in Mio. EUR	-	-	-	-	-	-	-	-
Aufwand in Mio. EUR	-0,13	-0,17	-0,17	-0,87	-1,17	-1,27	-1,27	-1,27
Zuschuss in Mio. EUR (gerundet)	-0,13	-0,17	-0,17	- 0,87	-1,17	-1,27	-1,27	-1,27
Anzahl Ausschreibungen	-	300	400	500	500	-	-	-

## Personalbindung durch die Einführung eines Job-Tickets

Mit Blick auf die Zielsetzung Arbeitgeberattraktivität, aber auch der „ökologischen Mobilität“ soll ein vom Arbeitgeber LHP finanziertes Jobticket für die Beschäftigten eingeführt werden.

	IST	Plan	NTH	2020	2021	2022	2023	2024
	2018	Doppelhaushalt 2018/19 2018	2019					
Ertrag in Mio. EUR	0,15	0,17	0,17	0,13	0	-	-	-
Aufwand in Mio. EUR	-0,15	-0,17	-0,17	-0,33	-0,79	-0,79	-0,79	-0,79
Zuschuss in Mio. EUR (ger.)	-	-	-	-0,20	-0,79	-0,79	-0,79	-0,79

## Aus- bzw. Aufbau des Gesundheitsschutzes und Gesundheitsmanagements

(Aus- und Aufbau eines nachhaltigen und ganzheitlichen Gesundheitsmanagements, externe Sicherheitsfachkraft, Betriebsarzt, Gefährdungsbeurteilung)

	IST	Plan	NTH	2020	2021	2022	2023	2024
	2018	Doppelhaushalt 2018/19 2018	2019					
Ertrag in Mio. EUR	-	-	-	-	-	-	-	-
Aufwand in Mio. EUR	-	-	-	-0,10	-0,23	-0,25	-0,28	-0,31
Zuschuss in Mio. EUR (gerundet)		--	-	-0,10	-0,23	-0,25	-0,28	-0,31



## Sonstiges Personal und Organisation

(Organisationsuntersuchungen, Arbeitsschutzmaßnahmen, Mitgliedsbeiträge für die LHP gesamt u.a.)

	IST	Plan	NTH	2020	2021	2022	2023	2024
	2018*	Doppelhaushalt 2018/19 2018**	2019**					
Ertrag in Mio. EUR	0,77	0,91	0,91	0,74	0,74	0,74	0,74	0,74
Aufwand in Mio. EUR	-0,75	-1,22	-1,31	-1,42	-1,45	-1,53	-1,50	-1,51
Zuschuss in Mio. EUR (gerundet)	0,02	-0,31	-0,40	-0,68	-0,71	-0,79	-0,76	-0,77

\*IST 2018 Ergebnis gesamt Personal und Organisation ohne Personalkosten

\*\*Planung gesamt Personal und Organisation ohne Personalkosten

## Digitalisierung

Ausrichtung der Arbeits- und Kommunikationsformen an den Möglichkeiten der **Digitalisierung** durch transparente und elektronische Geschäftsprozesse und der digitalen Bereitstellung von Verwaltungsdienstleistungen

## Gestaltung der digitalen Transformation zu einer an Zielen ausgerichteten, vernetzten Organisation und strategischen Steuerung

	IST	Plan	NTH	2020	2021	2022	2023	2024
	2018	Doppelhaushalt 2018/19 2018	2019					
Ertrag in Mio. EUR	-	-	-	-	-	-	--	
Aufwand in Mio. EUR	-	-	-	-0,35	-0,40	-0,40	-0,40	-0,40
Zuschuss in Mio. EUR (gerundet)	-	-	-	-0,35	-0,40	-0,40	-0,40	-0,40

Die Digitale Transformation wirkt auf allen Ebenen der Organisation und stellt einen umfangreichen „Change Prozesse“ für alle dar. Der Transformationsprozess soll konzentriert durch die Führungsspitze angeschoben und mit und für die Verwaltung konzipiert und nachgehalten werden.

## e-Government

(u.a. Betrieb und Ausbau Basisinfrastruktur, Ausbau und Entwicklung der IT über Projekte und IT-Sicherheit, Digitalisierung der Geschäftsprozesse, Umsetzung Online-Zugangsgesetz, Open Data, Umsetzung Digitalpakt, Ausstattung an Schulen)



	IST	Plan Doppel- haushalt 2018/19 2018**	NTH	2020	2021	2022	2023	2024
	2018*		2019**					
Ertrag in Mio. EUR	-	3,56	3,58	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00
Aufwand in Mio. EUR	4,23	7,78	14,85	-12,41	-13,00	-14,26	-13,46	-14,44
Zuschuss in Mio. EUR (gerundet)	-4,23	-4,22	-11,27	-8,41	-9,00	-10,26	-9,46	-10,44

\*IST 2018 Ergebnis gesamt Steuerung und Innovation (inkl. Strategischer Steuerung und Schul-IT) ohne Personalkosten

\*\*Planung gesamt Steuerung und Innovation bzw. e-Government ohne Personalkosten

Die Umsetzung des Schwerpunktthemas Digitalisierung umfasst ein vielfältiges Maßnahmenbündel wie beispielsweise die Verbesserung der (Campus-) Internet- und Außenstellen-Anbindung, Dienstleistungen für Servermigration und Citrix-Ausbau (mobiles Arbeiten), Ausbau der Netzwerksicherheit, Absicherung der Lizenz-Bedarfe und Basis-Komponenten im Zusammenhang mit Stellenaufwuchs, ITSM-Projekt als IT-internes Service-Managementthema, die Digitalisierung der Geschäftsprozesse mittels Implementation eines transparenten und elektronisch basierten Organisations- und Prozessmanagements sowie der Weiterentwicklung der Fachverfahren auf Basis innovativer Technologien, der Ausbau des Bürgerportals und Integration in den Portalverbund des Bundes und der Länder, Implementation des Kitaportals, Konfiguration von Schnittstellen zu den Fachverfahren ins Bürgerportal, Weiterentwicklung des Open-Data Portals, Projektierung von Onlinedienstleistungen, Hosting- und Wartungsgebühren, Unterhaltung von Schnittstellen, etc.

## Verwaltungscampus

Neukonzeption der räumlichen Unterbringung der Verwaltung. Der wachsende Platzbedarf soll gedeckt und den Mitarbeitenden optimale Arbeitsbedingungen geboten werden. Gleichzeitig soll für die Potsdamerinnen und Potsdamer ein zentraler Dienstleistungsstandort entstehen.

### Campus/Arbeitsbedingungen

Die Arbeitsbedingungen werden wesentlich durch die räumliche Unterbringung der Verwaltung geprägt. Die Bereitstellung der Räumlichkeiten basiert in der LHP auf dem Mieter-Vermieter-Modell. Als Vermieter fungiert der Kommunale Immobilien Service (KIS). Dieser refinanziert seinen Aufwand durch Mieteinnahmen der nutzenden Organisationseinheiten der LHP. Der Geschäftsbereich Zentrale Verwaltung bildet die organisatorische Schnittstelle zum KIS, in dem er u.a. die Bedarfe für die Gesamtverwaltung definiert und beschreibt.

Auf Grund der Einrichtung zusätzlicher Stellen besteht ein zusätzlicher Raumbedarf. Dieser Ressourcenbedarf wird über den Eckwert der Allgemeinen Finanzierungsmittel abgebildet. Aktuell wird von einem Bedarf in Höhe von 1,5 Mio. EUR in 2020 und 2,9 Mio. EUR in 2021 ff ausgegangen. Dieser Bedarf berücksichtigt nicht die Sanierungs- und Veränderungsbedarfe auf dem Campus. Grundsätzlich besteht in der Gebäude- und Raumthematik eine Wechselwirkung zum KIS-Wirtschaftsplan.

Die Tabelle weist die allgemeinen Finanzmittel für Raum- und Ausstattungsbedarfe aus, die keiner Organisationseinheit zugeordnet werden können. Hierin enthalten sind u.a. Ausstattung aller Büro- und Bildschirmarbeitsplätze mit elektrisch höhenverstellbaren Tischen (Beschaffung von 350 Tischen pro Jahr).

	IST	Plan Doppel- haushalt 2018/19 2018	NTH	2020*	2021*	2022*	2023*	2024*
	2018		2019					
Ertrag in Mio. EUR	-	-	-	-	-	-	--	
Aufwand in Mio. EUR	-1,23	-4,94	-5,14	-6,61	-7,03	-7,22	-7,22	-7,22
Zuschuss in Mio. EUR (ger.)	-1,23	-4,94	-5,14	-6,61	-7,03	-7,22	-7,22	-7,22

\*MiFi Produkt 11180 Nachtragshaushalt (NTH) 2019

Neben dieser an den Schwerpunkten ausgerichteten Ressourcenverstärkung enthält der Eckwert Ansätze für den laufenden Aufgabenvollzug. Diese basieren auf gesetzlichen Grundlagen, Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung und/oder bestehender vertraglicher Vereinbarungen. Im Folgenden werden die wesentlichen Blöcke für die Haushaltsjahre 2020/2021 benannt.

Wesentliche Maßnahmen im laufenden Geschäft (Zuschuss in Mio. EUR)	2020	2021
Fraktionszuweisungen, Entschädigungssatzung und Sachaufwand für die Ortsteile	-1,01	-1,01
Druck Rathausfenster, Pressespiegel, Livestream	-0,08	-0,08
Sicherung touristischer Angebote u.a. über Zuschuss an die PMSG	-2,20	-2,30
Fest zum Tag der Deutschen Einheit	-0,30	
Sonstiges Marketinggeschäft (Corporate Design, Veranstaltungen in der Potsdamer Mitte, PotsPresso etc.)	-0,52	-0,52
Durchführung von Beteiligungsprozessen	-0,25	-0,35
Versicherungen (Unfall-, Gebäude-, Inventarversicherung)	-2,00	-2,20
Prozesskosten (Ansatz für gesamte LHP)	-0,60	-0,60
Vergabemanagement (Ansatz für gesamte LHP)	-0,22	-0,22
Statistik und Wahlen	-0,17	-0,41

Zusammenfassend lässt sich das Budget des Geschäftsbereiches Zentrale Verwaltung in Höhe von rund 36,58 Mio. EUR in drei Blöcke untergliedern. Den größten Block bildet der Personalaufwand mit rund 47%. 30% sind durch Maßnahmen im Schwerpunkt gebunden und rund 20% fließen in die Wahrnehmung der laufenden Aufgaben.

## 5.6 Personal und Stellenplan

Personalkosten- zuschuss (in Mio. EUR)	nachrichtlich			2020	2021	2022	2023	2024
	Plan 2018	Plan 2019	NTH 2019					
Bevölkerung zum 31.12.des Jahres	175.549	178.964	181.896	184.504	187.054	189.512	191.929	194.307
Stellenquotient	12,77	12,47	12,90	13,13	13,22	13,05	12,88	12,73
Anzahl Stellen LHP (gesamt)	2242	2231	2342	2423	2473	2473	2473	2473
davon jeweils neu einggerichtete Stellen LHP (gesamt)	92	19	121	131*				
				81*	50			
<b>Personalkosten Plan in Mio. EUR</b>	<b>-122,61</b>	<b>-126,44</b>	<b>-130,22</b>	<b>-132,3</b>	<b>-140,1</b>	<b>-142,9</b>	<b>-145,7</b>	<b>-148,6</b>
Zuschuss im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr in Mio. EUR**		+3,83	+3,78	+2,08	+7,8	+2,8	+2,8	+2,9

\* 31 VZÄ werden für die Betreuung kommunaler Kitas bereitgestellt ab Kitajahr 2020/21  
5 VZÄ werden 2021 für den Aufbau eines Stellenpools bereitgestellt (LHP gesamt)  
95 VZÄ für 2020 und 2021

\*\* Zum besseren Verständnis und Darstellung der Zuschusserhöhung wurde hier – entgegen der Haushaltslogik mit positiven Werten gearbeitet.

### Stellenplanung und Personalaufwand

Ausreichendes und gut qualifiziertes Personal ist eine wesentliche Voraussetzung für eine leistungsstarke Verwaltung. Der Stellenplan als Anlage zum Haushaltplan bildet hierfür die Grundlage.

Der Aufgabenumfang der Landeshauptstadt Potsdam wird sich in den kommenden Jahren weiter verändern. Gründe hierfür sind sowohl das Bevölkerungswachstum auf der einen Seite als auch die Gesetzgebungen, insbesondere aufgrund neuer Aufgaben durch Landes- oder Bundesgesetzgebungen, sowie die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger und das Erfordernis Innovationsprozesse zu organisieren und gleichzeitig bürgernah und serviceorientiert Leistungen, wo es weiter nötig ist, zu erbringen. Dieser Zuwachs an Aufgaben wird (noch) nicht allein durch innovationsbedingte Prozessveränderungen und Rationalisierungseffekte kompensiert werden können. Entsprechend wird davon ausgegangen, dass nicht nur der Finanzbedarf für die Aufgabenerfüllung, sondern kurzfristig auch der Stellenbedarf noch wachsen wird.

Zielsetzung ist es diesen Stellenzuwachs in einem maßvollen Rahmen zu halten. Andererseits aber muss die Verwaltung auch ausreichend Personal für die vielfältigen Aufgaben haben und für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter moderne Arbeitsbedingungen vorhalten, um so alle Aufgaben zeitnah und angemessen erfüllen zu können. Mit Beschluss der Nachtragssatzung zur Haushaltsplanung 2019 wurden zusätzlich weitere 121 Stellen in den Stellenplan der Landeshauptstadt aufgenommen und somit der Stellenumfang für 2019 auf 2.342 Stellen festgelegt.

Mit Blick auf die Aufgabenerfordernisse ist mit dem vorgeschlagenen Eckwert zur Haushaltsaufstellung 2020/2021 ein weiterer Anstieg des Stellenvolumens um 131 Stellen auf 2.473 Stellen vorgesehen. Hierin enthalten sind 31 Stellen für die Betreuung kommunaler Kitas ab dem Kitajahr 2020/21.

Es wird geprüft, ob zusätzlich unbepflante Stellen für pflichtige Aufgaben vorgesehen werden sollten, die durch Minderung von Sachaufwand an anderer Stelle gedeckt werden können. Dadurch soll mehr Flexibilität erprobt werden.

Basierend auf diesem Stellenumfang ergibt sich ein Personalaufwand von 132 Mio. EUR in 2020 und 140 Mio. EUR in 2021. Damit steigt der Personalaufwand im Vergleich zum Planansatz des Nachtragshaushalts 2019 mit dem Haushaltsjahr 2020 um rund 2 Mio. EUR und mit dem Haushaltsjahr 2021 um rund 10 Mio. EUR. Der Unterschied im Anstieg ist damit zu begründen, dass der Personalaufwand für zusätzliche Stellen für das Haushaltsjahr 2020 erst ab Juli des Jahres kalkuliert ist. Für 2021 ist der Volljahreseffekt berücksichtigt.

## 6. Finanzhaushalt / Investitionsprogramm – Möglichkeiten aus eigener Kraft der LHP bei Einhaltung der Strategischen Eckwerte je Geschäftsbereich (zu Ziff. 3 des Beschlusstextes)

Der Gegenstand eines (strategischen) Eckwertebeschlusses bezieht sich im Regelfall auf den Ergebnishaushalt. Er betrifft die aus den zu erwartenden Allgemeinen Finanzierungsmitteln resultierenden „Zuschussbudgets“ und die „Zuschussvorgaben“ für die Geschäftsbereiche (s.o. Ziff 1.3 und 2 der Begründung). Unter Umständen können aber im Zusammenhang mit einem solchen Eckwertebeschluss zusätzliche (ggf. mittelbare) Vorgaben für die Aufstellung des Investitionsprogrammes formuliert werden, wenn absehbar ist, dass die vorhandene bzw. zu erwartende Liquidität (abgebildet im Finanzhaushalt) dies zulässt.

Mit den Ziff. 1 und 2 des vorliegenden Eckwerte-Vorschlages wäre dies der Fall. Unter der Maßgabe, dass die strategischen Eckwerte je Geschäftsbereich gehalten werden, kann das Investitionsniveau (aus der dann zu erwartenden Liquidität und damit aus eigener Kraft) im Vergleich zum Doppelhaushalt 2018/2019 mit seiner Mittelfristplanung nochmals deutlich gesteigert werden. Dies erscheint angesichts der weiter (quantitativ und qualitativ) ansteigenden Investitionserfordernisse auch dringend erforderlich und sinnvoll.

Das weiterhin stetige Wachstum der Stadt verlangt nicht nur im Zuschussbereich des Ergebnishaushalts deutliche Anstrengungen der Landeshauptstadt, sondern erfordert aktuell und perspektivisch auch deutlich verstärkte Investitionsanstrengungen. Dies betrifft sämtliche Modernisierungs- und Erweiterungsinvestitionen der sozialen und technischen Infrastruktur, so insbesondere den ÖPNV als Kernstück für eine umweltgerechte Mobilität, den weiteren Ausbau der Bildungsinfrastruktur von Schulen und Einrichtungen der Kindertagesbetreuung, den Verwaltungscampus und die Verbesserung der Arbeitsplatzsituation, eine aktive Liegenschaftspolitik, die Stärkung des Radverkehrs etc.

Die bislang anhaltende positive, finanzielle Entwicklung ermöglichte es der LHP, nicht nur im Bereich des Ergebnishaushaltes, sondern auch verstärkt im Bereich des Investitionshaushaltes Mittel aus eigener Kraft zu generieren und die zusätzliche und erhebliche Neu-Verschuldung der LHP insgesamt (d.h. einschließlich des Eigenbetriebes KIS) etwas zu begrenzen. (Von einem Investitionsvolumen im KIS-Wirtschaftsplan von 252 Mio. EUR für 2019-2022 sind 171 Mio. EUR über Kredit zu finanzieren – Tendenz steigend.)

Mit dem Haushalt 2017 konnten erstmals eigene Mittel aus vorhandener Liquidität für Investitionen verwendet werden. Mit dem Doppelhaushalt 2018/2019 konnte dieser Weg mit einer Verstärkung des Investitionsvolumens um zusätzliche investive Eigenmittel in Höhe von rd. 30 Mio. EUR insgesamt (2018 und 2019 jeweils rd. 15 Mio. EUR) fortgesetzt werden. Damit konnte insbesondere die technische und soziale Infrastruktur gesichert und weiterentwickelt werden.

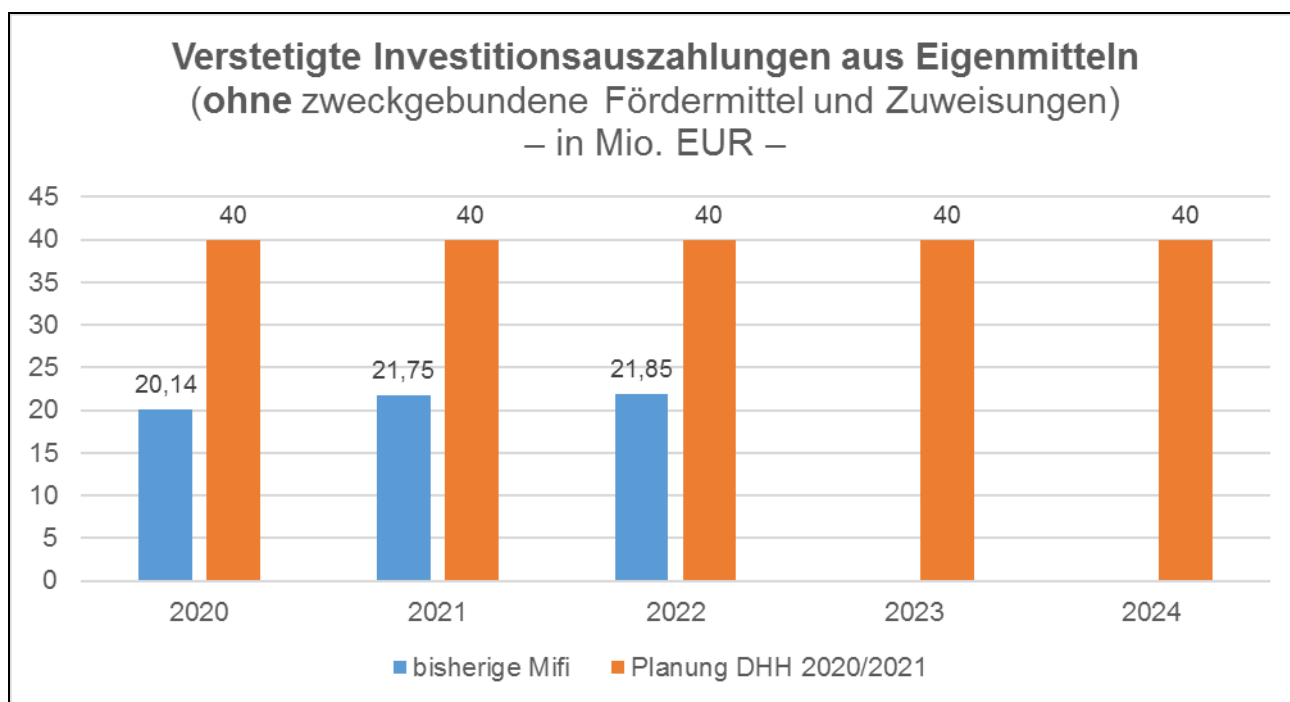
Im Doppelhaushalt 2020/2021 ist es auf Grund der prognostisch positiven finanziellen Entwicklung, der guten Jahresabschlüsse und den Konsolidierungsmaßnahmen der Vorjahre und bei Einhaltung der vorgeschlagenen Strategischen Eckwerte je Geschäftsbereich möglich, in einem noch deutlich darüber hinaus gehenden Umfang investive Eigenmittel bereitzustellen sowie zeitlich zu verstetigen - und so auch im Sinne einer verbesserten Planungseffizienz eine langfristige Investitionsplanung zu ermöglichen. Durch eine Verstärkung der investiven Zuschüsse seitens der LHP an den KIS, kann dieser seine neue und zusätzliche Investitions-Kreditaufnahme begrenzen. Dadurch kann der dynamische Anstieg der Kreditbelastung der LHP insgesamt (d.h. einschließlich des Eigenbetriebes KIS) zumindest etwas abgebremst werden.

Unter der verbindlichen Maßgabe, dass die in dieser Beschlussvorlage dargestellten Strategischen Eckwerte je Geschäftsbereich beschlossen und von den Geschäftsbereichen eingehalten werden, plant die LHP erstmalig ein Eigenmittelniveau von 200 Mio. EUR für Investitionen (noch vor Berücksichtigung weiterer, niveausteigernder Förder- und Drittmittel) insgesamt über alle fünf Jahre der Haushaltsplanung (2020-2024) bereitzustellen. Zum Vergleich: im Finanzplanungszeitraum 2018-2022 waren es mit den o.a. zusätzlichen 30 Mio. EUR insgesamt rd. 143 Mio. EUR. Dies wäre eine Steigerung um 57 Mio. EUR.

Im Ergebnis würde dies folgende verstetigte Investitionsauszahlungen aus Eigenmitteln (noch ohne zweckgebundene Fördermittel und Zuweisungen, d.h. aus eigener Kraft der LHP) bedeuten:

	2020	2021	2022	2023	2024
in Mio. EUR	40	40	40	40	40
bisherige MiFi in Mio. EUR	20,14	21,75	27,85		

Kumuliert für die Jahre 2020 bis 2024 bedeutet dies insgesamt 200 Mio. EUR.



Die hier aufgezeigten Auszahlungsansätze sind noch ohne Berücksichtigung von Fördermitteln oder anderweitigen EU-, Bundes- und Landeszuweisungen zu betrachten. Lediglich die Fortführung der investiven Schlüsselzuweisungen des Landes Brandenburg wurde hierbei berücksichtigt. Durch die aktive Akquirierung von weiteren Mitteln der öffentlichen Hand (oder Dritten) und durch die Investitionstätigkeit des KIS, zum hohen Teil kreditfinanziert, wird beim Beschluss der vorliegenden Strategischen Eckwerte je Geschäftsbereich voraussichtlich ein Gesamt-Investitionsvolumen der LHP erreicht, dass so noch nie zur Verfügung stand.

Bei nicht haushaltsneutraler Erhöhung der vorgeschlagenen Eckwerte je Geschäftsbereich würde das angestrebte Investitionsniveau sinken, da insoweit die für investive Zwecke vorhandene Liquidität sinkt.



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

19/SVV/1174

 öffentlichEinreicher: **Fraktion DIE aNDERE**

Betreff:

Erstellungsdatum 20.11.2019

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
20.11.2019	Finanzausschuss	x	
04.12.2019	Stadtverordnetenversammlung		x

**Anderungs-/Ergänzungsvorschlag:**

Die Ds 19/SVV/1174 wird wie folgt geändert:

In Punkt 2 wird ergänzt:

- a. erster Spiegelstrich: die Landeshauptstadt Potsdam **und die städtischen Eigenbetriebe** als attraktiver Arbeitgeber und Dienstleister
- b. zweiter Spiegelstrich: umweltgerechte **und soziale** Mobilität
- c. neuer, sechster Spiegelstrich: **Weiterentwicklung der Partizipation über die Weiterentwicklung des Bürgerhaushalts**
- d. neuer, siebenter Spiegelstrich: **Weiterentwicklung der multikulturellen, sozialen und kulturell vielfältigen Stadt**

Als **zusätzlicher Punkt 8** wird ergänzt:

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bei künftigen Investitionsentscheidungen für die einzelnen Investitionsalternativen die absehbaren CO<sub>2</sub>- Emissionen zu ermitteln und dann mit einem CO<sub>2</sub>-Preis zu kalkulieren.**

**Begründung:**

Die Berücksichtigung der CO<sub>2</sub>-Emissionen bei der Entscheidung über Investitionen stellt einen Beitrag zum Klimaschutz dar. Außerdem wird das Risiko minimiert, dass geplante Investitionen später durch einen CO<sub>2</sub>-Preis unrentabel werden.

\_\_\_\_\_  
Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

19/SVV/1174

 öffentlich**Einreicher:** Fraktionen SPD, Bündnis 90/ Die Grünen, Die LINKE**Betreff:** Strategischer Eckwertebeschluss für die Planung des Doppelhaushaltes 2020/2021 und die mittelfristige Finanzplanung 2022 bis 2024

Erstellungsdatum 04.12.2019

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
04.12.2019	SVV		X

**Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:****Die SVV möge beschließen:**

Ziffer 2

Es gelten die folgenden fünf strategischen Themenfelder, welche innerhalb der Eckwerte finanziell zu berücksichtigen sind:

- Die Landeshauptstadt Potsdam als bürgernahe Dienstleisterin und attraktive Arbeitgeberin
- Klimaschutz und umwelt- und sozialgerechte Mobilität
- Bezahlbares Wohnen und nachhaltige Quartiersentwicklung, sozialer Ausgleich und gleichwertige Lebensverhältnisse in den Stadt- und Ortsteilen
- Moderne Bildungsinfrastruktur
- Konzeptionierung, Entwicklung und Erstellung einer 10-Jahres-Investitionsplanung für die Landeshauptstadt Potsdam

Ziffer 3a

Diese erhöhten, teilweise nicht gebundenen Eigenmittel sollen insbesondere folgenden investiven Schwerpunktsetzungen in den Jahren von 2020 bis 2024 dienen:

- Aktive Liegenschaftsstrategien / Grundstücksankäufe
- Öffentlicher Personennahverkehr
- Radwege / Radverkehr
- IT und Schul-IT
- Bildungsinfrastruktur / Schulen, Schulsport, Schulausstattung
- Schaffung guter Arbeitsbedingungen (u.a. Verwaltungsgebäude)
- Stadtentwicklungsmaßnahmen Potsdamer Süden

## Ziffer 3b

Der Klimaschutz ist ein herausgehobenes und sämtliche städtische Aufgaben umfassendes Ziel. Daher erfolgt im Vorbericht zum Haushaltsentwurf 2020/2021 eine gesonderte Darstellung und Berichterstattung, welche finanziellen Ressourcen in den einzelnen Produkten und in den Investitionsmaßnahmen der Geschäftsbereiche für die Erreichung dieses Zieles vorgesehen sind.

Ziffer 4. wird neu gefasst, wie folgt:

4. Haushaltsneutrale Umschichtungen zwischen den Geschäftsbereichsbudgets können im Rahmen der konkretisierenden Haushaltsplanung vorgenommen werden. Die Pflichtleistungen sind dabei zu sichern. Auch Mittel für freiwillige Leistungen sollen möglichst mit ansteigenden Bedarfen entsprechend dem Bevölkerungswachstum erhöht werden.

---

Unterschrift





Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

19/SVV/1174

 öffentlich

Einreicher: AfD Fraktion

Betreff: Änderungsantrag Eckwertebeschluss

Erstellungsdatum 03.12.2019

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
04.12.2019	Stadtverordnetenversammlung		x

**Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:**

Die DS 19/SVV/1174 wird wie folgt geändert:

Der Punkt 2 wird wie folgt geändert bzw. ergänzt:

Erster Spiegelstrich:

Investitionen in die Infrastruktur für eine gute Mobilität

Zweiter Spiegelstrich:

Schaffung von bezahlbarem und altersgerechtem Wohnraum

Dritter Spiegelstrich:

Bedarfsgerechte Bildungsinfrastruktur

Vierter Spiegelstrich:

LHP als attraktiver Arbeitgeber und Dienstleister

Begründung:

Die in Punkt 2 der Vorlage aufgeführten Themenfelder stellen unseres Erachtens nach eine Rangfolge dar, die finanziell zu berücksichtigen ist - beginnend mit der LHP als attraktiver Arbeitgeber und Dienstleister. Richtig ist, dass einschlägige finanzielle Maßnahmen in der Planung hervorzuheben sind. Allerdings wird nicht gesehen, die LHP an erster Stelle zu nennen. Voranzustellen sind Investitionen in die Infrastruktur für eine gute Mobilität aller Verkehrsteilnehmer, die behutsame Schaffung von bezahlbarem und altersgerechtem Wohnraum, natürlich auch in Abstimmung mit den Umlandgemeinden sowie eine bedarfsgerechten Bildungsinfrastruktur.

Zwar sieht die Verwaltung in der Auflistung zu TOP 2 der BV keine Rangfolge, gleichwohl dürften die Potsdamer wahrnehmen, dass sich z.B. die Entwicklung von Infrastruktur und Wohnraum erst nach der Entwicklung der LHP als attraktiver Arbeitgeber und Dienstleister wiederfindet.

Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag**  
 **Ergänzungsantrag**  
 **Neue Fassung**

zur Drucksache Nr.

19/SVV/1174

 öffentlich**Einreicher:** Fraktion der Freien Demokraten**Betreff:** Strategischer Eckwertebeschluss für die Planung des Doppelhaushaltes 2020/2021 und die mittelfristige Finanzplanung 2022 bis 2024

Erstellungsdatum 04.12.2019

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
04.12.2019	Stadtverordnetenversammlung alle Ausschüsse		

**Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:*

Die Beschlussvorlage des Oberbürgermeisters in der Fassung vom 22.10.2019 wird in Ziffer 2 wie folgt geändert:

2. Es gelten die folgenden fünf strategischen Themenfelder, welche innerhalb der Eckwerte finanziell zu berücksichtigen sind:

- Die Landeshauptstadt Potsdam als attraktiver Wirtschaftsstandort mit einer effizienten und digitalisierten Verwaltung
- Ausbau einer umweltgerechten und multimodalen Mobilität
- Nachhaltige Stadt- & Quartiersentwicklung und Schaffung von bezahlbarem Wohnraum
- Moderne Bildungsinfrastruktur mit vorausschauender Planung
- Konzeptionierung, Entwicklung und Erstellung einer 10-Jahres-Investitionsplanung für die Landeshauptstadt Potsdam mit regelmäßiger Erfolgskontrolle

**Begründung:**

Dass die Landeshauptstadt Potsdam als attraktive Arbeitgeberin auftreten und ihre Rolle als bürgernahe Dienstleisterin wahrnehmen muss, ist eine Selbstverständlichkeit.

Strategisch sollte in der Potsdamer Stadtpolitik nicht nur an das Verteilen, sondern auch an das Erwirtschaften gedacht werden. Deshalb muss das Ziel sein, die Attraktivität der Landeshauptstadt Potsdam als Wirtschaftsstandort zu steigern, damit sich neue Unternehmen ansiedeln oder gründen sowie bestehende Betriebe gern in Potsdam bleiben und sich erweitern, unterstützt von einer modernen und dienstleistungsorientierten Verwaltung, die auf Digitalisierung und kurze Wege setzt.

Mobilität muss erhalten bleiben. Deswegen müssen die verschiedenen Verkehrsmittel intelligent miteinander vernetzt werden. Wer das Auto stehen lassen möchte, braucht attraktive Park&Ride-Angebote, einen guten ÖPNV und eine Fahrradinfrastruktur, etwa nach Kopenhagener Vorbild. Dennoch muss es möglich bleiben, auch die Innenstadt mit einem Auto zu erreichen.

Im Bereich der Bildungsinfrastruktur (einschließlich ergänzender Angebote im Bereich Kultur und Sport) muss auch in Potsdam vorausschauend und in längeren Zeithorizonten gedacht werden, um erforderliche Erweiterungen bzw. Anpassungen rechtzeitig vornehmen zu können und bestehende Angebote zu sichern.

Die Besonderheiten Potsdams mit dem miteinander von altem und neuem muss bei der Stadtentwicklung bedacht werden. Zu berücksichtigen ist die Entwicklung des Stadtgebietes in seiner Gesamtheit. Bezahlbar bleibt Wohnen nur dann, wenn gebaut wird und wieder ein ausgeglichener Wohnungsmarkt entstehen kann.

Alle Investitionsplanungen sollten in regelmäßigen Abständen geprüft und ggf. angepasst werden.

gez. Björn Teuteberg  
Fraktionsvorsitzender

Fraktion der Freien Demokraten

Unterschrift

gez. Sabine Becker  
Fraktionsvorsitzende



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

DS 19/SVV/1174

 öffentlichEinreicher: **Fraktion CDU**

Betreff: **Strategischer Eckwertebeschluss für die Planung des Doppelhaushalts 2020/2021 und die mittelfristige Finanzplanung 2011 bis 2024**

Erstellungsdatum 13.01.2020

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
15.01.2020	KUM		X
21.01.2020	SBWL		X
22.01.2020	Finanzausschuss		X
29.01.2020	Stadtverordnetenversammlung		X

### Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Ziffer 2: Es gelten die folgenden **fünf sieben** strategischen Themenfelder, welche innerhalb der Eckwerte finanziell zu berücksichtigen sind:

- Die Landeshauptstadt Potsdam als attraktiver Arbeitgeber und Dienstleister
- Umweltgerechte Mobilität
- Bezahlbares Wohnen und nachhaltige Quartiersentwicklung
- Moderne Bildungsinfrastruktur
- **Attraktivierung der Landeshauptstadt Potsdam als Wirtschaftsstandort**
- Konzeptionierung, Entwicklung und Erstellung einer 10-Jahres-Investitionsplanung für die Landeshauptstadt Potsdam
- **Konzeptionierung der Reduzierung der pro Kopf Verschuldung der LHP**

Ziffer 3: Unter Einhaltung dieser finanziellen und strategischen Vorgaben wird dem Investitionshaushalt 2020/2021 und der mittelfristigen Investitionsplanung bis 2024 jeweils jährlich ein Eigenmittelanteil von rd. 40 Mio EUR (kumuliert 200 Mio EUR) zur Verfügung gestellt. **Dabei sind insbesondere die für den ÖPNV in den Jahren 2020 und 2021 erforderlichen Mittel für Fahrzeuge, Infrastruktur, Logistik, Betrieb und Management zu sichern. Durch den ausgerufenen Klima Notstand ist es notwendig, den ÖPNV mit einem erweiterten und verstärkten Takt zu sichern. Weiterin ist auch bei Beschaffung auf neue umweltfreundliche Technik zu achten.**

gez. Anna Lüdcke, Götz Th. Friederich  
Fraktionsvorsitzende  
\_\_\_\_\_  
Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

DS 19/SVV/1174

 öffentlichEinreicher: **Fraktion CDU**

Betreff: **Strategischer Eckwertebeschluss für die Planung des Doppelhaushalts 2020/2021 und die mittelfristige Finanzplanung 2011 bis 2024**

Erstellungsdatum 14.01.2020

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
21.01.2020	SBWL		X
22.01.2020	Finanzausschuss		X
29.01.2020	Stadtverordnetenversammlung		X

### Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Eckwert des GB 4 Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt  
Anlage 2 Seite 27 letzter Absatz wird wie folgt ergänzt:

In den Bereichen der Bauaufsicht, Denkmalpflege, Umwelt und Natur werden in erster Linie pflichtige Aufgaben erfüllt, z.B. die Wahrnehmung von Aufgaben nach der Brandenburgischen Bauordnung, die Erteilung denkmalrechtlicher Erlaubnisse für bauliche Maßnahmen an Denkmälern, die Bearbeitung von Fragen der Abfallwirtschaft, der Altlasten, des Boden-, Immission-, und Naturschutz bis hin zur Ergreifung von erforderlichen Maßnahmen, um so einen wesentlichen Beitrag zum Schutz der Lebensgrundlagen Luft, Boden und Wasser zu leisten. **Im Bereich Denkmalpflege werden entsprechend dem Brandenburgischen Denkmalschutzgesetz (BbgDSchG) zur Erfüllung der Aufgaben Öffentlichkeitsarbeit und Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit insbesondere im Bereich der Potsdamer Kulturerbenvereine eine zusätzliche Stelle sowie ausreichend Mittel zu deren Unterstützung vorgesehen.** Für all diese Aufgaben sind im Eckwert des Doppelhaushaltes 2020/21 für das Jahr 2020 5,31 Mio. EUR und für das Jahr 2021 5,68 Mio. EUR vorgesehen.

Anlage 2 Seite 28, 3. Absatz wird wie folgt ergänzt:

.....Bereich Grün- und Verkehrsflächen .....

Ferner erfolgt im Rahmen dieses Zuschusses neben der Steuerung der Maßnahmen für das Trink- und Abwasser, der Straßenverwaltung sowie der Straßenreinigung und des Winterdienstes auch die Steuerung der Spielplatz- und Freiraumplanung, der Grün- und Parkflächen sowie deren Unterhaltung, **die zumindest im bisherigen Umfang erhalten werden soll.**

gez. Anna Lüdcke, Götz Th. Friederich  
Fraktionsvorsitzende

\_\_\_\_\_  
Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag**  
 **Ergänzungsantrag**  
 **Neue Fassung**

zur Drucksache Nr.

DS 19/SVV/1174

öffentlich

**Einreicher: Fraktion CDU**

**Betreff: Strategischer Eckwertebeschluss für die Planung des Doppelhaushalts 2020/2021 und die mittelfristige Finanzplanung 2011 bis 2024**

Erstellungsdatum 13.01.2020

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
21.01.2020	Bildung und Sport		X
22.01.2020	Finanzausschuss		X
29.01.2020	Stadtverordnetenversammlung		X

#### **Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Eckwert des GB 2 – Bildung, Kultur, Jugend und Sport

**Ergänzung: Im Rahmen der digitalen Entwicklung an Schulen erfolgt eine Personalaufstockung im Bereich IT zur Betreuung der Schulen im Umgang mit digitalem Handwerksmaterial.**

#### **Begründung:**

Im Paket des Digitalpaktes ist ebenfalls ein "digitaler Hausmeister" inbegriffen. Da das Paket auf fünf Jahre begrenzt ist, ist kein weiteres Personal im Haushalt der Stadt eingeplant. Die Stadt müsste dieses Personal dann über die fünf Jahre hinweg selbst tragen. Gerade der Digitale Hausmeister wäre wichtig für die Schulen. Anschlüsse, Einrichten der Software, entscheiden, welche Software angeschafft wird und klären, an wen man sich wenden muss, wenn die Geräte eine Störung/Virus aufweisen, sind anfallende Aufgaben. Bei der Vorstellung der aktuellen Entwicklung zum Digitalpakt im Ausschuss Bildung und Sport wurde deutlich, dass alle IT-Belange von der IT-Abteilung der Stadt mitbearbeitet werden. Bei gut 40 Schulen in Potsdam kommt auf diese Abteilung ein großer Mehraufwand zu. Zudem sind die Lehrer schon jetzt mit der IT-Problematik an den Schulen überfordert. Neben dem normalen Unterricht müssen sich die Lehrer häufig, um Ihre IT-Probleme selbst kümmern. Mit dem Digitalpakt, der auch neue Software zur besseren, schnelleren Anwendung beinhaltet, kommen auf die Lehrer weitere Aufgaben zu. Notwendig sind daher zwei IT-Spezialisten (pro 20 Schulen 1 Hausmeister) die nur für die Schulen zuständig sind und Lehrpersonal Schulen sowie gleichzeitig Ansprechpartner bei Problemen sind.

gez. Anna Lüdcke, Götz Th. Friederich  
 Fraktionsvorsitzende

s  
T  
 Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag**  
 **Ergänzungsantrag**  
 **Neue Fassung**

zur Drucksache Nr.

DS 19/SVV/1174

 öffentlich**Einreicher: Fraktion CDU**

**Betreff: Strategischer Eckwertebeschluss für die Planung des Doppelhaushalts 2020/2021 und die mittelfristige Finanzplanung 2011 bis 2024**

Erstellungsdatum 13.01.2020

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
21.01.2020	SBWL		X
22.01.2020	Finanzausschuss		X
29.01.2020	Stadtverordnetenversammlung		X

### Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Eckwert des GB 3 – Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit

#### Ordnung und Sicherheit:

Der Finanzbedarf des Ordnungsamtes muss grundsätzlich die Anforderungen eines Konzepts für Sicherheit und Ordnung erfüllen. Aus diesem Konzept für Sicherheit und Ordnung, sind Aufgaben, Organisation und Stellenbedarf abzuleiten. Die Notwendigkeit der Durchsetzung der Stadtordnung und der Erfüllung der 24/7- Präventions- und Kontrollaufgabe der Stadt erfordern die Einplanung einer konkreten und finanziell fest unterlegten Personalverstärkung des Ordnungsamtes.

gez. Anna Lüdcke, Götz Th. Friederich  
Fraktionsvorsitzende

\_\_\_\_\_  
s Unterschrift

T



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag**  
 **Ergänzungsantrag**  
 **Neue Fassung**

zur Drucksache Nr.

DS 19/SVV/1174

öffentlich

**Einreicher: Fraktion CDU**

**Betreff: Strategischer Eckwertebeschluss für die Planung des Doppelhaushalts 2020/2021 und die mittelfristige Finanzplanung 2011 bis 2024**

Erstellungsdatum 08.01.2020

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
21.01.2020	SBWL		X
22.01.2020	Finanzausschuss		X
29.01.2020	Stadtverordnetenversammlung		

#### **Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Eckwert des GB 4 – Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt  
In Anlage 2 Punkt 5.4, Seite 28, 2. Absatz ist zu konkretisieren:

Die Bereiche Bauaufsicht und Stadtplanung erhalten eine höhere Priorität. Dort werden größere Kapazitäten zur Bearbeitung der Bauanträge und Bebauungspläne geschaffen, damit die LHP den Anforderungen an eine wachsende Stadt gerecht wird. Dass oft viele Bauanträge oder Bebauungspläne für längere Zeit zurückgestellt werden müssen, sollte dringend behoben werden. Der hierfür benötigte Finanzbedarf für die Ausstattung sowie die Anzahl etwa benötigter Planstellen sind zu ermitteln und in den Eckwertebeschluss aufzunehmen.

gez. Anna Lüdcke, Götz Th. Friederich  
Fraktionsvorsitzende

\_\_\_\_\_  
Unterschrift





Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag**  
 **Ergänzungsantrag**  
 **Neue Fassung**

zur Drucksache Nr.

DS 19/SVV/1174

öffentlich

**Einreicher: Fraktion CDU**

**Betreff: Strategischer Eckwertebeschluss für die Planung des Doppelhaushalts 2020/2021 und die mittelfristige Finanzplanung 2011 bis 2024**

Erstellungsdatum 13.01.2020

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
21.01.2020	Bildung und Sport		X
22.01.2020	Finanzausschuss		X
29.01.2020	Stadtverordnetenversammlung		X

#### **Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Eckwert des GB 2 – Bildung, Kultur, Jugend und Sport

**Ergänzung: Allen Potsdamer Schulen wird mindestens der Sockelbetrag für den digitalen Ausbau 1:1 ausbezahlt. Wir streben zudem bei der Mehrzahl der Potsdamer Schulen eine Mittelverteilung von mindestens 60 Prozent der Zuwendung des MBS an (Vgl. Anlage 1 zur Richtlinie des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport zur Umsetzung des DigitalPakts Schule 2019-2024 (Richtlinie DigitalPakt Schule) vom 31.07.2019).**

#### **Begründung:**

Mit dem DigitalPakt Schule wollen Bund und Länder für eine bessere Ausstattung der Schulen mit digitaler Technik sorgen. Um das Ziel zu erreichen, haben Bund und Länder die Verwaltungsvereinbarung für den DigitalPakt unterzeichnet. Der Bund stellt über einen Zeitraum von fünf Jahren insgesamt fünf Milliarden Euro zur Verfügung, davon in dieser Legislaturperiode 3,5 Milliarden Euro. Aufgrund des Charakters der Bundesmittel als Finanzhilfen bringen die kommunalen Schulträger bzw. Länder zusätzlich einen finanziellen Eigenanteil ein. Zusammengenommen stehen insgesamt mindestens 5,55 Milliarden Euro bereit. Das bedeutet für jede der ca. 40.000 Schulen in Deutschland im Durchschnitt einen Betrag von 137.000 Euro oder umgerechnet auf die derzeit ca. 11 Millionen Schülerinnen und Schüler eine Summe von 500 Euro pro Schüler. Die genaue Mittelverteilung hängt vom Bemessungsprinzip - zum Beispiel als Sockelbetrag pro Schule, nach Anzahl der Schülerinnen und Schüler oder eine andere Größe - ab, das jedes Land in seiner Förderbekanntmachung festlegt.

Nach der Unterzeichnung der Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern geht es nun an die Umsetzung in den Ländern. Auch Brandenburg hat hierzu die Förderrichtlinie veröffentlicht, die die Einzelheiten regelt, insbesondere das Antragsverfahren betreffen. Während andere Kommunen allen Schulen die benannte Summe zur Verfügung stellen, hat Potsdam

andere Ideen zur Umsetzung.

Nach Gespräche mit Vertretern des Kreiselternbeirats, gab es das deutliche Signal, die Mittelverteilung von mindestens 60 Prozent der Zuwendung des MBS (Vgl. Anlage 1 zur Richtlinie des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport zur Umsetzung des DigitalPakts Schule 2019-2024 (Richtlinie DigitalPakt Schule) vom 31.07.2019) an die einzelnen Schulen auszureichen.

Zugleich hätte die Finanzierung der (flächendeckenden) Digitalisierung Potsdamer Schule längst geschehen sollen.

gez. Anna Lüdcke, Götz Th. Friederich  
Fraktionsvorsitzende

s \_\_\_\_\_  
T Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag**  
 **Ergänzungsantrag**  
 **Neue Fassung**

zur Drucksache Nr.

DS 19/SVV/1174

öffentlich

**Einreicher: Fraktion CDU**

**Betreff: Strategischer Eckwertebeschluss für die Planung des Doppelhaushalts 2020/2021 und die mittelfristige Finanzplanung 2011 bis 2024**

Erstellungsdatum 13.01.2020

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
21.01.2020	Bildung und Sport		X
22.01.2020	Finanzausschuss		X
29.01.2020	Stadtverordnetenversammlung		X

#### **Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Eckwert des GB 2 – Bildung, Kultur, Jugend und Sport

**Ergänzung zum Schulentwicklungsplan: Im Potsdamer Norden entsteht ein Gymnasium.**

#### **Begründung:**

Der Potsdamer Norden wächst rasant und die Sozialinfrastruktur muss in allen Belangen mitwachsen. Im weiterführenden Schulbereich fehlt es im Potsdamer Norden insbesondere an einem Gymnasialstandort. Nördlich der Linie Hegelallee – Kurfürstenstraße findet sich in Potsdam kein Gymnasialstandort. Insbesondere zur Entlastung der bereits jetzt sehr angespannten verkehrlichen Situation, kann ein Gymnasialstandort im Potsdamer Norden ein Beitrag zur Verkehrsentslastung sein. Die beiden einzigen Gymnasien, die vom Norden aus erreichbar sind, sind das Einstein-Gymnasium (Hegelallee Ecke Schopenhauerstraße) und das Helmholtz-Gymnasium (Holländisches Viertel). Alle anderen Gymnasien sind nur mühselig erreichbar. So die aktuelle Situation für Kinder u.a. aus Nedlitz, Fahrland, Neu-Fahrland, Bornim, Groß Glienicke oder Krampnitz.

Tatsache ist, dass es brandenburgweit zu wenig Gymnasien gibt und den Kindern damit der Gymnasialweg versperrt bleibt, da es zu wenig Plätze gibt. Darüber hinaus nimmt Potsdam auch aus dem Landkreis Potsdam-Mittelmark Schüler auf, was zu einer weiteren Verringerung der Plätze führt. Hier müssen wir Abhilfe schaffen.

gez. Anna Lüdcke, Götz Th. Friederich  
Fraktionsvorsitzende

s \_\_\_\_\_  
T





Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag**  
 **Ergänzungsantrag**  
 **Neue Fassung**

zur Drucksache Nr.

DS 19/SVV/1174

öffentlich

**Einreicher: Fraktion CDU**

**Betreff: Strategischer Eckwertebeschluss für die Planung des Doppelhaushalts 2020/2021 und die mittelfristige Finanzplanung 2011 bis 2024**

Erstellungsdatum 13.01.2020

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
21.01.2020	SBWL		X
22.01.2020	Finanzausschuss		X
29.01.2020	Stadtverordnetenversammlung		X

### Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Eckwert des GB 3 – Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit

#### Ordnung und Sicherheit:

Feuerwehr und Rettungsdienst

Schon vorab eines Evaluierungsergebnisses zum Bedarf einer Wache im Potsdamer Norden ist festzustellen, dass dieser jetzt schon objektiv ersichtlich ist. Die Aufgaben, die auf den neuentstehenden Stadtteil Krampnitz für die Feuerwehr zukommen, können nur unter Beteiligung der Berufsfeuerwehr erbracht werden.

gez. Anna Lüdcke, Götz Th. Friederich  
Fraktionsvorsitzende

\_\_\_\_\_  
s Unterschrift

T



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag**  
 **Ergänzungsantrag**  
 **Neue Fassung**

zur Drucksache Nr.

DS 19/SVV/1174

 öffentlichEinreicher: **Fraktion CDU**

Betreff: **Strategischer Eckwertebeschluss für die Planung des Doppelhaushalts 2020/2021 und die mittelfristige Finanzplanung 2011 bis 2024**

Erstellungsdatum 13.01.2020

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
21.01.2020	SBWL		X
22.01.2020	Finanzausschuss		X
29.01.2020	Stadtverordnetenversammlung		X

**Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Eckwert des GB 2 – Bildung, Kultur, Jugend und Sport

**Seite 22 folgende Ergänzung:**

Vorab eines festgeschrieben Zuschusses 2020/21 – Förderung einer Einrichtung freier Träger ZKS / Schiffbauergasse / freien kultur Trägern an der Schiffbauergasse T-Werk, fabrik, Waschhaus und Theaterschiff – ist eine betriebswirtschaftliche Evaluation der entsprechenden Einrichtungen auf ihren tatsächlichen Finanzbedarf durchzuführen.

~~Das soziokulturelle Zentrum freiLand basiert unter anderem auf der Grundidee von sehr weitgehender Partizipation. Die Arbeit von freiLand ist niedrigschwellig und fördert die Selbstbefähigung seiner Akteurinnen und Akteure.~~

Änderung: komplette Streichung

**Begründung:**

Vorab einer Stellungnahme des Oberbürgermeisters zu den aktuellen Erkenntnissen des Verfassungsschutzes des Landes Brandenburgs kann keine Zustimmung durch die Fraktion CDU erfolgen.

gez. Anna Lüdcke, Götz Th. Friederich  
Fraktionsvorsitzende

\_\_\_\_\_  
s Unterschrift

T



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag**  
 **Ergänzungsantrag**  
 **Neue Fassung**

zur Drucksache Nr.

DS 19/SVV/1174

öffentlich

**Einreicher: Fraktion CDU**

**Betreff: Strategischer Eckwertebeschluss für die Planung des Doppelhaushalts 2020/2021 und die mittelfristige Finanzplanung 2011 bis 2024**

Erstellungsdatum 13.01.2020

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
21.01.2020	SBWL		X
22.01.2020	Finanzausschuss		X
29.01.2020	Stadtverordnetenversammlung		X

### Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Eckwert des GB 4 – Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt

#### Folgende Punkte sind zu ergänzen:

- 1) Kooperationen staatliche Schulen und Wirtschaft

Schülerinnen und Schülern sind die beruflichen Perspektiven, die ansässige Unternehmen bieten, häufig ungenügend bekannt. Um das Interesse für eine Ausbildung oder einen Beruf in der Region zu wecken, muss die Landeshauptstadt Potsdam Schulen stärker für die Ausprägungen der regionalen Wirtschaft sensibilisieren.

Es ist eine Budgetposition aufzunehmen, die das Engagement von regionalen Unternehmen bei Schulkooperationen fördert und unterstützt.

- 2) Etablierung eines Quartiers-/Straßenmanagers (m/w/d) für die Innenstadt und Babelsberg

Hauptmotiv für Innenstadtbesuche und Besuche des Einzelhandelsbereichs von Babelsberg bleibt unverändert das Einkaufen. Allerdings ist der Brandenburger Einzelhandel mit einem Angebot von lediglich 30 Prozent aller innenstadtprägenden Sortimente wie Bekleidung, Haushalts-, Spielwaren unterrepräsentiert. Hier bedarf es eines Zuständigen vor Ort, der z.B. einen vielfältigen Branchenmix durch Ansiedelung entsprechender Einzelhandelnder sicherstellt.

Es ist eine Budgetposition aufzunehmen, mit welcher die personelle Untersetzung für das Flächenmanagement, Ansiedelungen und Vielfalt des Branchenmixes sichergestellt wird.

### 3) Innenstädte lebenswert gestalten

Es ist eine Budgetposition aufzunehmen, mit welcher die Attraktivität von Wochenmärkten zur Stärkung des Einkaufsortes gefördert werden kann.

### 4) Smarte Wirtschaftsplattformen

Die fortschreitende Digitalisierung leistet einen Beitrag dazu, dass Menschen, Kaufkraft und Unternehmen in der Landeshauptstadt Potsdam verbleiben. Ob durch moderne Produktionsabläufe und Arbeitsformen, in der Gesundheitsversorgung oder als digitale Marktplätze für regionale Güter und Dienstleistungen. Gerade Plattformen bringen Anbieter und Nachfrager besser zusammen und stärken Wirtschaftskreisläufe. Die Landeshauptstadt Potsdam sollte daher verstärkt entsprechende Plattformen entwickeln bzw. sich an der Entwicklung und Nutzung bereits bestehender Plattformen entsprechend beteiligen.

Es ist eine Budgetposition aufzunehmen, welche die Entwicklung bzw. die Beteiligung an bestehenden Wirtschaftsplattformen ermöglicht.

### 5) Gewerbesteuerentwicklungskonzept

Steuern- und Abgabenlasten wirken eher abschreckend, auch in der Landeshauptstadt Potsdam, wo der Gewerbesteuerhebesatz mit derzeit 455 % im Verhältnis sehr hoch ist. Potsdam braucht daher ein Gewerbesteuerentwicklungskonzept, welches auf den Zuwachs von Gewerbesteuerpflichtigen setzt. Dies ist umso mehr notwendig, da die Landeshauptstadt Potsdam in Zukunft noch mehr auf die Generierung von Gewerbesteuern angewiesen sein wird.

Es ist eine Budgetposition aufzunehmen, welche die Entwicklung eines Gewerbesteuerentwicklungskonzeptes vorsieht.

gez. Anna Lüdcke, Götz Th. Friederich  
Fraktionsvorsitzende

s Unterschrift

T





Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

## Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

**19/SVV/1076**

öffentlich

**Betreff:**

Wettkampffähige Sportanlagen für Potsdam

**Einreicher:** Fraktion CDU

Erstellungsdatum 07.10.2019

Eingang 502:

**Beratungsfolge:**

Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
06.11.2019	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. bei Neubauten, Modernisierungen und Sanierungen von Sportanlagen, insbesondere an Schulstandorten, obligatorisch zu prüfen, ob ein wettkampffähiges Großfeld (Fußball) errichtet werden kann.
2. diese Prüfungen für die konkret geplanten Schulsportflächen sowie Breitensportmaßnahmen wie z.B. im Entwicklungsbereich Krampnitz, soweit nicht bereits geschehen, nachzuholen.
3. weitere Standorte für Sportanlagen (wettkampffähige Sportflächen, weitere Sportanlagen) im gesamten Stadtgebiet zu identifizieren und neue Flächen in die bestehende Übersicht des Bereichs Sport aufzunehmen sowie die Möglichkeit zu prüfen, diese Flächen zu reservieren.
4. die finanziellen Möglichkeiten für die Realisierung von Sportanlagen bis 2030 zu untersuchen. Hierbei ist insbesondere zu prüfen, wo im Stadtgebiet ein Sportpark mit mehreren Sportangeboten errichtet werden kann.

Die Prüfergebnisse sind der Stadtverordnetenversammlung bis Juni 2020 vorzulegen. Die finanziellen Möglichkeiten sind im Zusammenhang mit dem nächsten Haushalt der Landeshauptstadt darzustellen.

gez.

Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Beschlussverfolgung gewünscht:**

**Termin:**

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

**Begründung:**

Im Moment fehlen in der Landeshauptstadt Potsdam ca. 50.000 Quadratmeter Sportfreiflächen. Im Rahmen der integrierten Stadtentwicklung, insbesondere der Entwicklung neuer Wohngebiete, müssen wir Lösungen für dieses seit Jahren bekannte und nicht gelöste Problem finden. Die Bedeutung des Sports für unsere Gesellschaft ist allgemein bekannt und braucht deshalb nicht weiter dargestellt zu werden. Viele Potsdamer Sportvereine müssen Sportinteressierte abweisen und können derzeit auch keine weiteren Kinder und Jugendliche betreuen. Den Vereinen fehlen die räumlichen Kapazitäten. Wir müssen die Chance nutzen, über die Neubauvorhaben im Schulbereich, Modernisierungen und Sanierungen von Sportanlagen diese Defizite auszugleichen. Das erwartete Wachstum wird zu einer Zunahme der Bevölkerung um 50.000 Einwohnern führen, für die wir schon jetzt Flächen für Sport und Freizeit vorhalten müssen. Insbesondere in Krampnitz und in den neu zu entwickelnden Wohngebieten bietet sich die Möglichkeit, nicht nur Schulen mit adäquaten Sportfreiflächen zu planen, sondern möglicherweise auch einen oder mehrere moderne Sportparks mit mehreren Sportflächen zu etablieren.



**Landeshauptstadt  
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

## Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

**19/SVV/1182**

**Betreff:**  
**Sport- und Freizeitfläche 'An der Birnenplantage'**

öffentlich

**bezüglich**  
**DS Nr.: 19/SVV/0403**

Erstellungsdatum 24.10.2019

Eingang 502: 24.10.2019

Einreicher: GB Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

04.12.2019 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

### **Inhalt der Mitteilung:**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Der Oberbürgermeister wird gemäß Beschluss DS 19/SVV/0403 beauftragt zu prüfen, ob auf dem Gelände der Sport- und Freizeitfläche 'An der Birnenplantage' (an dem Standort, wo sich in Neu Fahrland Leichtbauhallen für Geflüchtete befanden) eine Mehrzwecksporthalle mit integriertem Sanitärbereich – nicht nur der angedachte Sanitär- und Umkleideriegel für den Sportplatz - errichtet werden kann.

### **Ausgangslage/ Hintergrund**

Der Sportplatz an der Birnenplantage in Neu Fahrland wurde im Jahr 2008 eingeweiht. Da es dort kein Sportfunktionsgebäude gibt, wurde ein Provisorium in der benachbarten Kita eingerichtet. Dieses bietet langfristig gesehen allerdings keine hinreichenden Sanitär- und Umkleidemöglichkeiten für die Sportvereine.

Im Jahr 2018 wurde verwaltungsintern geprüft, ob die Umnutzung der ehemals für Geflüchtete vorgesehene Leichtbauhallen zum Sportfunktionsgebäude (westlich der Sportanlage) in Frage käme. Im Ergebnis der Prüfungen wurde festgestellt, dass eine umfangreiche Ertüchtigung der Hallen (insbesondere Austausch Dachkonstruktion) im Vergleich zu einem klassischen Neubau um ca. 50% teurer wäre. Hinzu kommen die im Vergleich zu einem Massivbau um ca. 40 T€/Jahr höheren Betriebskosten der Leichtkonstruktion. Vor diesem Hintergrund hat sich der FB23 für die schnellstmögliche Errichtung eines Neubaus nach Abbau der Leichtbauhallen ausgesprochen. Dieser soll dann dauerhaft den bestehenden Bedarf an Umkleideräumen und Sanitäranlagen am Standort befriedigen – zumal diese Fläche in der Zukunft intensiver genutzt werden soll bzw. muss.

**Fortsetzung der Mitteilung Seite 3**

**Finanzielle Auswirkungen?** Ja Nein

Das **Formular** „Darstellung der finanziellen Auswirkungen“ ist als **Pflichtanlage** beizufügen.

**Fazit finanzielle Auswirkungen:**

Das Ergebnis dieser MV hat zunächst keine finanziellen Auswirkungen.

Eine Kostenschätzung des KIS ist in der Mitteilungsvorlage in zwei Varianten dargestellt:

1. Neubau Sportfunktionsräumlichkeiten
2. Neubau Sportfunktionsräumlichkeiten und Mehrzwecksporthalle

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Geschäftsbereich 5

**Fortsetzung der Mitteilung:**

Die Universität Potsdam plant seit einiger Zeit die Erweiterung des Uni-Campus „Neues Palais“. U.a. ist der Abriss der Typenhäuser, westlich der Straße Am Neuen Palais, und deren Ersatz durch denkmalverträgliche Neubauten geplant. Von den Planungen der Universität Potsdam sind am Campus auch die Sportflächen und die nutzenden Sportvereine betroffen. Die Stadtverwaltung Potsdam hat für die Sportanlage der Baseball- und Rugbyabteilung des USV südlich der Lindenallee am neuen Palais einen Ersatzstandort gefunden. Der Sportplatz an der Birnenplantage in Neu Fahrland könnte durch einen Umbau für die Sportarten Rugby und Baseball nutzbar gemacht werden. Diese Maßnahme stellt sich aufgrund des Mangels an Ausweichstandorten alternativlos dar und ist mit vergleichsweise geringem finanziellem Aufwand realisierbar.

Die zukünftige Verlagerung der Baseball/Rugby Anlage vom Neuen Palais nach Neu Fahrland (baurechtliche Prüfung erfolgt separat) macht die Errichtung eines Sportfunktionsgebäudes mit Umkleidefunktionen und Sanitäranlagen noch dringlicher und eigentlich unabdingbar. Bisher war eine Finanzierung von Sportfunktionsräumlichkeiten für die Sportanlage Neu Fahrland im Haushalt nicht darstellbar. Erforderliche Investitionsmittel werden im Rahmen der nächsten Haushaltsplanung 2020/21 angemeldet.

Der vorliegende Beschluss sieht nun eine Prüfung vor, ob über den notwendigen Sportfunktions- und Sanitärräumlichkeiten hinaus, eine Mehrzweckhalle errichtet werden kann. Neben den Bedarfen hängt die Realisierung unter anderem von der baurechtlichen Voraussetzung und der Finanzierbarkeit ab, die nachfolgend betrachtet werden.

**Bau- und Planungsrechtliche Situation**

Die Errichtung eines Sportfunktionsgebäudes wäre innerhalb des im B-Plan festgesetzten Baufeldes westlich des Walles planungsrechtlich zulässig. Die Realisierung einer Einfeldturnhalle mit angrenzenden Sportfunktionstrakt wäre bezogen auf den Flächenbedarf möglich. Die Errichtung der baulichen Anlage hat zwingend an der Baulinie (rote Linie) zu erfolgen. Damit übernimmt das Gebäude die bisherige Funktion des Lärmschutzwalles.

Durch eine Einteilung in Bauabschnitte ließe sich ein Anbau oder separate Errichtung eines Hallenteils auch nach der Errichtung von Sportfunktionsräumlichkeiten zu einem späteren Zeitpunkt realisieren.

**Sport- und schulfachliche Einschätzung:**

en Vereinssportes in Neu Fahrland werden insbesondere durch die Verortung der Baseball/Rugby Anlage des USV zunehmen.

Eine Sporthalle würde aus Sicht des Bereichs Familie Freizeit und Sport (233) den Standort unter dem Aspekt der Sportmöglichkeiten und Angebote aufwerten. Auch die ansässige Kita könnte profitieren. Aus sportfachlicher Sicht sollte das prioritäre Ziel die Errichtung eines Sportfunktionsgebäudes sein. Sanitäranlagen könnten ggf. auch für die Badestelle am Uferbereich, das Beachvolleyballfeld und das multifunktionale Kleinspielfeld mitgedacht werden. Dies würde die Situation für die Öffentlichkeit in der Sommer- bzw. Badesaison verbessern. Die Entscheidung zum Bau einer Einfachhalle ist abhängig von der Klärung der Finanzierung. Durch die Einteilung in Bauabschnitte ließe sich ein Anbau oder separate Errichtung eines Hallenteils auch nach der Errichtung von Sportfunktionsräumlichkeiten realisieren. Über die temporären Bedarfe des Schulsports in Fahrland hinaus wäre eine neue Sporthalle in Neu Fahrland auch unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit zu prüfen. Eine Auslastung insbesondere in den Vormittagsstunden durch Schule, Kita und Sportvereine kann aus heutiger Sicht voraussichtlich nur teilweise gewährleistet werden.

**Kostenschätzung – KIS**Variante 1

Neubau eines Sportfunktionsgebäudes mit Umkleide-, Sanitärbereichen und Lagerräumen

Kosten: ca. 1.390,000,00 €

Variante 2

Neubau von Sportfunktionsräumlichkeiten und Mehrzwecksporthalle

1. Bauabschnitt: 1.390,000,00 €

2. Bauabschnitt: 2.150,000,00 €

Gesamt: 3.540.000,00 €

**Fazit**

Mit der Errichtung eines Sportfunktionsgebäudes am Standort Birnenplantage in Neu Fahrland wäre die Nutzungssituation für den Spiel- und Trainingsbetrieb deutlich verbessert und auf den erforderlichen Standard gehoben.

Ein öffentlich zugänglicher Sanitärbereich stellte zudem einen Mehrwert für die Badegäste in den Sommermonaten dar.

Die Errichtung einer Einfeldturnhalle ist theoretisch möglich, würde aber neben 2.1 Mio. € Mehrkosten für die Errichtung, auch laufende Kosten für den Betrieb verursachen. Dieser wäre unter Betrachtung der bestehenden Budgetlinie nicht abbildbar.



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

## Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

**19/SVV/1198**

öffentlich

**Betreff:**

Hallenwart Da-Vinci-Gesamtschule

**Einreicher:** Fraktion der Freien Demokraten

Erstellungsdatum 29.10.2019

Eingang 502: 25.10.2019

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
04.12.2019	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- für die Sporteinrichtungen der Da-Vinci-Gesamtschule soll geprüft werden, ob die Stelle eines Hallenwartes geschaffen und schnellstmöglich besetzt werden kann. Der Hallenwart soll primär in der außerschulischen Zeit, also wochentags ab 16:30 Uhr und am Wochenende tagsüber und abends tätig sein, aber auch im Schulbetrieb ansprechbar und tätig sein. Vorgeschlagen wird zunächst eine Teilzeitbeschäftigung.
- Mit Inbetriebnahme der Schule „Am Schloss“ soll dann geprüft werden, ob diese Stelle so aufgestockt werden kann, dass der Hallenwart beide Einrichtungen betreuen kann, da diese fußläufig voneinander entfernt liegen werden.
- Es soll geprüft werden, inwieweit ehrenamtliche Kräfte unter der Leitung des Hallenwartes zur Unterstützung eingebunden werden können.

gez. S. Becker  
Fraktionsvorsitzende

B. Teuteberg

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Beschlussverfolgung gewünscht:**

**Termin:**

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?** Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

**Fazit finanzielle Auswirkungen:**

Die Kosten der beschriebenen Stelle gehen vollständig zu Lasten der Stadt.

ggf. Folgeblätter beifügen

**Begründung:**

Insbesondere die Sporthallen und -anlagen der Da-Vinci-Schule sind derzeit durch den Betrieb von drei Schulen auf dem Gelände erheblichem Druck ausgesetzt, jedes freie Zeitfenster wird genutzt. In der Folge entsteht ein erhöhter Verschleiß.

Zusätzlich sind die Sporteinrichtungen der Schule vielfach und intensiv von Vereinen außerhalb der Schulzeiten genutzt, vorwiegend werktags am Nachmittag bis abends und an den Wochenenden. Dabei kommt es leider häufig zu zweckentfremdeten Nutzungen und unsachgemäßem Gebrauch, der sich oft nur auf Unwissenheit der Nutzenden begründet.

Ein verantwortlicher Hallenwart versteht sich als steuernde Kraft. Er sorgt für den sorgsamen und bestimmungsgemäßen Gebrauch der Einrichtungen und des Materials und ist, gerade in den außerschulischen Zeiten, vor Ort anwesender Ansprechpartner, der die Nutzer einweist und auf Bedarfe reagieren kann.

Die beantragte Maßnahme soll verhindern, dass die neu entstandenen Anlagen frühzeitig Schaden nehmen und so langfristig zu erheblichen Mehrkosten führen. Um den regulären Schulsport wie auch die Nutzung durch außerschulische Sporttreibende in bisheriger Qualität zu erhalten, ist die Anstellung einer vor Ort aktiven und verantwortlichen Person sehr empfehlenswert.

Sobald die Schule „Am Schloss“ in Betrieb geht, könnte der Hallenwart die Sporteinrichtungen beider Schulen betreuen. Wegen der unmittelbaren Nähe wären dann Synergien zu erwarten.

Um Kosten zu sparen, kann, wo die Möglichkeit besteht, eine zusätzliche Unterstützung durch ehrenamtliche Mitarbeiter erwogen werden. Diese könnten allerdings nur unter der Leitung des verantwortlichen Hallenwartes tätig werden.







Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

19/SVV/1198

 öffentlich**Einreicher:** Fraktion der Freien Demokraten**Betreff:** Hallenwart Da-Vinci-Gesamtschule

Erstellungsdatum 06.02.2020

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
11.02.2020	Ausschuss für Bildung und Sport		
13.02.2020	Werksausschuss KIS		
04.03.2020	Stadtverordnetenversammlung		

**Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Für die großen und vielfach modernen schulischen Sportanlagen und -hallen der Stadt sollen Hallenwarte beschäftigt werden. Diese sollen primär in der außerschulischen Zeit, also wochentags ab 16:30 Uhr und am Wochenende tagsüber und abends, aber auch im Schulbetrieb ansprechbar und tätig sein.
2. Es soll geprüft werden, inwieweit ehrenamtliche Kräfte unter der Leitung der Hallenwarte örtlich bezogen unterstützen können.

**Finanzielle Auswirkungen?****Ja**

Kosten der beschriebenen Stelle vollständig zu Lasten der Stadt

**Begründung:**

Viele der hochwertigen Sporthallen und -anlagen der Potsdamer Schulen sind vielfach und intensiv von Vereinen außerhalb der Schulzeiten genutzt, vorwiegend werktags am Nachmittag bis abends und an den Wochenenden. Dabei kommt es leider häufig zu zweckentfremdeten Nutzungen und unsachgemäßem Gebrauch, der sich oft nur auf Unwissenheit der Nutzenden begründet.

Ein verantwortlicher Hallenwart versteht sich als steuernde Kraft. Er sorgt für den sorgsamen und bestimmungsgemäßen Gebrauch der Einrichtungen und des Materials und ist, gerade in den außerschulischen Zeiten, vor Ort anwesender Ansprechpartner, der die Nutzer einweist und auf Bedarfe reagieren kann.

Die beantragte Maßnahme soll verhindern, dass die Anlagen unnötig Schaden nehmen und so langfristig zu erheblichen Mehrkosten führen. Um den regulären Schulsport wie auch die Nutzung durch außerschulische Sporttreibende in bisheriger Qualität zu erhalten, ist die Anstellung einer vor Ort aktiven und verantwortlichen Person sehr empfehlenswert.

Um Kosten zu sparen, kann, wo die Möglichkeit besteht, eine zusätzliche Unterstützung durch ehrenamtliche Mitarbeiter erwogen werden. Diese könnten allerdings nur unter der Leitung des verantwortlichen Hallenwartes tätig werden.

\_\_\_\_\_  
Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

## Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

**19/SVV/1302**

öffentlich

### Betreff:

Vorhalteflächen für Sozialinfrastruktur in Fahrland

**Einreicher:** Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 19.11.2019

Eingang 502:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
04.12.2019	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

### Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die in kommunalem Eigentum befindlichen Flächen der Gemarkung Fahrland, Flur 2, Flurstück 179 im Bereich zwischen Friedhof und der neu geplanten Straße „Am Fahrländer Mühlenberg“ als Ersatz-Sozialflächen für die geplante Schul- und Horterweiterung der Regenbogenschule vorzuhalten.

Eine Veräußerung oder Bebauung dieser Flächen ist solange zurückzustellen, bis die dauerhafte Erweiterung der Grundschule Planreife hat und damit gesichert ist.

gez. Stefan Wollenberg  
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?** Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

**Begründung:**

Die Regenbogengrundschule Fahrland muss auf Grund des enormen Bevölkerungsanstiegs vor Ort von 2 auf 3,5 Züge erweitert werden. Diese Erweiterung wurde bereits mehrfach verschoben, in der vorletzten Ortsbeiratssitzung in Fahrland berichtete der KIS-Werksleiter Herr Richter, dass die Erweiterung nicht wie ursprünglich geplant 2025/26 abgeschlossen sein soll, sondern dort vermutlich frühestens Baubeginn ist. Als problematisch erweisen sich hierbei die zu klärenden Fragen des Eigentums-Erwerbs, aber vor allem auch die Lage der aktuell geplanten Erweiterungsflächen im Landschaftsschutzgebiet „Königswald mit Havelseen und Seeburger Agrarlandschaft“. Daher kann zum aktuellen Zeitpunkt nicht abgeschätzt werden, ob diese Planungen umsetzbar sind.

Sollten die Planungen an dieser Stelle scheitern, ist die einzige in kommunalem Eigentum befindliche freie und in unmittelbarer Nähe liegende Fläche diese. Durch den Bebauungsplan Nr. 132 „Am Friedhof“ wird an dieser Stelle ohnehin Baurecht geschaffen, welches dann im Zweifel zeitnah genutzt werden kann. Sollten diese Flächen jedoch wie bisher vorgesehen zeitnah mit Einfamilien- und Doppelhäusern bebaut werden, wäre diese Chance dauerhaft vertan.

Eine temporäre Zwischenlösung an diesem Standort wurde im Bebauungsplan ohnehin schon erwogen, möglicherweise braucht man diese jedoch nicht nur temporär, sondern dauerhaft.

Sollte dies nicht nötig werden, können die Flächen nach Planreife der Schulerweiterung immer noch der Wohnbebauung zugeführt werden.



## Niederschrift

### 4. öffentliche/ nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 17.12.2019
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:30 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	19:30 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Raum 405, Hegelallee, Haus 1

---

#### Anwesend sind:

#### Ausschussvorsitzender

Herr Stefan Wollenberg                      DIE LINKE

#### Ausschussmitglieder

Herr Daniel Keller	SPD	
Frau Grit Schkölziger	SPD	
Frau Wiebke Bartelt	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Tina Lange	DIE LINKE	ab 17:41
Herr Clemens Viehrig	CDU	ab 17:40
Herr Lutz Boede	DIE aNDERE	

#### zusätzliches Mitglied

Frau Sabine Becker	Freie Demokratische Partei
Frau Dr.med. Carmen Klockow	Bürgerbündnis

#### stellv. Ausschussmitglieder

Herr Jens Dörschel	Bündnis 90/Die Grünen	ab 17:45
--------------------	--------------------------	----------

#### sachkundige Einwohner

Herr Roman Böttcher	DIE aNDERE
Frau Tabea Gutschmidt	CDU
Herr Felix Matthies	SPD
Herr Christian Porath	Freie Demokraten
Herr Ronald Sima	DIE LINKE
Herr Oliver Stiffel	AfD

## **Beigeordnete**

Frau Noosha Aubel                                      Geschäftsbereich 2

## **Vertreter der Beiräte**

Frau Ursula Honsa                                      Seniorenbeirat

Frau Manuela Kiss                                      Beirat für Menschen  
mit Behinderungen

## **Nicht anwesend sind:**

### **Ausschussmitglieder**

Herr Uwe Fröhlich                                      Bündnis 90/Die                                      entschuldigt  
Grünen

Herr Matthias Tänzer                                      AfD    entschuldigt

### **sachkundige Einwohner**

Frau Frauke Havekost                                      Bündnis 90/Die                                      nicht entschuldigt  
Grünen

Frau Franziska Lüder                                      Bürgerbündnis                                      nicht entschuldigt

Herr Djamal Okoko                                      Beirat für Menschen                                      entschuldigt  
mit Behinderungen

### **Schriftführer/in:**

Frau Birgit Ukrow, Fachbereich Bildung, Jugend und Sport

### **Tagesordnung:**

#### **Öffentlicher Teil**

- 1                      Eröffnung der Sitzung
  
- 2                      Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des  
öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.11.2019 / Feststellung der öffentlichen  
Tagesordnung
  
- 3                      Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
  
- 3.1                      Strategischer Eckwertebeschluss für die Planung des Doppelhaushaltes

- 2020/2021 und die mittelfristige Finanzplanung 2022 bis 2024  
Vorlage: 19/SVV/1174  
Einreicher: Oberbürgermeister, Geschäftsstelle 103
- 3.2 Wettkampffähige Sportanlagen für Potsdam  
Vorlage: 19/SVV/1076  
Einreicher: Fraktion CDU
- 3.3 Sport- und Freizeitfläche 'An der Birnenplantage'  
Vorlage: 19/SVV/1182  
Einreicher: Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport
- 3.4 Hallenwart Da-Vinci-Gesamtschule  
Vorlage: 19/SVV/1198  
Einreicher: Fraktion der Freien Demokraten
- 3.5 Vorhalteflächen für Sozialinfrastruktur in Fahrland  
Vorlage: 19/SVV/1302  
Einreicher: Fraktion DIE LINKE  
SBWL, B/Sp., OBR Fahrland
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Digitalpakt - Schul-IT
- 4.2 Bericht aus der Lenkungsgruppe Schule-Jugendhilfe
- 4.3 Aktuelle Situation Schulentwicklungsplanung - Sachstand Baumaßnahmen
- 4.4 Sachstand Sportplatz Lerchensteig
- 5 Sonstiges
- 5.1 nächste Ausschusssitzung

## **Niederschrift:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Herr Wollenberg begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.  
Er hat für weihnachtliche Atmosphäre gesorgt und bietet Süßes und Saft an.

#### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.11.2019 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Herr Wollenberg stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Zu Beginn der Sitzung sind 7 stimmberechtigte Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Ausschusses anwesend.

Das Protokoll wird einstimmig bestätigt.

Herr Wollenberg bittet darum die Tagesordnung in folgender Reihenfolge zu ändern:

Die Punkte 3.4, 4.3, 4.4, 4.1 werden in dieser Reihenfolge vor 3.1. eingeschoben  
Alle sind mit so geänderter Tagesordnung einverstanden.

**zu 3.4      Hallenwart Da-Vinci-Gesamtschule**  
**Vorlage: 19/SVV/1198**  
**Einreicher: Fraktion der Freien Demokraten**

Das Rederecht für Frau Schmollack wird erteilt.  
Der Antragsteller bringt die Vorlage ein und sieht die Vereinsnutzer unter erheblichem Druck, da entsprechende Einweisungen in die die Hallennutzung fehlen. Fehlendes Wissen ist oft Ursache für Zerstörungen. Dieser Bedarf wird auch an anderen Schulen bestehen.

Frau Schmollack spricht auch für andere Schulen und bezweckt eine lange Qualitätssicherung. Aber durch fehlende Hallenwarte ist dies nicht gesichert. Ab 16:00 Uhr sind nach dem Schulbetrieb Vereine in der Halle auch am Wochenende und in den Ferien. Dies ist gut, aber es fehlt an Fachwissen für das hohe technische Niveau. Sie hatte vorab bereits mit der Verwaltung zu dieser Problematik gesprochen. Anhand einiger Beispiele erläutert sie, was durch Unwissen bereits für Schäden verursacht wurden. Daher ist ein Regulativ dringend notwendig. Hallenwarte scheinen eine gute Lösung zu sein, natürlich kann es nicht für jede Halle einen geben, aber für die großen wäre das sehr nützlich, schlägt sie vor.

Herr Richter erläutert, wie sich der Sachverhalt in der Leonardo-Da-Vinci-Schule darstellt: trotz Einweisung gibt es Diskrepanzen, wahrscheinlich, da es parallele Nutzungen gibt und niemand am Ende als Verursacher zu identifizieren ist. An kleinen Hallen, wo immer nur je ein Verein eingemietet ist, sind Schäden kaum der Fall. Er schlägt daher vor: dass Hallenwarte für einige große Standorte zu schaffen wären. Im Entwurf des KIS-Wirtschaftsplanes ist dies bereits vorgesehen.

Herr Böde fragt nach, ob die Hallenwarte bestimmten Schulen zugeordnet werden. Dies bejaht Herr Richter.

Herr Böde fragt nach, ob es eine Lösung für die Kurfürstenstraße gibt und ob der Hallenwart zusätzlich zum Schulhausmeister eingestellt wird.  
Dies ist nicht so geplant, erklärt Herr Richter. Der Hallenwart steht der Schule auch als Hausmeister zur Verfügung. Zur Kurfürstenstraße ist ihm aktuell keine Problematik bekannt.

Der Antragsteller will den Antrag zurückstellen und umformulieren.

Die Vorlage wird bis zur Sitzung am 11.02.2020 zurückgestellt.



#### **zu 4.4 Sachstand Sportplatz Lerchensteig**

Herr Richter führt ein und erläutert, dass der ursprüngliche Zeitplan vorsah, dass der Bau des Sportplatzes bis Ende September 2019 und des Funktionsgebäudes bis Ende 2029 abgeschlossen sein sollte. Da weitere gutachterliche Untersuchungen erforderlich wurden, die die kurzfristige Erteilung einer Baugenehmigung verhinderten, kam es zu Verzögerungen im gesamten Prozess. Inzwischen ist die Genehmigung in Aussicht und sind die Ausschreibungsunterlagen vorbereitet.

Frau Bartelt fragt nach einer durch die Verzögerung entstandenen Kostensteigerung.

Das wird zu gegebener Zeit vorgestellt, antwortet Herr Richter.

Herr Wollenberg fragt nach dem Realisierungszeitraum

Herr Richter will die Unterlagen im ersten Halbjahr 2020 auf den Markt bringen. Durch die Abhängigkeit von den umsetzenden Firmen ist der Fertigstellungstermin schwer zu prognostizieren.

Frau Becker fragt, wann die Baumfällarbeiten beginnen sollen.

Herr Richter antwortet, dass diese neu ausgeschrieben werden und der Start mit der Gesamtfinanzierung des Projektes zusammenhängt. Vorab kann auch die Fällung nicht gestartet werden.

Frau Becker ergänzt, dass ja nur bis März gefällt werden darf und Verzögerungen zu verhindern wären.

Herr Richter wartet dazu die Baugenehmigung ab und rechnet mit weiteren Unwägbarkeiten und gutachterlicher Begleitung. In diesem Zusammenhang sind dann Sondergenehmigungen zu erwarten.

Herr Vierig bewertet die Darstellungen als sehr nebulös und erwartet eine zügige Umsetzung auch im Interesse der Vereine.

Herr Wollenberg wünscht sich im Februar 2020 einen neuen Sachstand – dies verspricht Herr Richter. Es geht zu diesem Sachverhalt definitiv nicht mehr um das OB sondern nur noch um das WIE!

Frau Bartelt bedankt sich für die Beachtung des Naturschutzes durch die nicht die zu zeitige Fällung.

#### **zu 4.3 Aktuelle Situation Schulentwicklungsplanung - Sachstand Baumaßnahmen**

FRAGE der Protokollantin: Es liegt eine Powerpointpräsentation zum Sachverhalt vor, die Herr Richter nicht gezeigt hat und deren Inhalte auch nicht vorgetragen wurde. Ist es dennoch üblich, diesen Bericht als Anlage an das Protokoll zu geben?

Herr Richter hat einen neuen Sachverhalt vorzustellen, der noch nicht in der Präsentation eingefügt ist. An der Grundschule Rote Kaserne Ost gab es einen Defekt an der Fußbodenheizung der Turnhalle, was für viel Wasser sorgte. Der großzügige Wasserauslauf wurde zum Glück nach einigen Stunden auffällig, so dass Weiteres verhindert werden konnte. Die Schadensfeststellung ist abgeschlossen und der Versicherer war da. Wahrscheinlich kann noch in diesem

Jahr der Fußboden entfernt werden und im Verlauf des Februar 2020 kann die Halle in einen ordnungsgemäßen Zustand versetzt werden.

#### zu 4.1 Digitalpakt - Schul-IT

Es wird zusätzliche technische Geräte für die Schulen geben, führt Herr Wollenberg ein.

Herr Morgenstern-Jehia ist seit 14.10.2019 für die Schul-IT eingestellt und stellt den aktuellen Sachverhalt mit einer Powerpointpräsentation (vgl. Anlage) vor. Er hat die Hoffnung, dass es gelingen wird, die zur Umsetzung notwendigen Firmen schnell für das Vorhaben zu binden. Einige Schulen haben bereits einen guten Ausstattungstand aber es gibt durchaus Nachholbedarf daher muss auf alle Fälle priorisiert werden.

Die vormals übliche „Kleinteilige Beschaffung“ besagte, dass die Schulen für bis zu max. 1000,00 € selbst Technik beschaffen durften. Neue Eckwerte besagen, dass dies weiterhin möglich ist. Es gibt aber einen Zustimmungsvorbehalt in jedem Falle: dies läuft als Test für 2020. Es werden bestimmte Gerätetypen ausgeschlossen, die nicht selbst beschafft werden dürfen.

Beim Kreiselternrat hat sich Herr Morgenstern-Jehia bereits vorgestellt, denn an alle Schulen einzeln zu gehen, wäre aus Zeitgründen nicht möglich. Der Fachbereich wird personell aufgestockt, um den Support besser abzusichern. Weitere Abstimmungen mit den Schulen sind avisiert.

Herr Vierig fragte sich auch in der Vergangenheit, wie die Mittel verteilt werden. Es ging doch um die Richtlinie des MBJS, die aber der Schulträger verwaltet. Wird über den Sockelbetrag hinaus etwas verteilt?

Frau Aubel meint, dass die Baumaßnahmen dazu kommen zum schulischen Sockelbetrag. Herr Morgenstern-Jehia sieht auch eine allgemeine gleiche Verteilung als ungünstig an. Man muss also sehr ausstattungsgenau nach jedem aktuellem Zustand schauen und bedarfsgerecht reagieren.

Herr Dörnbrack fragt nach, ob es eine konkrete Zeitschiene gibt. Bis wann sollen die Anträge gestellt werden? Und macht das jede Schule einzeln?

Herr Morgenstern-Jehia hat die Zeitschiene nicht im Kopf. Ihm ist bekannt, dass das Förderpaket im Mai 2024 endet, er kennt aber noch nicht die Umsetzungszeiträume.

Frau Aubel ergänzt, dass es ab 01.01.2020 eine haushaltslose Zeit gibt und diese Klippe erst mal zu nehmen sein wird, dann wird die Planung konkret untersetzt und mit jeder Schule gesprochen.

Frau Bartelt interessiert, wo die IT-Planungen eingebettet sind? In Wartungsplänen? Wer macht was wann?

Herr Morgenstern-Jehia antwortet, dass eine sensible Bereinigung der unterschiedlichen Ausstattungstände als oberstes Ziel steht und die Sicherung des Schulbetriebes. Ein „bunter Zoo an Endgeräten“ soll bereinigt werden. Datenschutz ist eindeutig Sache der Schulleitung.

Herr Prorath möchte gern wissen, wie es sich mit dem Support gestaltet. Der muss eindeutig verbessert werden, bestätigt Herr Morgenstern-Jehia, die personelle Aufstockung hat er bereits erwähnt. Es ist in der Tat eine große Herausforderung.

Frau Becker will wissen, welche Möglichkeiten bestehen für die Schule, die aktuellen Verträge zu sichern. Herr Morgenstern-Jehia antwortet, momentan wird auch über Vertragsverlängerungen kompensiert, die Schulen selbst dürfen jedoch keine Verträge auslösen.

Zukünftig ist geplant, dass die Stadt selbst einen Vorrat an Endgeräten hat und zügig ausstatten kann.

Herr Vierig fragt, ob es sein kann, dass eine Schule nichts bekommt. Herr Morgenstern-Jehia betont, dass jede Schule mindestens ihren Sockelbetrag bekommt. Je nach Bedarf wird das weitere Geld verteilt.

Frau Gutschmidt fragt zu den Privatschulen. Dafür ist die LHP nicht zuständig, lautet die Antwort. Frau Gutschmidt fragt nach, ob es erst etwas gibt, wenn der IST-Zustand der Ausstattung bei allen analysiert wurde.

Frau Aubel erklärt, dass der Digital-Pakt die Verkabelung umfasst! Alles Weitere ist dann erst der zweite Schritt.

### zu 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

#### zu 3.1 **Strategischer Eckwertebeschluss für die Planung des Doppelhaushaltes 2020/2021 und die mittelfristige Finanzplanung 2022 bis 2024** **Vorlage: 19/SVV/1174**

Einreicher: Oberbürgermeister, Geschäftsstelle 103

Der Punkt wurde bereits in der vergangenen Sitzung eingebracht. Die Frage von Herrn Wollenberg zu aktuell weiteren Nachfragen wird vernein.

Herr Wollenberg macht einen Verfahrensvorschlag. Am 21.01.2020 soll eine Sondersitzung des Ausschusses für Bildung und Sport stattfinden, der bei äußerster Disziplin nur eine Stunde dauern muss. Bis dahin gibt es einen neuen Kenntnisstand zum Eckwert.

Herr Böde weiß nicht, was es für einen neuen Kenntnisstand bis zum 21.01.2020 geben sollte und hält eine Sondersitzung für verzichtbar.

Herr Wollenberg möchte die unklaren Punkte noch ausräumen und zu einigen diskussionswürdigen Punkten ins Gespräch kommen. Er lässt über seinen Verfahrensvorschlag abstimmen:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	1
Enthaltung:	2

Damit findet eine Sondersitzung am 21.01.2020 von 17:30 bis 18:30 Uhr im Raum 1.077 statt.

Die Vorlage wird zurückgestellt.

### zu 3.2 **Wettkampffähige Sportanlagen für Potsdam**

**Vorlage: 19/SVV/1076**

Einreicher: Fraktion CDU

Herr Vierig führt ein, dass die neue Fassung allen per Mail durch Frau Heidrich zur Verfügung gestellt wurde und liest sie nochmal vor.

Er meint, dass genau diese Synergien gebraucht werden, so wie es in der Waldstadt Süd geplant wird. Dies sollte auch für Kramnitz die Zukunft sein.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. bei Neubauten, Modernisierungen und Sanierungen von Sportanlagen, insbesondere an Schulstandorten, obligatorisch zu prüfen, ob ein wettkampffähiges Großfeld (Fußball) errichtet werden kann.
2. diese Prüfungen für die konkret geplanten Schulsportflächen sowie Breitensportmaßnahmen wie z.B. im Entwicklungsbereich Kramnitz, soweit nicht bereits geschehen, nachzuholen.
3. weitere Standorte für Sportanlagen (wettkampffähige Sportflächen, weitere Sportanlagen) im gesamten Stadtgebiet zu identifizieren und neue Flächen in die bestehende Übersicht des Bereichs Sport aufzunehmen sowie die Möglichkeit zu prüfen, diese Flächen zu reservieren.
4. die finanziellen Möglichkeiten für die Realisierung von Sportanlagen bis 2030 zu untersuchen. Hierbei ist insbesondere zu prüfen, wo im Stadtgebiet ein Sportpark mit mehreren Sportangeboten errichtet werden kann.

Die Prüfergebnisse sind der Stadtverordnetenversammlung bis Juni 2020 vorzulegen. Die finanziellen Möglichkeiten sind im Zusammenhang mit dem nächsten Haushalt der Landeshauptstadt darzustellen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>7</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmhaltung:	<b>0</b>

### zu 3.3 **Sport- und Freizeitfläche 'An der Birnenplantage'**

**Vorlage: 19/SVV/1182**

Einreicher: Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Herr Gessner erläutert, dass eine Sporthalle den Standort unter dem Aspekt der Sportangebote aufwerten würde und auch die ansässige Kita davon profitieren könnte. Als prioritäres Ziel beurteilt Herr Gessner die Errichtung eines Sportfunktionsgebäudes. Die Sanitäranlagen könnten auch für die Badestelle, das Beachvolleyballfeld und das multifunktionale Kleinspielfeld mitgenutzt werden.

Auch eine baurechtliche Errichtung ist möglich, allerdings ist der Finanzbedarf

erheblich und in der aktuellen Budgetlinie nicht abbildbar.

Frau Dr. Klockow ergänzt, dass der Schwerpunkt darauf lag, dass es eine integrierte Sanitärlösung geben soll. In der Mitteilungsvorlage geht es um zwei Gebäude, was kostenintensiver sein wird. Sie bittet um die Ergänzung, Was eine Sportanlage mit integrierten Sanitärbereich kostet. Flächen sind in Fahrland vorhanden.

Herr Gessner hat die Fragestellung mit dem KIS besprochen, dabei wurde festgestellt, dass die Bedarfe sehr wohl gedeckt werden. Dieser Vorschlag ist lösungsorientiert in Bauabschnitten unterteilt. Anders war es seitens der Bauverwaltung nicht darstellbar.

Frau Klockow hält an Ihrer Irritation fest und meint, dass der Prüfauftrag nicht erfüllt wurde. Frau Aubel erklärt, dass dies als Variante 1 erläutert wurde.

Herr Böttcher würde das komplette Paket nochmal aufmachen wollen und in der Februarsitzung dargestellt haben, wie die Bedarfe für Schule und Vereinssport gedeckt werden sollen. Das sagt die Verwaltung unter dem TOP Mitteilungen der Verwaltung zu.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

### **zu 3.5 Vorhalteflächen für Sozialinfrastruktur in Fahrland**

#### **Vorlage: 19/SVV/1302**

Einreicher: Fraktion DIE LINKE  
SBWL, B/Sp., OBR Fahrland

Frau Lange bringt den Antrag ein. Es soll keine Flächenveräußerung und Bebauung erfolgen, bis eine Planreife für die Schul- und Horterweiterung erlangt wird. Sie ergänzt, dass der Ortsbeirat erst am 18.12.2019 dazu tagt.

Frau Aubel führt aus, dass das Gelände dem KIS gehört und der Fachbereich 23 immer um Stellungnahme gebeten wird, wenn es Verkaufsabsichten gibt. In jedem Fall wird aus fachlicher Sicht eine Ersatzfläche vorzuhalten sein.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die in kommunalem Eigentum befindlichen Flächen der Gemarkung Fahrland, Flur 2, Flurstück 179 im Bereich zwischen Friedhof und der neu geplanten Straße „Am Fahrländer Mühlenberg“ als Ersatz-Sozialflächen für die geplante Schul- und Horterweiterung der Regenbogenschule vorzuhalten.

Eine Veräußerung oder Bebauung dieser Flächen ist solange zurückzustellen, bis die dauerhafte Erweiterung der Grundschule Planreife hat und damit gesichert ist.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>7</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmhaltung:	<b>0</b>

#### **zu 4        Mitteilungen der Verwaltung**

##### **zu 4.2      Bericht aus der Lenkungsgruppe Schule-Jugendhilfe**

Herr Wollenberg ist Mitglied der Lenkungsgruppe Schule Jugendhilfe und stellt dar, welche Schulen ab 2020/21 und welche ab 2021/22 Schulsozialarbeit bekommen (*Aufzählung aus dem LG-Protokoll übernehmen – das holt die Protokollantin nach*)

Damit sind 40 von 46 Schulen mit SSA versorgt.  
Es gab auch eine Diskussion zur Fontaneschule zur Migrationsschulsozialarbeit, das Konzept soll erprobt und als Modell konzipiert werden

Herr Böhme ergänzt daraufhin, dass es eine Klausursitzung der Lenkungsgruppe Schule Jugendhilfe am 03.03.2020 geben wird und die Fortschreibung der Handlungskonzepte diskutiert werden wird. Beim Besuch des Bundeskongresses in Jena erfuhren Herr Becker und er, welche aktuellen Strategien zum Thema Schulsozialarbeit Trend sind. Dieses Fachwissen werden sie in die Potsdamer Diskussion einspeisen.

#### **zu 5        Sonstiges**

Frau Aubel fragt an, ob es Interesse an einer Führung über die Sportanlagen im Luftschiffhafen gibt. Die Mitglieder des Ausschusses für Bildung und Sport, die daran Interesse haben, geben bitte eine Rückmeldung an Frau Ukrow inkl. Terminierungsidee. Dies war eine Idee für die Mitglieder des Aufsichtsrates und könnte gebündelt werden für weitere Interessent\*innen.

##### **zu 5.1      nächste Ausschusssitzung**

Termine:

- Sondersitzung am 21.01.2020, 17:30 Uhr im Raum 1.077
- reguläre Februarsitzung am 11.02.2020
- Doppelausschuss mit JHA am 24.03.2020, ist ein Dienstag aber startet um 16:30 (JHA-Starttermin), damit es am Ende noch die Sonderteile (jeder Ausschuss für sich) geben kann.